

SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE FÜR DEN LOKALEN AKTIONSPLAN – DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE – IM SAALE-HOLZLAND-KREIS

Cornelius Helmert, Rosa Sondermann,
Lisa Wagenschwanz & Tom Böhme (IDZ Jena)

Februar 2025

Eine Studie des:



in Trägerschaft der:



im Auftrag von:



Impressum

Eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena im Auftrag des Lokalen Aktionsplans (LAP) – der Partnerschaft für Demokratie – im Saale-Holzland-Kreis auf Grundlage der Beschlussfassung im Begleitausschuss.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Soziales, Gesundheit,
Arbeit und Familie



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung von BMFSFJ, BAFzA, TMSGAF, Landratsamt, vom Auftrag- und Fördermittelgeber oder des Projektträgers dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Autor*innen:

Cornelius Helmert; Rosa Sondermann; Lisa Wagenschwanz; Tom Böhme

Lektorat:

Susanne Haldrich

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena

In Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung

Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena

www.idz-jena.de

Redaktionsschluss: 1. Dezember 2024

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (SRA) für den Lokalen Aktionsplan – die Partnerschaft für Demokratie – im Saale-Holzland-Kreis (SHK) beleuchtet die Notwendigkeit, demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement im Kontext zunehmender rechtsextremer Einflüsse zu stärken. Den Studienschwerpunkt bilden leitfadengestützte Expertise-Interviews und eine Fokusgruppendifkussion mit Engagierten aus dem SHK. Die vorliegende SRA stellt mittels qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung die Perspektiven ausgewählter Befragter aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung in den Mittelpunkt. Ergänzend erfolgt die Auswertung weiterer, öffentlich zugänglicher Daten- bzw. Informationsquellen. Aufgrund dieser Methodik erhebt die SRA keinen Anspruch auf eine Abbildung aller im SHK vertretenen Perspektiven im Sinne (statistischer) „Repräsentativität“. Die am Ende verfassten Handlungsempfehlungen aus wissenschaftlicher Außenperspektive sind somit als Anregungen zu verstehen, die die Diskussion der demokratiestärkenden Akteur*innen im SHK anregen kann und soll. An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei allen Befragten aus dem SHK bedanken, die diese Studie mit ihrer Perspektive und ihrem Wissen ermöglicht und unterstützt haben.

Die Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena zeigt, dass die demokratische Zivilgesellschaft im SHK bereits wertvolle Arbeit leistet, jedoch dringend aufgestockte finanzielle und personelle Ressourcen benötigt, um ihre wichtige Rolle als Rückgrat der Demokratie erfüllen zu können. Essenziell ist dabei der Lokale Aktionsplan – die Partnerschaft für Demokratie – im SHK, deren Bedeutung als zentrale Koordinierungs- und Vernetzungsstruktur der demokratischen Kultur im Landkreis in der Studie deutlich wurde. Eine besondere Herausforderung besteht darin, gerade in den ländlichen Regionen des SHK, Vereine und Akteur*innen, die bereits breit verankert sind, stärker in die Demokratietarbeit einzubinden.

Die kommunalen Institutionen und Verwaltungen sind ebenso aufgerufen, eine klare Haltung gegen rechtsextreme Tendenzen zu zeigen. Dies verlangt neben politischen Bekenntnissen auch die Unterstützung von Bündnissen für Vielfalt und Demokratie, die das Engagement für demokratische Werte sichtbar und verbindlich machen. Um rechtsextreme Symbole, Aktivitäten und Strukturen im öffentlichen Raum zurückzudrängen, ist zudem ein entschlossenes Eingreifen der Behörden erforderlich, unterstützt durch eine koordinierte Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Eine nachhaltige demokratische Kultur erfordert darüber hinaus Investitionen in soziale Teilhabe und Bildung, die Integration fördern und rechtsextremen Positionen langfristig vorbeugen. Dabei sollte an die bestehenden und funktionierenden Strukturen im SHK angeknüpft und diese ausgebaut werden.

Abschließend unterstreicht die Analyse, dass es einer starken und gut vernetzten Zivilgesellschaft sowie einer aktiven, prodemokratischen Haltung der lokalen Politik und Verwaltung bedarf, um den SHK als lebendigen und offenen Raum für alle Bürger*innen zu gestalten. In diesem Sinne soll die Studie ein Beitrag sein, der klare Strategien und Empfehlungen bietet, um der Normalisierung rechtsextremer Einflüsse entgegenzuwirken und demokratische Werte entschlossen zu verteidigen.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	6
	Definitionen.....	7
2	METHODIK	10
2.1	Analyseschema	10
2.2	Forschungsmethoden	11
3	RAUMKONTEXT	14
3.1	Soziodemografische und sozioökonomische Situation	14
3.2	Politische Einstellungsmuster	16
3.3	Wahlen und Wahlverhalten im Saale-Holzland-Kreis	17
3.4	Verwaltungsbereiche des Saale-Holzland-Kreises	23
4	SITUATION DES RECHTSEXTREMISMUS UND DES POPULISTISCH- HETEROGENEN PROTESTMILIEUS	27
4.1	Formale Strukturen.....	28
4.2	Informelle Strukturen und aktuelle Entwicklungen.....	31
4.3	Populistisch-heterogenes Protestmilieu.....	34
4.4	Rechtsextreme Räume und Raumnahme	37
5	SITUATION GESELLSCHAFTLICH MARGINALISierter GRUPPEN	40
5.1	Die Situation von migrantischen Menschen	40
5.2	Die Situation von queeren Menschen und weiteren Betroffenen von Diskriminierung	45

6	SITUATION UND HERAUSFORDERUNGEN DER ZIVILGESELLSCHAFT ...	47
6.1	Engagementstrukturen.....	49
6.2	(Regionale) Fragmentierung und fehlender Raum für Austausch	51
6.3	Kapazitätsgrenzen	53
6.4	Zusammenarbeit und Umgang mit der Kommune und dem Landkreis	55
6.5	Finanzielle Ressourcen	56
6.6	Herausforderungen der demokratischen Kultur.....	57
7	RESSOURCENANALYSE.....	59
7.1	Orte für Engagement	59
7.2	SozioKultur.....	60
7.3	Ehrenamtliches Engagement und Zusammenarbeit der Initiativen ...	60
7.4	Jugend	61
7.5	Austausch Zivilgesellschaft und Kommunalstrukturen	62
8	FAZIT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN.....	63
8.1	Zivilgesellschaft	64
8.2	Umgang kommunaler Institutionen und der Öffentlichkeit	66
8.3	Soziale Teilhabe und Integration	68
8.4	Bildung.....	70
8.5	Politik in Bund, Länder und Kommunen	71
	LITERATURVERZEICHNIS.....	72
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	87
	ANHANG	88

1 EINLEITUNG

Das Jahr 2024 war in Thüringen und damit auch im Saale-Holzland-Kreis (SHK) durch gleich drei Wahlen geprägt: die Kommunalwahl im Mai, die Europawahl im Juni und die Landtagswahl im September. Die in diesen Wahlen zu verzeichnende *massive rechtsextreme Landnahme* (Kamuf und Helmert 2024b) ist jedoch nicht auf die Parlamente begrenzt, sondern Konsequenz einer gesellschaftlichen Normalisierung rechtsextremer Positionen, die sich auch auf der Einstellungs- (vgl. Reiser et al. 2024) und Verhaltensebene (vgl. ezra 2024b) abzeichnet. Diese Entwicklung zeigt sich in Gesamthüringen, äußert sich lokal jedoch sehr unterschiedlich: Daher ist es notwendig zu untersuchen, wie sie sich in einzelnen Landkreisen und Städten ausdrückt und auf welchen rechtsextremen Strukturen sie aufbauen kann. Gleichmaßen ist ein Blick auf die Möglichkeiten unabdingbar, die die lokale demokratische Zivilgesellschaft nutzt, um sich dageganzustellen, welche Ressourcen sie dabei zur Verfügung hat und welche Potenziale sie dafür künftig nutzen kann.

Ein Mittel einer solchen individuellen und zielgerichteten Betrachtung eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt stellt die Situation- und Ressourcenanalyse (SRA) dar, welche die obenstehenden Fragen mittels wissenschaftlicher Methodik untersucht. Die vorliegende SRA untersucht die Situation für den SHK und hat zum Ziel, der demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort, insbesondere der lokalen Partnerschaft für Demokratie (PfD), Handlungsoptionen für die künftige Arbeit aufzuzeigen. Dafür werden sozialwissenschaftliche Befunde mit Erfahrungswerten lokaler Expert*innen verbunden. Als Datenbasis dienen, wie schon in der letzten SRA, die für den SHK erarbeitet wurde (Quent 2016):

- 1) *qualitative und inhaltsanalytisch ausgewertete Interviews und Fokusgruppendifkussion mit insgesamt 23 Personen der demokratischen Zivilgesellschaft und der Verwaltung des Landkreises,*
- 2) *öffentliche Quellen (Medienbeiträge, Wahlauswertungen, Literatur, Parlamentsdokumente) und*
- 3) *Daten aus teilnehmender Beobachtung von Wahlkampfauftritten, Demonstrationen/Kundgebungen und anderen Veranstaltungen.*

Die Studie ist qualitativ-methodisch und nicht quantitativ-methodisch angelegt und erhebt daher nicht den Anspruch, sämtliche im SHK vertretene Perspektiven (im statistischen Sinne) „repräsentativ“ abzubilden. Vielmehr handelt es sich um eine problemzentrierte, systematische Analyse der Perspektiven von Befragten aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung in Verbindung mit der Auswertung weiterer öffentlich-zugänglicher Daten- bzw. Informationsquellen.

Nach einer Einordnung der zentralen Begriffe stellen wir die Methodik der Analyse im zweiten Kapitel ausführlicher vor, bevor wir auf den Raumkontext des Landkreises und ausgewählter Städte und Gebiete in Kapitel 3 eingehen. Im anschließenden vierten Kapitel wird die Situation des Rechtsextremismus im SHK in Hinblick auf formelle und informelle Strukturen und rechtsextreme Raumnahme dargestellt. Kapitel 5 beleuchtet die Situation von Menschen aus marginalisierten Gruppen im SHK und Kapitel 6 den Zustand der demokratischen Zivilgesellschaft. Schließlich zeigen wir im siebten und achten Kapitel aufbauend auf den vorherigen Erkenntnissen Ressourcen für zukünftiges Engagement und Handlungsempfehlungen im SHK auf.

DEFINITIONEN

Im Folgenden werden die zentralen Begriffe des vorliegenden Forschungsberichtes definiert. Da die Definitionen übergreifend für die verschiedenen SRA des IDZ gelten, sind die Definitionen vergangenen SRA entnommen (vgl. Treidl et al. 2023; Richter und Salheiser 2021).

Zivilgesellschaft

Die *Zivilgesellschaft* ist ein häufig diffus verwendeter und normativ besetzter Begriff (vgl. Jessen et al. 2004). In dieser Arbeit wird er weit gefasst: als freiwilliges Engagement für das Gemeinwohl „[...] jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre“ (Grande et al. 2021, S. 13). Der Handlungsraum der Zivilgesellschaft ist damit primär die Öffentlichkeit, wobei die in dieser Definition festgeschriebene Trennung von privater und öffentlicher Sphäre zurecht auch kritisiert wird (vgl. Sauer 2017). Wenn in dieser Analyse von der „Zivilgesellschaft“ gesprochen wird, so umfasst sie im weitesten Sinne alle nicht staatlichen und nicht profitorientierten Organisationen, Vereine, Initiativen, Gruppen, Bündnisse und Einzelpersonen, die sich für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt engagieren.

Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien

Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien sind Einstellungsmuster, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen abwerten und auf verschiedenen Ebenen diskriminieren. Darunter fallen Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus, Ableismus¹, Ageismus² etc. Da es sich dabei um historisch verankerte Ideologien handelt, haben diese meist nicht nur eine individuelle Dimension, sondern wirken auch institutionell und strukturell (Dieckmann et al. 2022, S. 9).

Auf solchen gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien beruhen auch unterschiedlichste Ausdrucksformen der sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“.

¹ Ableismus ist die Ungleichbehandlung wegen körperlicher oder psychischer Beeinträchtigungen.

² Ageismus ist die Diskriminierung aufgrund des Alters.

Diese umfasst die gelebte Realität von vorurteilsgeleiteter Diskriminierung, Herabwürdigung und Ausgrenzung marginalisierter Gruppen, inklusive negativer Stereotype und Vorurteile (Zick et al. 2021). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird im Vergleich zu gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien weniger auf struktureller als auf individueller Ebene verstanden (Dieckmann et al. 2022).

Marginalisierte Gruppen

Unter *Marginalisierung* versteht man den „[...] Prozess, bei dem Personen, Gruppen, soziale Kategorien (z. B. Arme, ethnisch-religiöse Minderheiten) an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und dadurch ihre gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe erschwert oder verhindert wird“ (Endruweit et al. 2014). Wie in dieser Analyse deutlich wird, hat Marginalisierung sowohl eine soziale als auch eine räumliche Komponente und ist damit eng an den Begriff der „Segregation“ geknüpft – die Spiegelung sozialer Verhältnisse in der Geografie von z. B. einer Stadt.

Rechtsextremismus

Unter dem Begriff *Rechtsextremismus* werden Einstellungsmuster subsumiert, deren gemeinsamer Nenner Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese drücken sich im Bereich des Politischen durch eine Nähe zu autoritären oder diktatorischen Regierungsformen aus (Best und Vogel 2022). Rechtsextreme Einstellungsmuster gehen von einer rassistisch oder ethnisch begründeten Ungleichheit der Menschen aus und streben demnach nach ethnischer Homogenität innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Dabei wird „die eigene Nation“ chauvinistisch überhöht. Sie lehnen liberale Gleichheitsvorstellungen ab und betonen stattdessen den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum. Häufig sind sie geprägt durch antisemitische und antifeministische Denkmuster (Jaschke 2001). Rechtsextreme Einstellungen sind nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt, sondern finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und häufig auch in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft (Decker et al. 2010).

Rechtspopulismus

Der Begriff *Rechtspopulismus* bezeichnet nach dem von Mudde und Kaltwasser (2017) vorgeschlagenen Verständnis solche politischen Parteien, Bewegungen bzw. Strategien, die sich einer „antagonistischen Logik [bedienen], die auf der vertikalen Dimension einen Gegensatz zwischen ‚dem guten, moralisch reinen Volk‘ und den ‚schlechten, korrupten Eliten‘ konstruiert, auf der horizontalen Dimension einen Gegensatz zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘“ (Küpper et al. 2019, S. 178). In der politikwissenschaftlichen Forschung umstritten ist allerdings, ob der Rechtspopulismus eine eigenständige politische

Strömung darstellt oder ob es sich dabei nicht vielmehr um eine Diskurs- und Aktionsstrategie radikal und extrem rechter Akteur*innen handelt, mit dem diese versuchen, über ihr Stammklientel hinausgehende Wähler*innen- bzw. Anhänger*innenpotenziale zu erschließen und diese mittels vermeintlich demokratischer Programmatik zu mobilisieren. Die sogenannte „Neue Rechte“, die sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer Außendarstellung um eine Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus bemüht, diskutiert in diesem Zusammenhang durchaus kontrovers eine taktische Tendenz zur „Selbstverharmlosung“ (Kubitschek 2017) – d. h. die instrumentelle, rhetorische Verschleierung, graduelle Abschwächung oder endgültige Abkehr von bestimmten ideologischen Inhalten und politischen Zielen, u. a., weil diese Wahlerfolge verhinderten, der weiteren gesellschaftlichen Normalisierung im Weg stünden und staatliche Repressionen hervorriefen.

2 METHODIK

2.1 ANALYSESCHEMA

Zahlreiche Ansätze und Theorien beschäftigen sich mit der Frage nach Ursachen und Bedingungen von rechtsextremen und diskriminierenden Einstellungen, wie sich solche Einstellungen manifestieren, warum diese in bestimmten sozialen Räumen und Regionen einen besonderen Nährboden vorfinden und was dies mit dem Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung zu tun hat. Trotz fortbestehender Differenzen in den Debatten herrscht laut Richter und Salheiser (2021) jedoch relativ große Einigkeit darüber,

„(...) dass radikal rechte Einstellungsmuster aus einem komplexen Ursachengeflecht individueller, situations- und kontextbezogener Faktoren entstehen und sich in Abhängigkeit von den regionalspezifischen Gegebenheiten in unterschiedlichem Umfang im öffentlichen Raum artikulieren und verstetigen können“ (Richter und Salheiser 2021, S. 13).

Quent und Schulz haben 2015 ein standardisiertes Analyseschema für Rechtsextremismus in lokalen Kontexten vorgelegt, welches dieses „komplexe Ursachengeflecht“ und die verschiedenen „kontextbezogenen Faktoren“ berücksichtigt (Quent und Schulz 2015). Die folgende SRA des SHK orientiert sich grob an diesem bewährten Ansatz.

Das Analyseschema wurde jedoch angelehnt an Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023) dahingehend ergänzt, dass nicht nur die aktuelle Situation des Rechtsextremismus in den Blick genommen wird, sondern auch diskriminierende Vorfälle und aktuelle Problemlagen marginalisierter Gruppen.

Somit fokussiert sich die Untersuchung des lokalen Kontextes auf drei Bereiche:

1. **Raumkontext:** Hierbei werden neben der Demografie und der lokalen sozioökonomischen Situation der Bevölkerung auch die politischen Einstellungsmuster und das Wahlverhalten berücksichtigt (siehe Kapitel 3).
2. **Situation des Rechtsextremismus und Diskriminierung:** Analysiert werden rechtsextreme formelle und informelle Strukturen im Landkreis. Zudem werden die Situation und die aktuellen Problemlagen marginalisierter Gruppen erfasst (siehe Kapitel 4 und 5).
3. **Zivilgesellschaft und lokales Handlungsumfeld:** Im Zentrum stehen zivilgesellschaftliche Strukturen, ihre Aktivitäten und Kooperationen sowie Herausforderungen der lokalen Zivilgesellschaft. Im letzten Teil werden vorhandene Potenziale und Ressourcen dargestellt (siehe Kapitel 5-7).

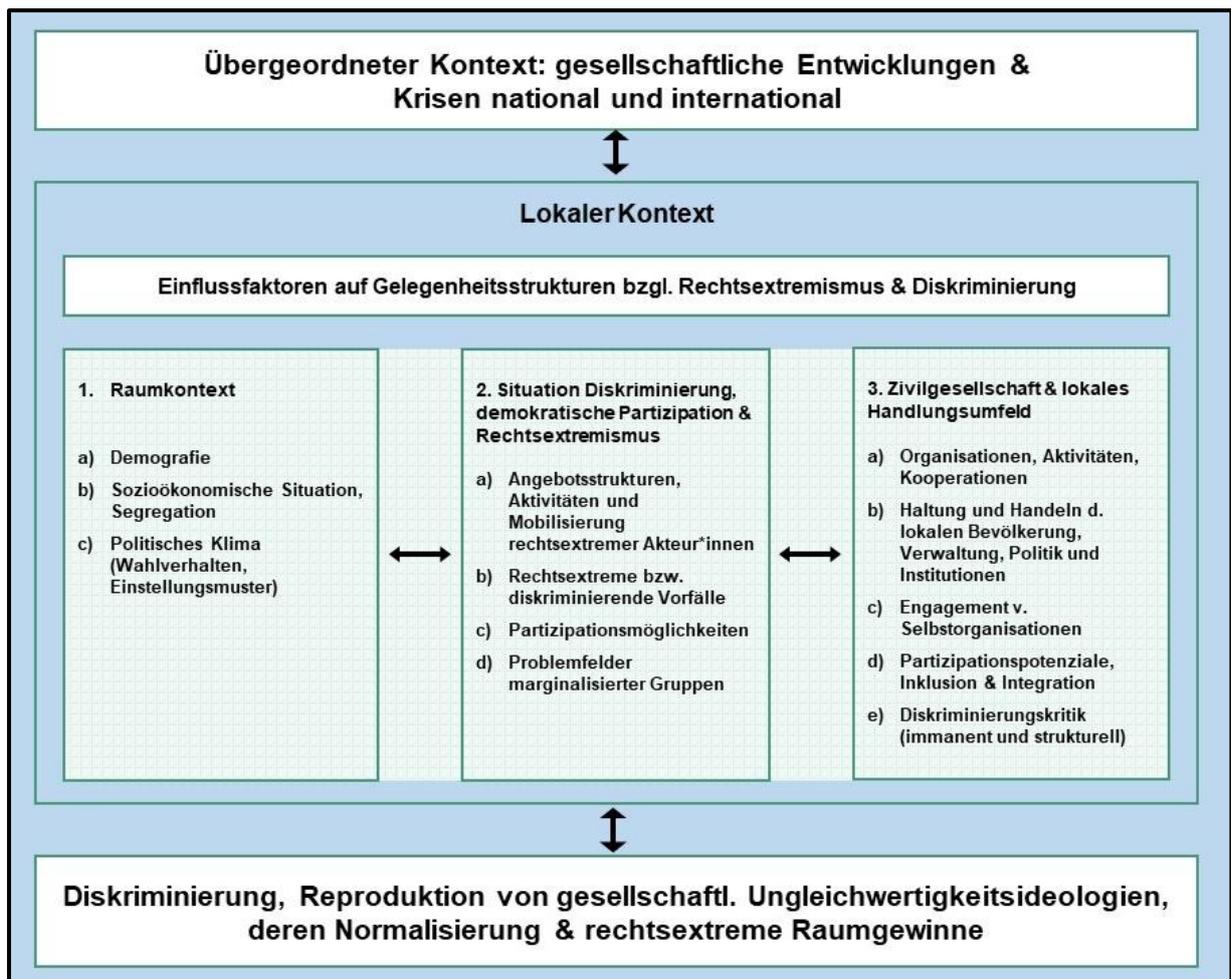


Abbildung 1: Adaptiertes Analyseschema nach Quent und Schulz (2015), Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023).

Diese drei untersuchten Bereiche sind nicht getrennt voneinander zu verstehen, sondern stehen in einer Wechselbeziehung zueinander. Ebenso sind diese Bereiche beeinflusst von überregionalen bis hin zu internationalen Geschehnissen. So waren gesellschaftliche Ereignisse wie beispielsweise die Corona-Pandemie oder der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auf überregionaler und internationaler Ebene Faktoren, die den lokalen Kontext auch im SHK massiv beeinflusst haben.

2.2 FORSCHUNGSMETHODEN

Um mithilfe der SRA einen möglichst umfassenden Einblick über die kontextbezogenen Faktoren im Landkreis zu erhalten, wurde in der vorliegenden Analyse ein Mix aus verschiedenen qualitativen Forschungsmethoden verwendet. Eine „Triangulation“ verschiedener Methoden ermöglicht die Erfassung vieler Perspektiven und somit die Herstellung eines umfassenden und realitätsgetreuen Verständnisses des untersuchten Gegenstandes. Mithilfe der Triangulation können Stärken und Schwächen bestimmter verwendeter Methoden ausgeglichen werden und Erkenntnisse aus unterschiedlichen

Blickwinkeln miteinander in Verbindung gesetzt und ggf. gegeneinander abgewogen werden. Die in dieser Arbeit angewendeten Methoden sollen im Folgenden kurz beschrieben werden.

2.2.1 Sekundäranalyse

Für die Sekundäranalyse wurden relevante statistische Daten, Kleine Anfragen aus dem Landtag und Kreistagsbeschlüsse aufgenommen sowie relevante Zeitungs- und Medienbeiträge ausgewertet. Dabei wurden bereits Gefährdungsquellen für die demokratische Kultur und Zivilgesellschaft offenbar. Parallel dienen die Erkenntnisse und Chroniken von den Thüringer Beratungsstellen [MOBIT](#)³ und [ezra](#)⁴ sowie quantitative wissenschaftliche Arbeiten über rechtsextreme Einstellungen im Landkreis in Form des Thüringen-Monitors und der Topografie des Rechtsextremismus des [KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena](#) als Quellen der Sekundäranalyse.

Mithilfe dieser Sekundäranalyse wurden im Vorfeld der Befragungen von Expert*innen und der Fokusgruppe zentrale Themenschwerpunkte identifiziert und diese anschließend in die Gesprächsleitfäden der Expertise-Interviews und der Fokusgruppendifkussion eingebracht.

2.2.2 Expertise-Interviews

Im Zeitraum Januar bis September 2024 wurden 14 leitfadengestützte Expertise-Interviews geführt (siehe Anhang 1).⁵ Die Auswahl der Interviewpartner*innen ergab sich aus Vorgesprächen mit den Koordinator*innen der Pfd im SHK sowie aus der Identifizierung wichtiger Institutionen und damit verbundenen Akteur*innen, die in der Sekundäranalyse gesammelt wurden. Aus den geführten Interviews ergaben sich weitere relevante Akteur*innen und/oder Netzwerkpartner*innen im Kreis, die anschließend befragt wurden. Befragte stammten aus den Bereichen der Jugendarbeit, Verwaltung, der engagierten Zivilgesellschaft sowie aus Vereinen, Initiativen und Bündnissen und aus Interessens- und Selbstvertretungen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen. Zudem wurde darauf geachtet, Expert*innen aus verschiedenen Kommunen des Landkreises zu interviewen, um lokale Besonderheiten berücksichtigen zu können. Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anschließend computerunterstützt mittels MAXQDA und der Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) ausgewertet. Die Auswertungen dienten dazu, erste Eindrücke zur Rekonstruktion eines gesellschaftspolitischen Lagebilds des Landkreises zu erhalten. Auf Grundlage der ausgewerteten Interviews wurden in der später stattfindenden Fokusgruppendifkussion

³ MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen).

⁴ ezra (Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen).

⁵ An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Befragten aus Vereinen, Initiativen, Einrichtungen, bei engagierten Personen und Lokalpolitiker*innen aus dem SHK bedanken, die diese Studie mit ihrer Perspektive und ihrem Wissen bereichert und unterstützt haben.

bereits identifizierte Problemlagen und weitere Bedarfe sowie Handlungsoptionen diskutiert.

2.2.3 Fokusgruppendifkussion

Im Juni 2024 fand eine Fokusgruppendifkussion statt, um erste Ergebnisse aus den Expert*inneninterviews und der Sekundäranalyse zu erörtern. Für die Fokusgruppendifkussion wurden gezielt Perspektiven einbezogen, die in den bisherigen Interviews noch zu wenig Beachtung gefunden hatten. So wurde die Fokusgruppe vor allem nach den Kriterien zusammengestellt, Perspektiven aus dem ländlichen Raum im SHK abzubilden sowie Bedarfe gesellschaftlich marginalisierter Perspektiven zu erhellen. Durch das Zusammenreffen von neun Personen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und Perspektiven konnten in zwei Stunden sowohl Herausforderungen der Zivilgesellschaft als auch Lösungsstrategien und Handlungsempfehlungen produktiv diskutiert werden.

3 RAUMKONTEXT

3.1 SOZIODEMOGRAFISCHE UND SOZIOÖKONOMISCHE SITUATION

Der SHK liegt eingebettet zwischen den großen Städten Jena und Gera und ist vielen Vorbeifahrenden durch das Hermsdorfer Kreuz bekannt, einem Autobahnkreuz von A4 und A9. In den 91 Gemeinden des Landkreises, von denen 8 Städte sind, leben rund 84.000 Einwohner*innen (Stichtag 31.12.2023)⁶.

Die folgende Abbildung 2 zeigt und benennt alle Gemeinden des Landkreises und gibt darüber hinaus Auskunft über ihren Gemeindestatus (z. B. Verwaltungsgemeinde, erfüllende Gemeinde und weitere). Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landkreises lebt in Gemeinden mit unter 5.000 Einwohner*innen. Reiser et al. (2023) ordnen den SHK anhand eines thüringenspezifischen *Ländlichkeitswertes* als „moderat ländlich“ ein.⁷ Derzeit wird für den Landkreis eine leicht negative Bevölkerungsentwicklung prognostiziert, sodass für 2040 eine Verminderung der Bevölkerung auf etwa 80.300 erwartet wird. Der Anteil ausländischer Mitmenschen, d. h. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, lag Ende 2023 bei 6,5 % und damit knapp unter dem Durchschnitt der Thüringer Landkreise mit 6,9 % Ausländeranteil.

Hinsichtlich der Altersstruktur weist der SHK, wie viele andere Landkreise in Thüringen auch, Anzeichen der Überalterung auf: Der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren lag zum Jahresende 2023 im Landkreis bei rund 16 %, der junger Erwachsener zwischen 18 und 25 Jahren bei rund 6 %. Über 65 Jahre waren zum Stichtag rund 28 % der Landkreisbevölkerung. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung lag 2021 bei 48,1 Jahren und wurde zuletzt bis 2030 auf 48,8 Jahre und bis 2040 auf 49,5 Jahre prognostiziert (Stand: 31.12.2021).

Die Arbeitslosenquote im Landkreis lag mit durchschnittlich 4,6 % in 2023 leicht unter dem Thüringer Gesamtdurchschnitt von 5,9 %. Die Schulabschlussquoten im Schuljahr 22/23 lagen weitestgehend im Durchschnitt des Freistaates, es verließen im SHK etwas mehr Menschen das Schulsystem mit der allgemeinen Hochschulreife (28,2 % im Landkreis / 25,2 % Durchschnitt der Thüringer Landkreise ohne kreisfreie Städte) und etwas weniger Menschen legten keinen Hauptschulabschluss ab (8,6 % im Landkreis / 10,6 % Durchschnitt der Thüringer Landkreise ohne kreisfreie Städte).

⁶ Die soziodemografischen und -ökonomischen Daten für den SHK sind, soweit nicht anderweitig kenntlich gemacht, den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik (2024b) entnommen.

⁷ Reiser et al. (2023) unterscheiden in ihrer Clusteranalyse zwischen vier Klassen: „städtisch“, „etwas städtisch“, „moderat ländlich“ und „sehr ländlich“. Sie ziehen für ihre differenzierte thüringenspezifische Analyse den Index des Thünen-Landatlas (2022) heran und modifizieren diesen entsprechend.



Abbildung 2: Grafik der Verwaltungsgliederung des Landkreises SHK (Anmerkung: zu einzelnen Gemeinden zugehörige aber räumlich abgetrennte Gebiete werden über Doppelpfeile mit der Gemeinde verbunden); Bildquelle: [Thüringer Landesamt für Statistik](#) (2024a).

Das Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person ist im SHK seit einigen Jahren unter dem Durchschnitt der Thüringer Landkreise, nähert sich diesem jedoch insbesondere seit 2020 wieder an. In der Kleinstadt Kahla sind mit Kahla Porzellan und Griesson-de Beukelaer zwei bekannte und international tätige Wirtschaftsunternehmen ansässig. In Hermsdorf haben sich – aufgrund der langen Tradition des Ortes als Standort der Keramikindustrie und durch die günstige Lage am Autobahnkreuz – in den letzten Jahren zahlreiche Keramik-, Mikroelektronik- und Metallverarbeitungsbetriebe sowie Logistik- und andere Dienstleistungsunternehmen angesiedelt. Im Gesamtbild der Betrachtung der soziodemografischen und -

ökonomischen Daten zeigt sich: Der SHK liegt im Wesentlichen im oder nahe dem Durchschnitt der Thüringer Landkreise.

3.2 POLITISCHE EINSTELLUNGSMUSTER

Zur Beschreibung der politischen Einstellungen im Landkreis wird auf die Daten des *Thüringen-Monitors* und der *Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen* zurückgegriffen. Im Thüringen-Monitor des KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena werden seit 2000 die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus auf Grundlage repräsentativer Befragungsdaten untersucht, um u. a. Aussagen zur Entwicklung der politischen Kultur im Freistaat im Zeitverlauf zu treffen (Reiser et al. 2024). Die Topografie des Rechtsextremismus, ebenfalls vom KomRex u. a. in Form einer Online-Topografie (2024) und regelmäßiger Projektberichte (z. B. Koch et al. 2023, 2024) bereitgestellt, bietet eine Aufbereitung öffentlich zugänglicher Daten aus den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Nach dem letzten Datenquerschnitt der „Topografie des Rechtsextremismus“ (2012–2022) stimmten im SHK⁸ durchschnittlich 37 % der Landkreisbevölkerung den Aussagen zur Erfassung ethnozentrischer Einstellungen⁹ zu, rechtsextreme Aussagen fanden durchschnittlich bei 18 % Zustimmung. Der Anteilswert neo-nationalsozialistischer Einstellungen lag im Kreis bei durchschnittlich 5 %. Im thüringenweiten Vergleich gehört der SHK damit in den letzten Jahren zu den Landkreisen und Städten mit den geringsten Zustimmungswerten bei neo-nationalsozialistischen Aussagen, bei der Erfassung ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen liegen die Zustimmungswerte des Landkreises im mittleren Bereich (Online-Topografie 2024).

⁸ Die Erhebung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung erfolgt im Thüringen-Monitor repräsentativ für Gesamtthüringen, aber nicht für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte, weshalb die hier dargestellten Daten auf der Zusammenlegung von mehreren Thüringen-Monitoren aus den Jahren 2012-2022 basieren. Diese kumulierten Daten erlauben eine regionale Auswertung der Anteilswerte nach kreisfreien Städten und Landkreisen, die Messung für die einzelnen Gebietseinheiten sind allerdings nicht statistisch repräsentativ im Sinne von unabhängigen Flächenstichproben. Nichtsdestotrotz können sie eine Tendenz vermitteln. Die Daten werden für das Projekt „Topografie des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ (FSU Jena) regelmäßig kompiliert.

⁹ Ethnozentrismus bezeichnet die Sicht, nach welcher „die eigene Gruppe der Mittelpunkt von Allem ist und alle anderen mit Bezug darauf bemessen und bewertet werden“ (Koch et al. 2024). Im Thüringen-Monitor wird das Vorliegen einer ethnozentrischen Einstellung bei der befragten Person durch die Auswertung der Zustimmung zu fremdenfeindlichen und nationalistisch-chauvinistischen Aussagen geprüft. Ethnozentrische Einstellungen sind weiter verbreitet als neo-nationalsozialistische und finden in der Bevölkerung Zustimmung, ungeachtet dessen, wo sich die Befragten im politischen Spektrum selbst verorten (Best et al. 2018).

3.3 WAHLEN UND WAHLVERHALTEN IM SAALE-HOLZLAND-KREIS

Bei der Bundestagswahl 2021 gewann bei den Wahlkreisstimmen im SHK der AfD-Kandidat Prof. Dr. Michael Kaufmann (24,7 %) knapp gegen den damaligen CDU-Kandidaten Albert Weiler (24,4 %) ¹⁰. Der AfD-Kandidat zog letztlich für den gesamten Wahlkreis 195 (Saalfeld-Rudolstadt, SHK, Saale-Orla-Kreis) in das Bundesparlament ein. Auch bei den Zweitstimmen ging die Stimmenmehrheit im SHK an die AfD mit 24,5 %, gefolgt von der SPD mit 21,5 % und der CDU mit 17,9 %. Sowohl bei den Erst- als auch Zweitstimmen für die AfD sind keine deutlichen Unterschiede zwischen den Gemeinden innerhalb des Landkreises erkennbar. Zudem entspricht die Stimmenverteilung bei den Zweitstimmen in etwa dem Landesergebnis von Thüringen.

2024 standen im SHK insgesamt drei verschiedene Wahlen an. Den Start bildeten die Kommunalwahlen am 26. Mai, gefolgt von der Europaparlamentswahl mit der Stichwahl zum Landrat am 9. Juni und abschließend die Landtagswahl am 1. September 2024. In der Wahl zum Landrat 2024 traten im SHK sechs Kandidaten an:

Johann Waschnewski trat für die CDU an. Er brachte als amtierender Bürgermeister der Stadt Bürgel, als stellvertretender Landrat und als ehemaliger Wahlkreismitarbeiter von Mario Voigt (CDU, MdL) und Albert Weiler (zu dem Zeitpunkt CDU und MdB, siehe unten) weitreichende kommunalpolitische Vorerfahrung in den Wahlkampf ein (MDR Thüringen 2024d).

Markus Gleichmann (Die Linke) trat als gemeinsamer Kandidat der SPD und der Partei Die Linke an. Als Grund dafür gab er gegenüber der OTZ an, dass es bei beiden Parteien eine große Überschneidung bei den Inhalten, z. B. der sozialen Gerechtigkeit und dem gesellschaftlichen Klima gäbe (König 2024a). Gleichmann brachte diverse kommunalpolitische Vorerfahrung mit, er war Wahlkreismitarbeiter für Abgeordnete und seit 2019 selbst Mitglied des Thüringer Landtags (Kalla 2024c). Im August 2024 wurden Ermittlungen gegen Gleichmann wegen Verdachts auf Besitz von kinderpornografischen Material öffentlich, die bei Redaktionsschluss der vorliegenden SRA noch nicht abgeschlossen waren (MDR Thüringen 2024e).

Für die FDP trat Patrick Frisch an. Auch er brachte diverse kommunalpolitische Vorerfahrung mit, u. a. als Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag. Als drängende Aufgaben nannte er eine Initiative zur regionalen Zusammenarbeit des Landkreises mit der Stadt Jena

¹⁰ Alle in den Kapiteln 3.3 und 3.4 genannten Kandidat*innen und Wahlergebnisse sind, soweit nicht durch eine explizite Angabe anderweitig kenntlich gemacht, den offiziellen Daten des Landeswahlleiters auf der Seite „Wahlen im Freistaat Thüringen“ (Thüringer Landesamt für Statistik 2024c) entnommen.

sowie zwischen dem Landkreis und den Gemeinden, die Steigerung der Wirtschaftskraft und eine bürgernahe Verwaltung des Landkreises (Flamich 2024h).

Ursprünglich kandidierte der parteilose Matthias Beerbaum¹¹ für die rechtsextreme AfD (vgl. Kapitel 4.1.1). Nur rund 2 Wochen nach der Kandidatur-Verkündung zog er seine Kandidatur jedoch wegen einer entstandenen „Bedrohungs- und Gefahrenlage“ für seine Familie zurück (Flamich 2024c). Daraufhin bestimmte der AfD-Kreisverband Gera-Jena-SHK Christian Bratfisch, bereits seit 2019 Kreistagsabgeordneter für die AfD im SHK, als nachrückenden Kandidaten.

Albert Weiler war in der Bundestagswahl 2021 noch für die CDU angetreten und hatte den erneuten Parlamentseinzug als Direktkandidat gegen den AfD-Kandidaten verpasst. Er war von April bis November 2024 Landesvorsitzender der WerteUnion Thüringen, außerdem Mitglied im Bundesvorstand und wurde für die Landtagswahl 2024 als Spitzenkandidat der 2024 gegründeten Partei aufgestellt (Osterhammer 2024). Des Weiteren ist er ehrenamtlicher Bürgermeister von Milda. In der Wahl zum Landrat im SHK trat er jedoch für die Bürgerinitiative Holzland e. V. (BIH) an (Scheidung 2024a). Dieses Amt konnte er nicht gewinnen, zog aber für die BIH (vgl. Kapitel 4.3.2) in den Kreistag ein.

Lutz Lüttich stammt aus Stadtroda und ist selbstständiger Unternehmer (Flamich 2024g). Als unabhängiger Kandidat sammelte er die erforderlichen Unterschriften, um zur Wahl zugelassen zu werden und trat eigenen Aussagen zufolge als „frei von Parteiinteressen und Ideologien“ (Flamich 2024g) an. Regelmäßig nimmt er an den Montagsdemonstrationen des „populistisch-heterogenen Protestmilieus“ (vgl. Kapitel 4.3) in Hermsdorf teil, verfasste u. a. mit dem ehemaligen Organisator des „Schweigemarsch Eisenberg“, einen offenen Brief an Bundes- und Landesregierung. Der Brief enthielt Forderungen wie einen „Stopp deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine“, ein „Ende der unkontrollierten Masseneinwanderung“, die juristische Aufarbeitung der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung und die „Zurücknahme des Wirtschaftsembargos gegen Russland“ (Giggel 2022b). Verfasst wurden die Forderungen unter der Annahme, dass es „keine unabhängige Justiz oder Medien ohne Diktat und Zensur in Deutschland“ gebe (Giggel 2022b). Außerdem war Lüttich gemäß einem Rechercheportal Mitorganisator der am 13.03.2024 vor dem Erfurter Landtag stattfindenden Demonstration „Das Volk hat Fragen“ (Rechercheportal Jena-SHK 2024a). Auch wenn sich Lüttich offiziell vom „völkischen Quatsch“ von Höcke distanziert (Giggel 2022b), nahm in Erfurt u. a. Björn Höcke an der Kundgebung im März 2024 teil, andere Rechtsextreme hielten Redebeiträge (Rechercheportal Jena-SHK 2024a).

¹¹ Matthias Beerbaum ist bereits seit einigen Jahren als berufener sachkundiger Bürger für die AfD im Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Infrastruktur und im Haushalts- und Finanzausschuss des Kreistages tätig (JenaTV 2024).

Inhaltlich war der Wahlkampf zur Landratswahl insbesondere durch den Streit um den geplanten Neubau eines Verwaltungsgebäudes in Eisenberg und die Themen Energiewende/Windkraft und Schulentwicklung geprägt (Voigt 2024c).

Im ersten Wahldurchgang erreichten der CDU-Kandidat Waschnewski 30,1 % und der AfD-Kandidat Bratfisch 25,3 % der Stimmen im Landkreis und zogen damit in die Stichwahl ein. Auf dem dritten Platz landete Markus Gleichmann als Kandidat von Die Linke/SPD (15,9 %). Weiler und Lüttich erhielten jeweils 13,6 % und 12,6 % der Stimmen, während der FDP-Kandidat Patrick Frisch 2,5 % der Wähler*innenstimmen auf sich vereinen konnte.

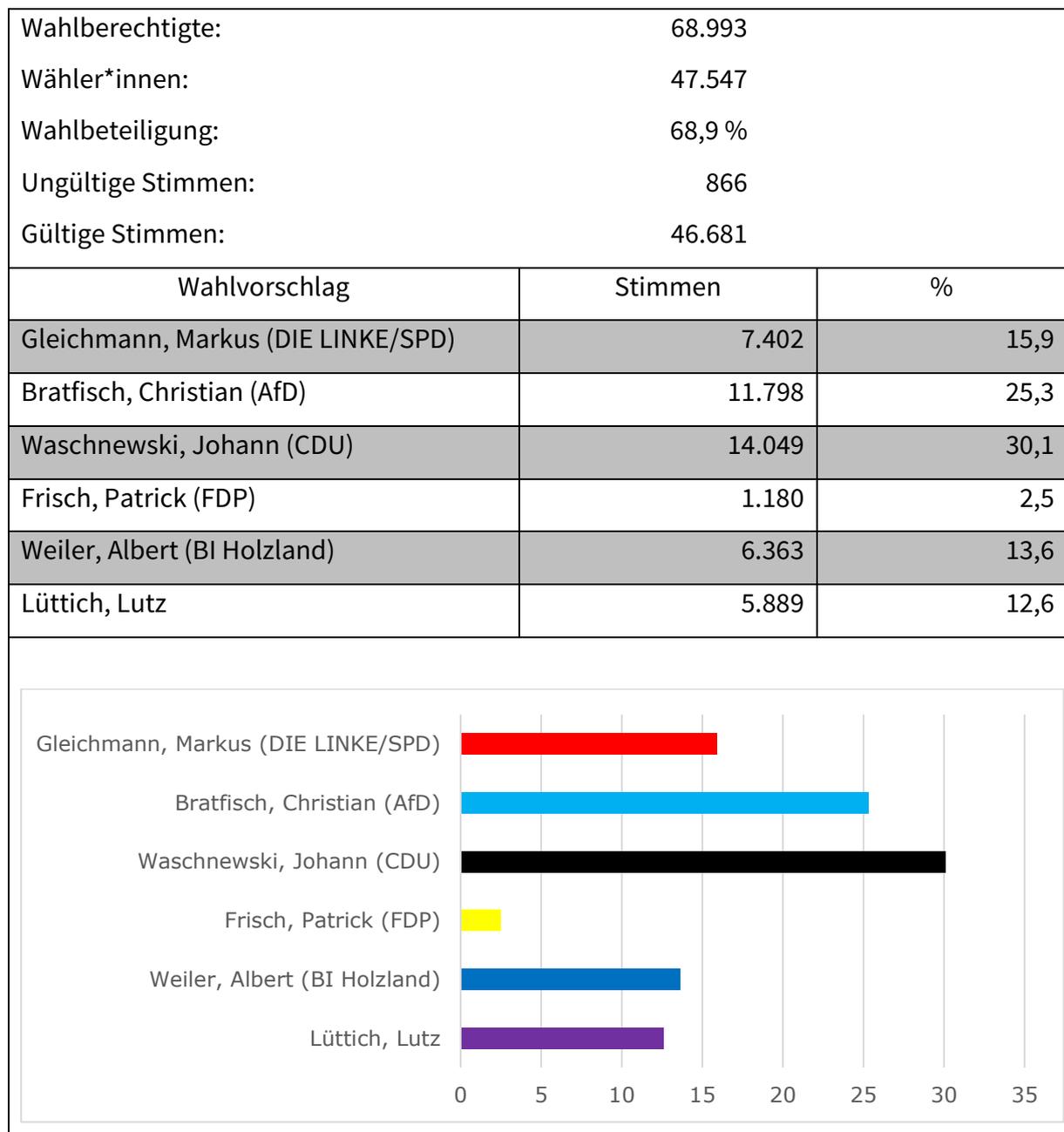


Abbildung 3: Stimmenverteilung der Landratswahl im SHK im ersten Wahlgang am 26.05.2024, Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).

Anlässlich der Stichwahl veranlassten der „Aktionskreis Demokratie“ und „Weltoffenes Thüringen“ im Vorfeld des 2. Wahlganges eine Kundgebung mit etwa 40 Personen in Eisenberg, bei welcher, u. a. durch den im ersten Wahlgang ausgeschiedenen Gleichmann, zur Wahl eines demokratischen Kandidaten aufgerufen wurde (König 2024b). Daneben wurde durch die bundesweite Kampagnenplattform *compact* eine Plakatkampagne umgesetzt und eine Website¹² gestaltet, die vor der Wahl des AfD-Kandidaten Bratfisch warnten. Bratfisch indes fiel vor allem durch einen unambitionierten Wahlkampf auf (Voigt 2024d). Dieser Eindruck wurde auch in Interviews der vorliegenden SRA geschildert:

„Und wenn da ein Herr Bratfisch sich hinstellt und sagt: ‚Ich weiß gar nicht was ich machen soll‘, dann ist das bekloppt. Der Wähler nimmt das nicht wahr [...]. Die Entwicklung ist ja so, dass wenn die AfD aufschlägt egal wo, dann haben die über 20%.“ (Fokusgruppe)

Letztlich konnte der CDU-Kandidat Waschnewski am 9. Juni 2024 60,6 % der Stimmen im Landkreis hinter sich vereinen. Die Wahlbeteiligung war im Vergleich zum ersten Wahlgang von 68,9 % auf 65,4% gefallen. Trotz des relativen Stimmausganges und seiner Niederlage hat der AfD-Kandidat Bratfisch wie auch alle anderen Kandidat*innen rechtsextremer Bündnisse und Parteien in Thüringen im zweiten Wahlgang jedoch absolut an Stimmen hinzugewonnen. Mit einem Gewinn von 5.660 Stimmen verzeichnete Bratfisch gar den stärksten Zuwachs vom 1. zum 2. Wahlgang in ganz Thüringen (Kamuf und Helmert 2024c).

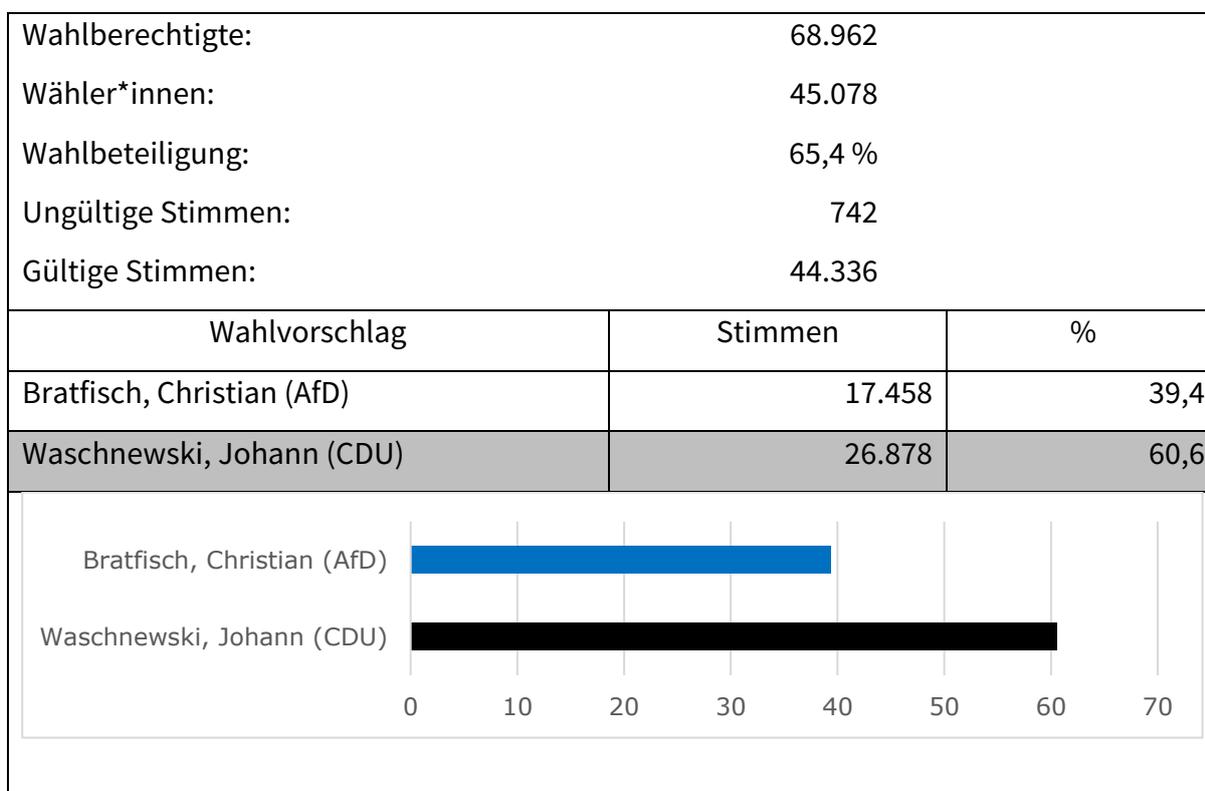


Abbildung 4: Stimmenverteilung der Landratswahl im SHK im zweiten Wahlgang am 09.06.2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).

¹² Die Website www.shk-weltoffen.de war zum im Oktober 2024 nicht mehr erreichbar.

In der ebenfalls im Zuge der Kommunalwahlen 2024 stattgefundenen Kreistagswahl veränderten sich die Sitzverhältnisse im Vergleich zur Wahl 2019 insbesondere in Bezug auf die rechtsextreme AfD sehr stark. Mit einem Stimmenzuwachs von 10,7 Prozentpunkten auf 27,0 % Stimmenanteil konnten von ihr 12 Sitze, damit 5 mehr als 2019, im neuen Kreistag erreicht werden. Bei prozentualer Stimmengleichheit, aber knapp über 100 absoluten Stimmen mehr, erreichte die CDU 13 Sitze und verlor damit einen Sitz gegenüber 2019, ist aber weiterhin die stärkste Fraktion im Kreistag. Die Wahlbeteiligung von 68,9 % ist im Vergleich zu 2019 (65,1 %) noch einmal gestiegen. 2014 lag sie noch bei 58,3 %, 2009 bei 58,9 %.

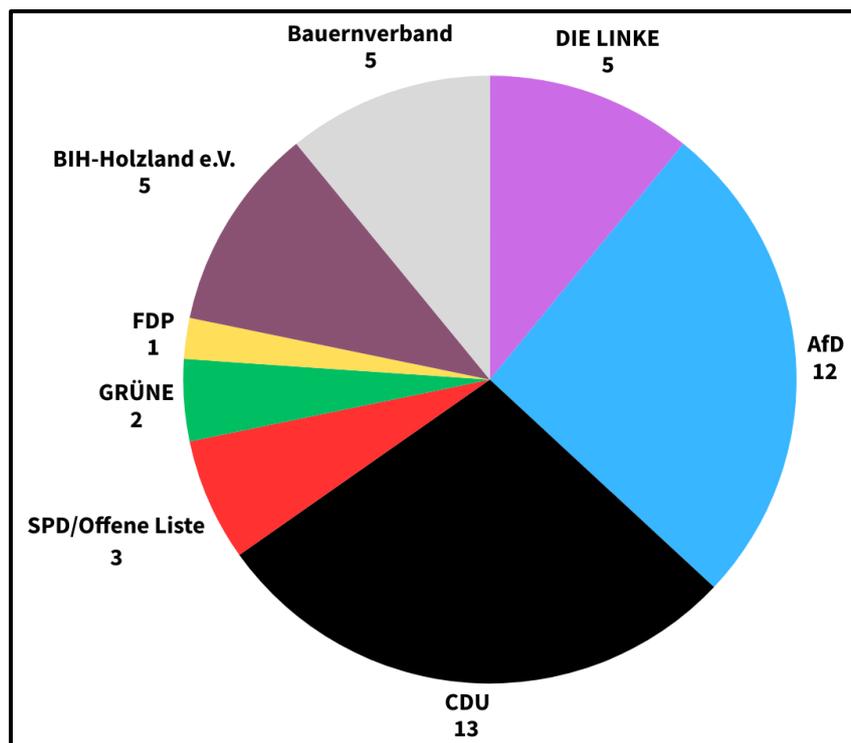


Abbildung 5: Sitzverteilung im Kreistag SHK seit 2024. Eigene Darstellung.
Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).

Wie in der Kreistagswahl konnte die rechtsextreme AfD auch bei der Europawahl am 9. Juni die größten Stimmengewinne im Vergleich zu 2019 verzeichnen. Mit 31,9 % erreichte sie 2024 als stärkste Partei 8,7 Prozentpunkte mehr als 2019.

Das bestätigte sich bei der Landtagswahl am 1. September. Auch hier wurde die AfD mit Abstand die stärkste Partei im Landkreis. Sie erhielt 33,1 % der Landesstimmen – fast 10 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Wahl im Jahr 2019. Die Wahlbeteiligung im SHK war mit 77,7 % (2019: 69,5 %) noch höher als die bereits hohe Beteiligung in Gesamtthüringen von 73,6 % (2019: 64,9 %). In einer kleinen Gemeinde des Landkreises erreichte die AfD 72,1 %, in 66 Gemeinden einen Zweitstimmenanteil, der über dem Gesamtthüringer Ergebnis lag, in 22 Gemeinden lag der Zweitstimmenanteil auf bzw. unter dem Stimmergebnis für Gesamtthüringen.

Wahlberechtigte:	66.165
Wähler*innen:	51.422
Wahlbeteiligung:	77.7 %
Ungültige Stimmen:	390
Gültige Stimmen:	51.032

Wahlvorschlag	Stimmen	%
DIE LINKE	6.383	12,5
AfD	16.889	33,1
CDU	13.262	26,0
SPD	2.472	4,8
GRÜNE	1.303	2,6
FDP	572	1,1
TIERSCHUTZ hier!	560	1,1
ÖDP / Familie	80	0,2
PIRATEN	136	0,3
MLPD	49	0,1
BÜNDNIS DEUTSCHLAND	238	0,5
BSW	7.832	15,3
FAMILIE	274	0,5
FREIE WÄHLER	505	1,0
WU	477	0,9

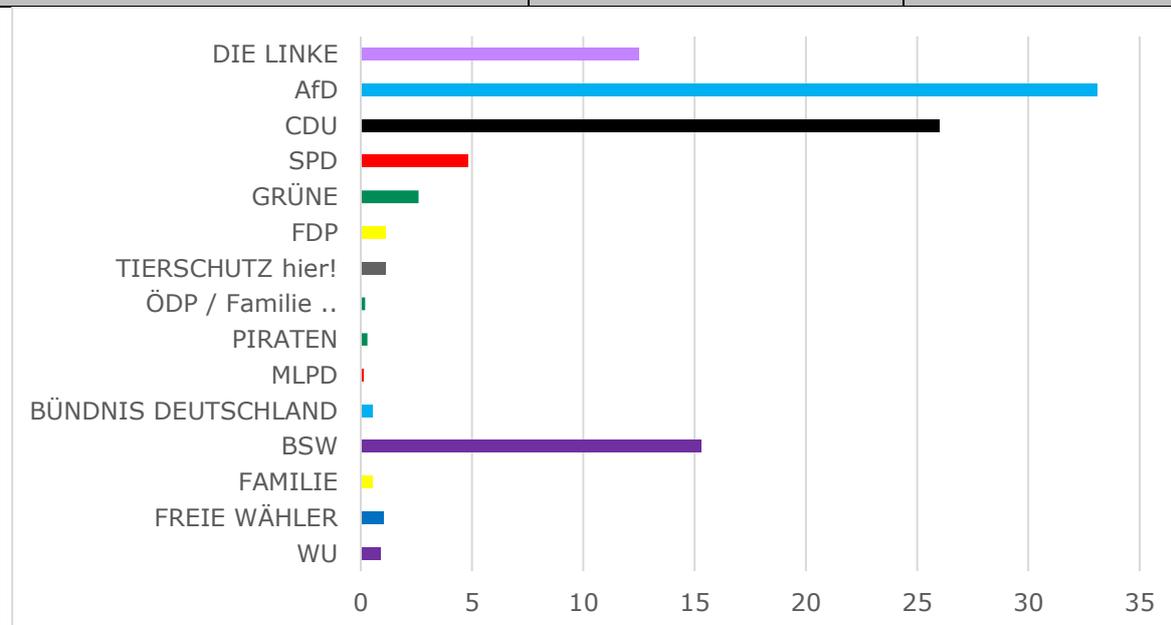


Abbildung 6: Landesstimmenergebnisse im SHK bei der Thüringer Landtagswahl am 01.09.2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).

Das Direktmandat im Wahlkreis SHK I erhielt der CDU-Kandidat Stephan Tiesler mit 39,8 % der Stimmen, vor dem Kandidaten der AfD, Denny Jankowski, mit 36,7 %. Tiesler war bereits 2019 für den Landkreis ins Parlament eingezogen. Im Wahlkreis SHK II erlangte Wiebke Muhsal von der AfD mit 38,9 % wenige hundert Stimmen mehr als der CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt. 2019 hatte dieser das Direktmandat im Landkreis noch gewonnen. Muhsal saß von 2014 bis 2019 bereits im Thüringer Landtag, gilt als Vertraute Björn Höckes und wurde rechtskräftig wegen Betrugs als Abgeordnete verurteilt (dpa 2018).

Wie überall in Thüringen zeigen die Ergebnisse der drei Wahlen 2024, dass die AfD „die Partei mit der größten Zustimmung im Freistaat“ (Kamuf und Helmert 2024c, S. 2) ist. Dabei wurde nicht nur die Beschädigung der demokratischen Kultur in Thüringen sichtbar, die durch das Erstarken von antidemokratischen und menschenfeindlichen Positionen und Akteur*innen vorangetrieben wird, sondern auch die politische und gesellschaftliche Normalisierung rechtsextremer Positionen (Kamuf und Helmert 2024c). Gleichwohl haben die Wahlen auch gezeigt, dass die AfD nicht die Mehrheit der Bevölkerung im Landkreis vertritt, sondern mehrheitlich demokratische Parteien gewählt wurden.

Insbesondere die Ergebnisse der Kreistags- und Landtagswahlen werden voraussichtlich in den kommenden Jahren erheblichen Einfluss auf die Situation der demokratischen Zivilgesellschaft und die politische Kultur haben, beispielsweise, weil die AfD in der Kürzung/Streichung der Mittel für Demokratieförderung eines ihrer Hauptanliegen sieht (vgl. AfD Thüringen 2024a, S. 115). Gleichzeitig werden sowohl im Kreistag als auch im Landtag Mehrheitsfindungen jenseits der gestärkten AfD-Fraktionen schwieriger. Wie bereits in der Vergangenheit werden AfD-Akteur*innen versuchen, in Fragen sogenannter „Sachpolitik“ „im Interesse der Bürger“ weitere Normalisierungserfolge zu erzielen und gegenüber demokratischen Akteur*innen ihre Kooperationsbereitschaft signalisieren. Es ist davon auszugehen, dass die AfD ihre Zustimmung zu Anträgen anderer Parteien zukünftig stärker davon abhängig machen wird, inwieweit sie eigene Inhalte im Sinne der rechtsextremen Ideologie in die Abstimmungsgegenstände einbringen kann.

3.4 VERWALTUNGSBEREICHE DES SAALE-HOLZLAND-KREISES

Der Flächenlandkreis SHK verfügt über die meisten zugehörigen Gemeinden in Thüringen. Gegliedert wird er in 10 Verwaltungsbereiche, welche im Folgenden kurz hinsichtlich einiger soziodemografischer Eigenschaften und Besonderheiten umschrieben werden. Dabei werden Verwaltungsbereiche, welche in der SRA eine nachrangige Rolle spielen, zusammengefasst.

3.4.1 Kreisstadt Eisenberg

Eisenberg ist Kreisstadt und die einwohnerreichste Stadt des SHK. Den Bürgermeister Michael Kieslich stellt seit 2019 die CDU, dieser wurde auch 2024 im Amt bestätigt. Bei den

Wahlen 2024 wurde die CDU mit 30,0 % stärkste Kraft im Stadtrat, gefolgt von der AfD (25,4 %) und dem Bund der Selbstständigen (17,1 %). Insgesamt sind sechs Parteien im Stadtrat vertreten.

In Eisenberg existieren verschiedene Bürgerbeteiligungsstrukturen, etwa eine aktive Jugend-Beteiligungsinitiative (vgl. Kapitel 7.4) und ein Seniorenbeirat. Als Kreisstadt ist Eisenberg Verwaltungssitz des Kreises, hat vier Schulen, beherbergt viele Vereine, Verbände und Beratungsangebote. Allerdings besitzt die Stadt bereits seit 1999 keinen Bahnanschluss mehr, was die Anbindung erschwert und nur über den Busverkehr ermöglicht.

In der Kreisstadt befindet sich eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Asylsuchende, die seit 2017 als Außenstelle der zentralen Landeserstaufnahmestelle in Suhl fungiert (Thüringer Landesverwaltungsamt 2021). Besonders 2015/2016 sorgte die EAE Eisenberg für Öffentlichkeit und Schlagzeilen (OTZ 2015). Angesichts dieser Entwicklungen wurde Eisenberg um die Jahre 2015/2016 zu einem „Zentrum zivilgesellschaftlichen Engagements und der Hilfe für Geflüchtete“ im SHK (Quent 2016, S. 17). Eine besondere Funktion für Vernetzung, Unterstützung und Solidarität übernahm das Projekt „Café International“ der Pfd in Trägerschaft des Bildungswerks BLITZ e. V. (vgl. Kapitel 6). Davon ausgehend wurde für sozialintegrative und interkulturelle Arbeit im Gemeinwesen das Projekt SINA gegründet (ThINKA Thüringen 2024). Mit der zeitweiligen Schließung der Erstaufnahmestelle und der Einstellung der Fördermittel für das SINA-Projekt sind die vielfältigen ehrenamtlichen Strukturen zur Unterstützung von Geflüchteten größtenteils weggebrochen. Ende 2024 wurde mit der Erweiterung bzw. dem Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtung begonnen (Flamich 2024e). Eisenberg fand in einigen Interviews der vorliegenden Studie Erwähnung, die Anlässe sind teils sehr unterschiedlich: Sie reichen von rechtsextremen Räumen wie dem 2022 eröffneten Tattoostudio des Neonazis David Köckert, der Umbenennung des lokalen Stadtfestes und dem gesellschaftlichen Umgang damit (vgl. Kapitel 5.1.2) bis hin zu alltäglicher Diskriminierung und gewaltvollen Übergriffen gegenüber migrantischen Personen und Personen aus der Zivilgesellschaft.

3.4.2 Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf

Hermsdorf ist die zweitgrößte Stadt im Kreis und Sitz der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Hermsdorf. Bürgermeister ist seit 2019 der parteilose Benny Hoffmann, der von der BIH (vgl. Kapitel 4.3.2) unterstützt wird und für diese auch im Kreistag sitzt. Die BIH ist gleichzeitig größte Stadtratsfraktion mit 45,5 %, gefolgt von CDU, SPD und Linken.

Positiv für die Stadt sind Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche wie im Jugendhaus Hermsdorf, in dem auch der Jugendbeirat des Landkreises (vgl. Kapitel 7.4) ein Mitmach-Büro namens MachBar besitzt oder die Beratung der Diakonie Mitteldeutschland für Migrant*innen (vgl. Interview 3). Auch das Teilhabezentrum des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Hermsdorf bietet für verschiedene Bevölkerungsgruppen Aktivitäten an, z. B. ein Inklusionscafé.

Erwähnung fand Hermsdorf in den Interviews u. a. aufgrund seiner Stellung als lokaler „Hot-spot“ für „Montagsspaziergänge“, insbesondere auch, weil diese im Vergleich zu anderen Thüringer Orten eine starke Kontinuität aufweisen (vgl. Kapitel 4.3).

Von Anfang 2023 bis Mitte 2024 sorgte erneut für Schlagzeilen, dass in Hermsdorf eine schlichte Lagerhalle zur Erstaufnahme von Geflüchteten genutzt wurde (vgl. Kapitel 5.1), die inzwischen vorerst geschlossen ist.

In der VG Hermsdorf liegt auch der kleine Ort St. Gangloff mit 1.200 Einwohner*innen. Auf dem Gebiet der Gemeinde ist seit 2017 der Bau von Windrädern von der Abo Wind AG geplant. Seitdem formiert sich breiter Widerstand gegen die Windkraftanlagen, der sich ausgehend von St. Gangloff über die VG Hermsdorf und über den gesamten SHK ausgeweitet hat (Schönian und Stephan 2019; Bernhardt 2024).

3.4.3 Kahla

Kahla liegt im mittleren Saaletal und ist drittgrößte Stadt des Landkreises. Hier regieren die Freien Wähler mit Bürgermeister Jan Schönfeld seit 2019. Im Stadtrat sind die Freien Wähler stärkste Kraft, gefolgt von AfD und CDU.

Überregionale Aufmerksamkeit und Interesse erlangt der SHK durch die Herkunft des berühmten Kahlaer Porzellans. Doch auch rechtsextreme Aktivitäten prägen die Bekanntheit der Stadt seit Langem. Kahla galt lange Zeit als rechtsextreme Hochburg, u. a., weil der in Kahla aufgewachsene und 1953 aus der DDR in die BRD geflüchtete Rechtsextremist Karl-Heinz Hoffmann („Wehrsportgruppe Hoffmann“) hier in den 1990er-Jahren Immobilien erwarb und eine Kneipe eröffnete – alte und neue Neonazistrukturen wurden zusammengebracht (Langer 2018). Bis Mitte der 2010er-Jahre drückte sich diese „rechte Hegemonie“ (Quent 2016, S. 11) durch zahlreiche Aktivitäten verschiedener neonazistischer Gruppen aus (u. a. „Burschenschaft Normannia“ in der Immobilie „Burg 19“, s. Kapitel 4.4). Dabei kam es zu zahlreichen Angriffen auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Geflüchtete und Einrichtungen der lokalen Politik. Auch in den geführten Interviews wurde deutlich, dass bis heute Angehörige der extremen Rechten in Kahla wohnen und wirken. Gegen die Verhältnisse in der Stadt entwickelte sich Gegenrede und Widerstand, so konnte beispielsweise 2013 ein Demokratie_Laden eröffnet werden, der bis heute ein Gegenangebot zu den rechtsextremen Strukturen darstellt (vgl. Kapitel 4.2).

3.4.4 VG Dornburg-Camburg

Dornburg-Camburg liegt zwischen Jena und Naumburg im nordwestlichen Teil des SHK. Den Bürgermeister Jens Tischendorf stellt seit 2024 die Wählergemeinschaft „Bündnis Ehrenamt“, die sich erst 2024 gegründet hat. Das Bündnis Ehrenamt ist darüber hinaus

stärkste Fraktion im Stadtrat, gefolgt von CDU und AfD. Erwähnung fand das Verwaltungsgebiet u. a. aufgrund seiner Lage, die sich als Herausforderung für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Aktivitäten zeigt.

3.4.5 Stadt Stadtroda

Stadtroda ist die viertgrößte Stadt im SHK. Bei den Wahlen 2024 konnte sich der Bürgermeisterkandidat der Freien Wählergemeinschaft, Klaus Hempel, erneut durchsetzen. Dieser regiert die Stadt bereits seit 2012. Auch im Stadtrat ist die Freie Wähler*innengemeinschaft (FWG) stärkste Kraft, gefolgt von SPD/offene Liste und CDU. Über die FWG zog der Landratskandidat Lutz Lüttich 2024 in den Stadtrat ein. Auch für Stadtroda war die geografische Lage ein Faktor, der in den geführten Interviews angemerkt wurde: hier jedoch als Positivbeispiel für die Zusammenarbeit mit Jenaer Vereinen aufgrund der räumlichen Nähe.

3.4.6 Weitere Regionen im Landkreis

Die Regionen VG Heideland-Elstertal-Schkölen, die Stadt Bürgel als erfüllende Gemeinde, Bad Klosterlausnitz als erfüllende Gemeinde, die VG Hügelland-Täler und die VG Südliches Saaletal spielten sowohl in der Sekundäranalyse als auch in den Interviews eine nachrangige Rolle. Hier werden kaum demokratiegefährdende Aktivitäten gemeldet. Ebenso scheint es hier, auf der ausgewerteten Datenbasis, weniger Vereine oder Initiativen zu geben, die sich explizit gegen Rechtsextremismus und prodemokratisch engagieren. In Interviews hervorgehoben wurde ein Verein, der unter dem Label *Muna* kulturelle Veranstaltungen auf dem Gelände eines früheren NS-Luftwaffendepots umsetzt und eine klare politische Haltung nach außen vertritt.

3.4.7 Randgebiete / Dörfer

Obgleich sich die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten im Kreis aktuell vorrangig auf die Städte konzentrieren, zeigten geführte Interviews, dass dies nicht bedeutet, dass keine Vereinsstrukturen in den ländlicheren Regionen aktiv sind.

Zudem existiert das landkreisweite Projekt „Dorfkümmerer“, welches vom Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) gefördert wird, derzeit in drei Dörfern im SHK (Scheidung 2024b). Dieses Projekt soll dazu dienen, Menschen auf dem Land zusammenzubringen und fördert damit auch aktiv zivilgesellschaftliches Engagement. Ein umfassendes Konzept der „Dorfkümmerer“ wurde 2022 vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gemeinsam mit dem Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V. (IKPE) vorgestellt (Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie 2022).

4 SITUATION DES RECHTSEXTREMISMUS UND DES POPULISTISCH-HETEROGENEN PROTESTMILIEUS

Der SHK gehört laut behördlicher Definition nicht zu den regionalen Schwerpunkten der rechtsextremen Szene Thüringens. So seien „auf den gesamten Landkreis bezogen“ die „skalierbaren Parameter der örtlichen rechtsextremen Szene, wie auch im Jahr zuvor, als unterdurchschnittlich einzuschätzen“ (Thüringer Landtag 2023, S. 1) – so hieß es im Jahr 2023 in einer Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales auf eine Kleine Anfrage zur Situation der Neonazi-Szene in der Stadt Eisenberg und im SHK. Dennoch wird die Lage im Landkreis durch die behördliche Definition nur unzureichend erfasst. Bereits 2016 attestierte Quent (2016) in seiner SRA dem Landkreis einen „entgrenzten Rechtsextremismus“, der zum Teil in der Gesamtbevölkerung normalisiert und themenabhängig, z. B. beim Thema Migration, anschlussfähig sei. Diese Verhältnisse haben sich u. a. seit den Zugewinnen der rechtsextremen AfD verschärft. Die aktuelle Situation des Rechtsextremismus soll im nächsten Kapitel dargestellt und dabei formelle sowie informelle Strukturen und Aktivitäten aufgezeigt werden.

Laut den interviewten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist die Situation im SHK in Bezug auf Rechtspopulismus und Rechtsextremismus eine angespannte und bedrohliche:

„Es hat sich nichts von dieser Spannung gelöst, auch wenn die Zahlen das jetzt gerade nicht widerspiegeln.“ (Interview 9)

Zwar würden rechtsextreme Akteur*innen gerade weniger aktiv in Erscheinung treten als insbesondere in der extrem gewalttätigen Phase in den 1990er- bis in die 2000er-Jahre oder in den Jahren während und nach der Aufnahme vieler Geflüchteter 2015/2016. Ein Grund zur Entwarnung sei das jedoch nicht. Rechtsextreme Akteur*innen würden weiterhin im Landkreis wohnen, Immobilien besitzen, sich regelmäßig und thematisch bestimmten Aktivitäten anschließen oder eigene Aktivitäten durchführen.

Dabei ist unter dem Eindruck mobilisierungsfähiger Ereignisse wie der Corona-Pandemie zu beobachten, wie schnell sich neue und alte rechtsextreme Strukturen zusammenfinden. Ein Beispiel dafür waren die ab 2020 stattfindenden Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung (vgl. Kapitel 4.3). Diese Proteste fanden im SHK an unterschiedlichen Orten statt, gemäß einer Rechercheplattform in Kahla unter Teilnahme bekannter Rechtsextremer (Rechercheportal Jena-SHK 2023b).

Viele Befragte äußerten sich besonders besorgt in Hinblick auf die kommunalen Wahlerfolge der AfD. Diese werde, obwohl von weiten Teilen der Wissenschaft schon länger als rechtsextremen (vgl. Helmert et al. 2023, S. 8) und seit März 2021 auch vom Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft, nicht als rechtextrem wahrgenommen und mehrheitlich von der Bevölkerung akzeptiert:

„Wenn ich jetzt nur von der AfD ausgehe, ist es für die meisten Leute alles noch im demokratischen Rahmen, also ja, das ist ja eigentlich nichts, wogegen man was tun müsste.“ (Interview 3)

Die jüngsten Wahlerfolge der AfD zeugen auch im SHK von einer weitreichenden Sympathie für rechtsextreme Positionen bis in die Mitte der Gesellschaft. Beobachtungen aus anderen Landkreisen stützen diese Sorge. Dass dort, wo die AfD regiert, neue Schwerpunkte rechtsextremer Gewalt entstehen können, zeigt das Beispiel des Landkreises Sonneberg. Hier regiert seit Juni 2023 ein AfD-Landrat. Laut der Jahresbilanz von ezra 2023 wurde der Landkreis Sonneberg „erstmalig [zu] ein[em] Hotspot rechtsmotivierter Gewalt“ (ezra 2024a, S. 4). Dies wird vor allem auf das Erstarken der AfD und das damit zusammenhängende politische Klima zurückgeführt (ebd.).

4.1 FORMALE STRUKTUREN

4.1.1 Alternative für Deutschland (AfD)

Die *AfD*, die in der untersuchten Region im Kreisverband „Gera-Jena-SHK“ organisiert ist, wird von der lokalen Zivilgesellschaft als die größte aktuelle Herausforderung im Bereich rechtsextremer Akteur*innen wahrgenommen. Sie könne an bereits bestehende Stimmungen im Landkreis anknüpfen (vgl. Kapitel 3.2), werde aber nicht als rechtsextrem wahrgenommen und inzwischen prinzipiell überall gewählt, auch wenn die Kandidat*innen unbekannt seien (Interview 3, Fokusgruppe). Zur Kommunalwahl 2024, bei der auch der Posten des*der Landrät*in neu besetzt wurde, stellte die AfD zum ersten Mal einen eigenen Kandidaten (vgl. Kapitel 3.3).

Rechtsextreme Akteur*innen hätten zudem erkannt, dass sie auch über die parlamentarische Ebene in Gemeinde-, Stadträten und Kreistagen Einfluss auf Projekte und Akteur*innen nehmen könnten, und würden diese Möglichkeit nutzen. Zudem verändere sich durch die Präsenz der AfD das Diskussionsklima in den kommunalen Parlamenten und die Befürchtung sei groß, dass sich dies nach den Wahlerfolgen weiter zuspitze.

„Es wird ganz unfair diskutiert. Also man schätzt nicht mehr ab, für was sind wir eigentlich zuständig und für was nicht? Es wird nur die große Weltpolitik dargestellt. Dafür sind wir aber im Kreis nicht zuständig. Wir haben unsere Arbeit regional zu leisten und das machen wir auch. Und das lief auch gut.“ (Fokusgruppe)

Insgesamt trügen die Normalisierung und die Zugewinne der AfD dazu bei, dass sich immer mehr Menschen zur AfD und zu rechtsextremen Positionen bekennen würden und sich folglich solche Positionen normalisierten und verfestigten:

„Ich habe auch gemerkt, auch die Menschen, die ruhig waren, die sind jetzt Unterstützer von der AfD und die haben jetzt mehr Mut und Kraft und sagen ja, ich bin auch jetzt AfD, die haben jetzt keine Angst, weil sie sehen selber, ja, die sind wirklich stark jetzt geworden.“ (Interview 2)

Personelle Überschneidungen gibt es im SHK zwischen rechtsextremen Akteur*innen der AfD und dem populistisch-heterogenen Protestmilieu (vgl. Kapitel 4.3), Rechercheergebnissen zufolge insbesondere rund um die Proteste in Hermsdorf und Kahla (Rechercheportal Jena-SHK 2023b). Zudem beteiligen sich AfD-Mitglieder an den Anti-Windkraft-Protesten und Aktionen der Bürgerinitiative „Unser Holzland – kein Windkraft-land“ (BI). Eine klare Abgrenzung zur AfD gibt es vonseiten der genannten Akteur*innen nicht. Im Gegenteil gibt es mindestens punktuelle Zusammenarbeit zwischen AfD, BIH und BI (Schauka 2017; Veit 2023).

Gegründet im Jahr 2013 konnte die AfD in den letzten zehn Jahren einen beachtlichen Aufstieg verzeichnen, massiv an Wähler*innenstimmen dazugewinnen und sich bundesweit in Landesparlamenten, Kreistagen und Stadträten verankern. Seit ihrer Gründung als „euroskeptische und nationalkonservative“ Partei kam es zunehmend zu einer Radikalisierung, die inzwischen die Bewertung der Partei als „gesichert rechtsextrem“ in einigen Bundesländern rechtfertigt und dazu führte, dass seit 2021 die Bundes-AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt wird (Salheiser 2019; Haensel 2024). Bereits seit März 2021 ist die AfD Thüringen durch das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen als „erwiesen rechtsextreme Bestrebung“, seit Juni 2024 als „kämpferisch-aggressiv“ eingeordnet (Hartung 2024). Der Thüringer Landesverband der AfD unter dem Landesvorsitzenden Björn Höcke fällt seit Jahren mit dessen völkischen, rassistischen und geschichtsrevisionistischen Aussagen sowie Auftritten und persönlichen Verbindungen in die rechtsextreme Szene auf. Höcke trug zudem als einer der wichtigsten Protagonisten des sogenannten (inzwischen formal aufgelösten) *Flügels* maßgeblich zur Radikalisierung der AfD bei. Dabei ist es den Wähler*innen der AfD überwiegend egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, „solange sie die richtigen Themen anspricht“ (Rieger 2024). Wichtigstes Thema für AfD-Wählende ist dabei die Begrenzung von Zuwanderung (ebd.).

Viele Studien zeigen inzwischen, dass AfD-Wählende und solche, die dazu tendieren, markant höhere Anteile an chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen aufweisen. Insofern lassen sich laut Richter und Salheiser (2021, S. 21) auch Rückschlüsse „auf dahinterliegende Ungleichwertigkeitsvorstellungen und mögliche soziostrukturelle Hintergründe ihrer Verbreitung“ ziehen. Denn ein kollektives Wahlverhalten könne „als eine Form der öffentlichen Artikulation politischer Einstellungen, die der Wahlhandlung zugrunde liegen, betrachtet werden“ (Richter und Salheiser 2021, S. 29). Für den SHK lassen sich über Wahlentscheidungen für die AfD, verbreitete Ungleichwertigkeitsvorstellungen und ihre Artikulation und den Zusammenhang mit der Vielzahl unterschiedlicher Faktoren wie Sozialraum oder individueller Sozialisationsbedingungen nur bedingt Aussagen dazu treffen.

Interviewte konstatieren der Partei eher schwache Strukturen im Landkreis. Die AfD gehöre trotz ihrer Wahlerfolge nicht zu den langjährigen, arrivierten Kräften im Landkreis (Interview 1). Die Wahlerfolge ließen sich dadurch erklären, dass die AfD wegen allgemeiner Zustimmung gewählt werde. Dies sei besonders am Beispiel der Landratswahlen deutlich geworden (vgl. Kapitel 3.3).

4.1.2 „Die Heimat“ (früher Nationaldemokratische Partei Deutschland – NPD)

Die Partei *Die Heimat*, bis 2023 Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD), wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz und vom Bundesverfassungsgericht in Gänze als klar verfassungsfeindlich eingeordnet. Seit 2024 ist die Partei nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen (Schmitz-Vardar 2024). Spätestens seit dem Bedeutungszuwachs der AfD befindet sich die Partei in einer Phase der personellen und elektoralen Bedeutungserosion. Allerdings konnte die Partei in einzelnen Thüringer Landkreisen bei den Kommunalwahlen 2024 Sitze im jeweiligen Kreistag erringen (Kamuf und Helmert 2024a).

Kommunalpolitisch erlangte die Partei im SHK in der jüngeren Vergangenheit keine Bedeutung. So konnte sie bei der Europawahl kreisweit nur 0,3 % der Stimmen auf sich vereinen (2019 0,7%). Die NPD hatte zuletzt 2014 zwei Sitze im Kreistag errungen (4,2 %). Insbesondere in Kahla konnte die NPD 2014 mit 8,6 % der Stimmen ein starkes Ergebnis einfahren, seit 2019 trat sie aber auch dort nicht mehr an. Die Website des Kreisverbandes gibt es nicht mehr, auf Social Media sind keine Aktivitäten festzustellen, zur Landtagswahl 2024 wurden keine Aktivitäten entfaltet.

Auf eine kleine Anfrage im Landtag 2023 antwortete das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, dass „im Berichtszeitraum im Landkreis keine öffentlichen Aktivitäten entfaltet, weder vom Kreisverband Ostthüringen der Partei ‚Die Heimat‘ [...] noch von der Partei ‚Der III. Weg‘“ (Thüringer Landtag 2023, S. 2).

4.1.3 Der „III. Weg

Der „III. Weg“ ist eine 2013 in Heidelberg gegründete rechtsextreme Kleinstpartei. Sie bezieht sich als radikale Alternative zur ehemaligen NPD, heute Die Heimat, und orientiert sich stark an einer völkisch-nationalistischen Ideologie (Bundeszentrale für politische Bildung o. J. a). Auch in Thüringen war bzw. ist die Partei (punktuell) aktiv und trat in der Vergangenheit vor allem durch Demonstrationen in Erscheinung (vgl. Koch et al. 2023, S. 22–23). Im SHK stellte die Partei keine Kandidat*innen zu Wahlen auf (Thüringer Landesamt für Statistik 2024d). Besonders bis ins Jahr 2019 entfalteten Mitglieder der Partei Aktivitäten im Landkreis, diese sind aber derzeit nicht mehr festzustellen (Interview 10).

4.2 INFORMELLE STRUKTUREN UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Neben den formellen Strukturen sind in ganz Ostthüringen, aber auch im SHK schon lange neonazistische Strukturen aktiv. Insbesondere Kahla galt viele Jahre als „Schwerpunkt des organisierten Rechtsextremismus“ (Quent 2016). Hier konnten rechtsextreme Akteur*innen Normalitätsgewinne verzeichnen und eine „rechte Hegemonie“ (Quent 2016, S. 11) errichten. Dies drückt sich seit 2011 durch den Besitz einer Immobilie, der „Burg 19“ aus, die von der dort ansässigen und vom Thüringer Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften „Burschenschaft Normannia zu Jena“ bespielt wurde. Diese Immobilie der extremen Rechten existiert nach wie vor.

„Natürlich wird die Burg 19 als rechte Immobilie bespielt. Das kriegt man hin und wieder mit. Man kriegt das zugetragen. Hin und wieder hebt die Polizei da mal ein Solikonzert aus, so wie im letzten Jahr. Die Burschenschaft Normannia hat sich dort getroffen und es finden nach wie vor dort kleine Konzerte oder Liederabende statt. Aber das ist nicht so öffentlich. Also von Aufzügen ist mir nichts bekannt. Was wir hin und wieder feststellen, es wird so eine Raumnahme versucht durch Sticker [...], einfach um da das Revier zu markieren. Ja das, aber es ist nicht so sichtbar.“ (Interview 7)

Auch der Dartklub in Kahla gilt nach wie vor als Treffpunkt extremer Rechter (Haak 2019). Beobachtet werden seit 2022 verstärkt Aktivitäten rechtsextremer Jugendkultur (Interview 11). Aktiv dabei u. a. Ian B., dessen Eltern schon lange im Zentrum rechtsextremer Aktivitäten in Kahla stehen. Die rechtsextreme Jugendclique um B. lief Recherchen zufolge in der Vergangenheit auf verschiedenen lokalen und überregionalen Demonstrationen mit, zeigt hierbei Marken und Symbole der rechtsextremen Szene und bewirbt in den sozialen Medien Rechtsrock (Rechercheportal Jena-SHK 2023a). Auch die Gruppe „Aufbruch und Erneuerung“, die aus dem Umfeld der „Burg 19“ stammt, ist seit 2020 aktiv und hat sich 2022 in „Sache des Volkes“ umbenannt (Möller et al. 2022, S. 35). In der Vergangenheit gab es besonders in den 2010er-Jahren Anschläge auf das Projekt Demokratie_Laden oder andere Vereine wie Täglich Brot Insel e. V. oder das SPD-Wahlkreisbüro in Kahla (Langer 2018; Hartl 2013; Thüringer Allgemeine 2016). Auch Menschen mit Migrationshintergrund waren Angriffen ausgesetzt (Langer 2018). Jahrelang agierten Rechtsextreme dort mit „terroristischen Mitteln“, die Taten wurden nur zum Teil aufgeklärt (Quent 2016). Ebenso gingen vom organisierten Rechtsextremismus aus Kahla zahlreiche Aktivitäten aus. Auch wenn diese Aktivitäten und öffentliche Präsenz in den letzten Jahren etwas nachgelassen haben, finden doch Veranstaltungen der extremen Rechten weiterhin in Kahla statt. So bemerkte ein Befragter im Interview, Kahla sei, was die Neonaziszene betrifft, nach wie vor „ein Kraftzentrum“ (Interview 10). Im März 2023 verhinderte die Polizei ein Neonazi-Konzert in Kahla, zu der dutzende Unterstützer*innen anreisten, um unter dem Motto „Solidarität mit Ralf“ den verurteilten NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben durch die Teilnahme an einem für ihn organisierten Solidaritätskonzert zu unterstützen (Hemmerling 2023). Einer Rechercheplattform zufolge finden viele Zusammenkünfte der rechtsextremen Szene privat statt, rechtsextreme Akteur*innen wohnen weiterhin in oder um Kahla und nehmen bundesweit an einschlägigen Veranstaltungen statt (Rechercheportal Jena-SHK 2023c). Die Akteur*innen sind gut in die lokale Gesellschaft integriert, arbeiteten bei Trägern wie der Diakonie

(Langer 2018) oder sind in Vereinen aktiv (Rechercheportal Jena-SHK 2024c). Es gilt weiterhin, was Quent (2016) bereits feststellte: So komme es zu einer „Normalisierung von menschenfeindlichen und antidemokratischen Haltungen und Personen, es fehle die „Abgrenzung zwischen rechtsextremen Akteur*innen und dem Rest der Gesellschaft“, Normalisierung finde über „persönliche Bekanntschaften und Alltagserfahrungen mit Personen, die sich in rechtsextremen Netzwerken engagierten, einschlägige Szenekleidung trugen und neonazistische Positionen teilten“ statt (Quent 2016, S. 9). Dabei führe die Nähe zu Jena dazu, dass die räumliche Trennung zwischen dem SHK und Jena in Hinblick auf organisierten aber auch informellen Rechtsextremismus kaum gegeben sei, die Strukturen seien sehr eng miteinander verwebt (Interview 10 & 11).

Weitere Netzwerke, wie das rechtsextreme Thügida-Netzwerk, welches besonders 2015 im Zuge der bundesweiten migrationsfeindlichen Proteste Mobilisierungserfolge erzeugen konnte und die damit zusammenhängende Initiative „Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis“ sind zwar nicht mehr aktiv, ihr Begründer und ehemaliger NPD-Aktivist David Köckert¹³ konnte jedoch ohne große Proteste oder Einschreiten der Stadt bzw. des Landkreises im Zentrum Eisenbergs sein Tattoostudio „Königsblut“ eröffnen:

„[...] und natürlich Eisenberg, mit der Eröffnung des Tattoostudios da. Und das war auch eine Situation, die fand ich wieder unbefriedigend. Es war einfach so, dass die Stadt sich da nicht weiter zu geäußert hat und sich da einfach bekannt hat.“ (Interview 5)

Koch et al. (2024) weisen darauf hin, dass die Räumlichkeit nicht nur als reine Arbeitsstätte, sondern auch als Vertrieb für sein Merchandise diene. Gemäß Recherchen unterhält Köckert zahlreiche Kontakte in die lokale und nationale rechtsextreme Szene, wie Blood and Honour oder zur Neonazi-Splitterpartei „Neue Stärke“ und NSU-Unterstützer*innen, fällt regelmäßig durch die Verwendung nationalsozialistischer Symbolik auf, die er auch in seinen Online-Shop „Tattoo-Hetzer“ und in seinem Tattoostudio bewirbt (Rechercheportal Jena-SHK 2022). Außerdem berichtete Köckert in einem Interview, dass er mit Hilfe seiner Tattoostudios in Zeulenroda (Greiz) und Eisenberg rechtsextreme Ideologie vor Ort verbreiten und normalisieren will (Lammert 2023).

Normalisierung – Einschätzung der Zivilgesellschaft

Rechtsextremismus gilt laut Interviewten schon lange als akzeptiert und normalisiert im SHK, was u. a. durch die persönlichen Bekanntschaften und geteilten Alltagserfahrungen mit Personen seinen Ausdruck findet, die rechtsextreme Szenekleidung tragen oder rechtsextreme Positionen teilen. Die Einschätzung Quents (2016) bezüglich der Normalisierung von menschenfeindlichen und antidemokratischen Haltungen gilt auch noch 2024 und hat sich sogar verschärft, wie die Wahlerfolge und Raumgewinne der AfD erkennen lassen. Nach wie vor wird die Gefahr von rechtsextremen Akteur*innen unterschätzt und negiert:

¹³ Zu den früheren NPD- und Thügida-Aktivitäten von David Köckert siehe Best et al. 2018).

„Und die steht für mich im SHK für 'Es ist doch alles gut so wie es gewesen ist. Wir müssen doch nichts machen.' [...] Und da ist man gar nicht auf die Idee gekommen, dass irgendwann mal jemand kommt und sagt 'Ja, die Demokratie ist gut und schön, aber wenn wir das aushöhlen können und das Ding so nach und nach abschaffen, merkt ja keiner.' Und diese Brisanz, dass es jetzt wirklich verteidigt werden muss, die wird aus meiner Sicht [...] nicht gesehen.“ (Interview 6)

Rechtsextreme Szenen und Milieus haben sich weiter vermischt und neue Wege gefunden, demokratiefeindliche Aktivitäten zu entfalten und in die Breite der Gesellschaft hineinzuwirken. Befragte Akteur*innen beschrieben das Verfestigen einer „Mischszene“ (Interview 7). Offen „knallharten“ geäußerten Rassismus gebe es nur noch selten (Interview 1 & 7). Menschen hätten hingegen gelernt „dass man das auch alles ganz anders ausdrücken kann, aber im Grunde dasselbe meint. An der ethnozentrischen, latent rassistischen Haltung hat sich über die Jahre nichts geändert.“ (Interview 1) Gleichzeitig entstünden z. B. durch die „Montagsspaziergänge“ des populistisch-heterogenen Protestmilieus neue Plattformen, in denen verschiedene bürgerliche Akteur*innen mit Rechtsextremen zusammenträfen. Besonders beim Thema Windkraft sei diese Mischszene im SHK zu erkennen. Das Engagement gegen Windkraft teilten demokratische und rechtsextreme Akteur*innen, die u. a. an denselben öffentlichen Veranstaltungen teilnahmen. Bei den Protestdemonstrationen gegen Windkraft waren prominente Klimaleugner*innen¹⁴ beteiligt.

„Aber die Gemengelage vor Ort hat sich verändert. Also es ist in einem Übergang gegangen, so in eine Mischszene und man kann das manchmal ganz schwer ausmachen; wer ist jetzt wo zu verorten? Und manchmal ist es auch gar nicht so klar. Also da gibt es dann einzelne Themen und in anderen Themen ist man sich vielleicht total einig. Also das ist meiner Meinung nach schwieriger geworden und wie gesagt, hat sich so verlagert.“ (Interview 7)

Erschwerend kommt hinzu, dass laut Interviewten auch Akteur*innen wie die BIH, die mit 45,5 % die stärkste Fraktion im Hermsdorfer Stadtrat ist, den Bürgermeister der Gemeinde stellt sowie in der Kreistagswahl 11,6 % der Stimmen erringen konnte, keine stringente Abgrenzung zu rechtsextremen Akteur*innen erkennen lässt. Hingegen habe die BIH es geschafft, sich nachhaltig im Kreis zu etablieren und verschiedene Milieus zusammenzubringen. Dabei bediene sie sich einer populistischen, „Establishment“-feindlichen Rhetorik und scheut sich nicht davor, auch mit rechtsextremen Akteur*innen zu kooperieren:

„Und bei der Bürgerinitiative ist es ja noch viel schlimmer. Das ist ja quasi dann – das sind nicht nur Leute, die ganz am rechten Rand fischen, das kriegt ja keiner mit. Die kriegen mit: die schützen unseren Wald vor den bösen, bösen Windkrafträdern oder die ernähren uns, oder so.“ (Interview 3)

Mit der neuen Sitzverteilung im Kreistag seit Juni 2024 und der Stärke von AfD und BIH befürchten zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Kreis nun, dass bestimmte Projekte, die den Kreistag oder die Stadträte passieren müssen, bedroht sind, weil die notwendigen Mehrheiten für bestimmte Projekte nicht mehr erreicht werden (Interview 3 & 7).

¹⁴ Zur überregionalen Verbindung von Rechtsextremismus und Klimaleugner*innen siehe Quent et al. 2023.

4.3 POPULISTISCH-HETEROGENES PROTESTMILIEU

4.3.1 Montagsdemonstrationen

Seit Beginn der Corona-Pandemie fanden im SHK regelmäßig Demonstrationen statt, die sich unter dem Namen „Montagsdemonstrationen“ zunächst in eine bundesweite Protestbewegung gegen die Regierungsmaßnahmen während der Pandemie einreihen. In Kahla fanden nach Angaben eines Rechercheportals in der Vergangenheit über einen Zeitraum von etwa 2 Jahren besagte „Montagsspaziergänge“ des populistisch-heterogenen Protestmilieus statt, bei denen teils bekannte Neonazis mitliefen (Rechercheportal Jena-SHK 2023b). Eine besonders starke Präsenz und Kontinuität konnten die Demonstrationen in Hermsdorf entwickeln, wo im Befragungszeitraum – im Gegensatz zu Eisenberg oder Kahla – noch immer jeden Montag Teile der Bevölkerung zu den sogenannten „Montagsspaziergängen“ zusammentrafen:

„Aber das hört ja nicht auf. Die marschieren hier immer noch jeden Montag durch Hermsdorf und das ist ja jetzt so eine Zentrale geworden. Die kommen ja mittlerweile aus weiß nicht, zwischen Altenburg und Erfurt kommt die ja jeden Montag alle hierher.“ (Interview 3)

Die Demonstrationen wiesen im Zeitverlauf zahlreiche unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte auf (vgl. Kamuf et al. 2024; Quent und Richter 2021): Protestiert wurde bereits gegen zu hohe Benzinpreise, gegen die geplanten Windkraftanlagen im Landkreis, gegen die Sanktionierung von Russland im Zuge des Angriffskrieges oder gegen die Ampel-Regierung im Allgemeinen (Giggel 2022a, 2022b). Befragte attestierten den fortlaufenden Demonstrationen inzwischen zu „Anti-Demokratie-Protesten“ geworden zu sein (Interview 3). Anmelder*innen und Teilnehmende lassen sich dem Spektrum der AfD, der Szene der Klimaleugner*innen und Verschwörungsideolog*innen oder anderen rechtsextremen Gruppen zuordnen. Für das dargestellte Protestmilieu, das auch in anderen Bundesländern weiterhin aktiv ist, gibt es bisher keine feste Bezeichnung in Wissenschaft und Medien. Wir bezeichnen dieses daher hier als *populistisch-heterogenes Protestmilieu*.

Auch wenn die populistisch-heterogenen Proteste nicht als explizit rechtsextreme Demonstrationen gewertet werden können, so weisen sie durchaus personelle Verflechtungen mit der rechtsextremen Szene auf. So fielen Rechercheergebnissen zufolge in der Vergangenheit Anmelder*innen auf, die auch Veranstaltungen der „Freien Sachsen“ oder „Freies Thüringen“ besuchten (Rechercheportal Jena-SHK 2023b).

In Eisenberg wurde ab 2021 unter dem Titel „Schweigemarsch Eisenberg“ ebenfalls gegen die Pandemie-Maßnahmen demonstriert. Der Schweigemarsch fiel in Recherchen durch eine antisemitische Aktion sowie durch „Anti-Establishment“-Narrative auf (Recherche Ostthüringen 2022).

4.3.2 Bürgerinitiative Holzland e. V. (BIH)

Verbunden mit diesem populistisch-heterogenen Protestmilieu ist die „Bürgerinitiative gegen überhöhte Abgaben Holzland e. V.“ (BIH) mit Sitz in Hermsdorf (Bürgerinitiative Holzland o. J.).

Die BIH besteht eigenen Angaben zufolge bereits seit Anfang der 1990er-Jahre und setzte sich bei ihrer Gründung vorrangig, wie der Name es andeutet, gegen überhöhte kommunale Abgaben ein. Ziel sei es nach wie vor, „Abgabenlast für die Gebühren- und Beitragszahler der Städte Hermsdorf und Kahla sowie deren umliegenden Kommunen auf ein vertretbares Maß langfristig zu begrenzen“ (Bürgerinitiative Holzland o. J.). Die BIH ist schon seit vielen Jahren im Kreistag und in Stadträten aktiv. Sie konnte bei der Kommunalwahl 2024 kreisweit 11,6 % der Wähler*innenstimmen auf sich vereinigen. In Hermsdorf stellt die BIH den (damals noch unabhängigen) Bürgermeister seit 2018, der auch 2024 im Amt bestätigt wurde. In Hermsdorf kam die Initiative bei den Gemeinderatswahlen 2024 auf 45,5 % und landete damit weit vor der zweitplatzierten CDU (25,7 %).

Neben dem Einsatz gegen überhöhte kommunale Abgaben positioniert sich die BIH inzwischen vor allem zum Thema Energiewende und kämpft gegen die Errichtung von Windrädern im Kreis. Es existieren personelle und thematische Überschneidungen mit der Bürgerinitiative „Unser Holzland – kein Windkraftland“ (BI), die 2016 gegründet wurde, nachdem bekannt wurde, dass Windkraftanlagen im Gebiet um St. Gangloff und Eineborn errichtet werden sollen (Schott 2016). So wurde beispielsweise Tobias Gruber 2018 von der BIH als parteiunabhängiger Landratskandidat unterstützt und war für die BIH von 2019-2024 Mitglied im Kreistag, gleichzeitig ist er Sprecher der BI. Gruber zeigte sich auch auf den Montagsdemonstrationen in Hermsdorf (Munteanu 2022). Der 2024 gewählte CDU-Landrat Johann Waschnewski stellt sich laut Medienberichten ebenso gegen Windkraft im Wald wie die AfD-Landtagskandidatin Wiebke Muhsal oder der Hermsdorfer Bürgermeister Benny Hofmann, der der BIH angehört (Kalla 2024a).

Das Thema „Keine Windkraft im Wald, schützen wir unsere Heimat“ (Kalla 2024a) eint verschiedene Gruppen und bringt verschiedene Milieus zusammen. So bietet das Thema auch Anknüpfungspunkte zur AfD (vgl. Kapitel 4.1.1). Prominente Unterstützung bekam die BIH Rechercheergebnissen zufolge bereits von dem AfD-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Michael Kaufmann (Rechercheportal Jena-SHK 2023b) sowie vom Vorsitzenden der WerteUnion, Dr. Hans Georg Maaßen, der ebenfalls vom Verfassungsschutz als „rechtsextremes Beobachtungsobjekt“ eingestuft wird (Dörn 2024; TAZ 2024). Maaßen ging bei der Gegenkundgebung gegen die Windmesse im Hermsdorfer Stadthaus im Februar 2024 jedoch nur in einem Nebensatz auf den geplanten Windpark ein, „stattdessen arbeitete er sich an der ‚Gender- und Klimahysterie‘ der Grünen ab“ (Bernhardt 2024). Unterstützung holte sich die BIH auch schon vom bekannten Autor und Klimawandelleugner Fritz Vahrenholt bei einer Veranstaltung 2023 im Hermsdorfer Stadthaus (Grünler 2023a). Vahrenholt leugnet nicht nur den menschengemachten Klimawandel, sondern hält Vorträge im AfD-Umfeld

(Speit 2022). Zugleich bestehen gemäß einem Rechercheportal personelle und strukturelle Verbindungen zwischen der BIH, der BI, der AfD und dem populistisch-heterogenen Protestmilieu (Rechercheportal Jena-SHK 2023b).

Zwar lehnte Tobias Gruber 2018 zu seiner Landrats-Kandidatur die Unterstützung der AfD ab¹⁵, allerdings gibt es eine personelle und themenbezogene Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus der AfD (Girwert 2018). Außerdem finden Veranstaltungen und Stammtische der AfD im Gasthof „Zur Linde“ statt (OTZ 2017; AfD Thüringen 2024b), der wiederum von einem bekannten BIH-Aktivisten betrieben wird (Krüger 2024). 2024 machte die BIH mit Albert Weiler ein Mitglied der WerteUnion zu ihrem Spitzen- und Landratskandidaten im SHK. Die WerteUnion und ihr Chef Maaßen fallen immer wieder durch rassistische und antisemitische Aussagen auf (Deutschlandfunk 2024). Nicht nur sticht die Partei durch ihren Vorsitzenden Maaßen hervor, auch nahmen Gründungsmitglieder der Partei bei dem vom Recherchenetzwerk *Correctiv* aufgedeckten „Potsdamer Treffen“ teil, bei dem über Remigrationspläne von Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland diskutiert wurde und welches deutschlandweit Proteste auslöste (ZEIT online 2024). Gleichzeitig gibt es Kontakte von Parteiangehörigen zu „Reichsbürgern“ und zur Identitären Bewegung (Euen et al. 2024).

Ein Teil der Aktivitäten der BIH lässt sich dem populistisch-heterogenen Protestmilieu (vgl. Kapitel 4.3.1) zuordnen, u. a. durch die Stimmungsmache gegen Windkraft, den Klimawandel und Geflüchtete. Benny Hofmann, der Bürgermeister von Hermsdorf, verfasste in Zusammenhang mit der „Flüchtlingssituation“ eine Pressemitteilung, in der er davon sprach, dass viele Bürger*innen „Angst“ hätten und das „Sicherheitsthema“ nicht vernachlässigt werden dürfe (Grünler 2023b).

Laut Interviewteilnehmer*innen der vorliegenden Studie ist die BIH vom überwiegenden Teil der Bevölkerung akzeptiert (Interview 3), obwohl sie schon lange „Verschwörungszeug“ (ebd.) teilen würde und teilweise offen mit der AfD und anderen rechtsextremen Akteur*innen zusammenarbeiten würde. Gleichzeitig gibt sie sich parteiunabhängig und als Auffangbecken des Zusammenhaltes gegen „die da oben“ (Schönian und Stephan 2019).

Auch für die BIH und die BI sind besonders die Grünen Feindbild, hingegen seien die Windkraftgegner*innen um die St. Gangloffter Bürgerinitiative und die BIH die „echten Grünen“ und „Ökoaktivisten“ (Krüger 2024; Schönian und Stephan 2019).

Befragte berichten vor allem, dass die lokale Zusammenarbeit in Hermsdorf durch die Mehrheit im Stadtrat und den Bürgermeister der BIH, unausweichlich sei und das Vorgehen der BIH in der lokalen Bevölkerung weitgehend als unproblematisch angesehen werde (Interview 3 & 4).

¹⁵ Die BIH beschreibt sich in ihrer Vereinssatzung als „parteilich neutral und den Grundsätzen ‚rassistischer, religiöser und weltanschaulicher Toleranz‘ folgend (Bürgerinitiative Holzland o. J.)

4.4 RECHTSEXTREME RÄUME UND RAUMNAHME

Auch wenn die Intensität von rechtsextremen Aufmärschen und Konzerten zahlenmäßig und öffentlich wahrnehmbar abgenommen hat, ist die rechtsextreme Raumergreifung im SHK laut Interviewteilnehmer*innen allgegenwärtig. In den letzten Jahren hätten die Aktivitäten und die Raumnahme der rechtsextremen Akteur*innen etwas nachgelassen, seien aber keinesfalls verschwunden. Die Spannung der Bedrohungen habe sich nicht gelöst. (Interview 9).

So trete vor allem die AfD, auch außerhalb von Zeiten des Wahlkampfs, mit Ständen an öffentlichen Orten, z. B. vor Supermärkten, in Erscheinung. Andere Parteien seien weitaus weniger im öffentlichen Raum präsent. Immer mehr Leute würden sich zudem trauen, antidemokratische Positionen auszusprechen und sich auch öffentlich dazu zu bekennen (vgl. Kapitel 4.1.1).

„Und das ist schon krass bewusstgeworden, dass die Leute sich eben stärker trauen, das auszusprechen. [...] Also die sind auf diese Weise irgendwie präsent, sodass es überhaupt nicht so gewalttätig radikal wirkt, sondern einfach so: Wir sind das Volk- und das leben die auch so ein bisschen einfach, dass sie das denken.“ (Interview 4)

Die öffentliche Artikulation von rechtsextremen Positionen oder die Verwendung von rechtsextremen Symbolen sei laut Befragten Hinweis darauf, dass sich rassistische, ethnozentrische und antidemokratische Einstellungen als gesamtgesellschaftliches Problem verstehen ließen, das nicht auf einen „Rand der Gesellschaft“ beschränkt sei (Interview 4 & 11). Selbst offen als rechtsextrem erkennbare Akteur*innen könnten sich in Teilen des Landkreises niederlassen, ohne dass dies auf breiten Widerstand stoße. Nur ein kleiner Teil von Engagierten wehre sich (teilweise erfolgreich) gegen von Rechtsextremen genutzte Räume wie die „Burg 19“ oder den Dartklub in Kahla oder gegen das Tattoostudio des bekannten und vielfach vorbestraften Neonazis David Köckert in Eisenberg (vgl. Kapitel 4.2). Die Eröffnung des Tattoostudios führte zwar zu antifaschistischem Gegenprotest unter der Beteiligung von etwa 70 Personen. Eine Positionierung der Stadt oder des Landkreises blieb allerdings aus (Büker 2022). Interviewteilnehmer*innen der lokalen Zivilgesellschaft äußerten sich schockiert über die wahrgenommene Ignoranz bzw. Indifferenz der Bevölkerung sowie über mangelndes Engagement von Regionalpolitiker*innen demokratischer Parteien:

„Also selbst bei der Demo gegen die Eröffnung von dem Studio [Königsblut Tattoo & Piercingstudio] war keiner von der CDU dabei, die haben parallel feine Weihnachtsfeier gemacht und Stollen gebacken [...] wirklich exakt zur gleichen Zeit.“ (Interview 6)

Interviewte beschrieben in Zusammenhang mit dem Tattoostudio bereits das Gefühl einer „Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts“ in Eisenberg u. a. durch viele rechtsextreme Sticker, Personen mit bekannten Chiffren der rechtsextremen Szene auf Haut und Kleidung und durch rechtsextreme Übergriffe auf Personen, die „nicht-deutsch“ aussehen würden (Interview 2 & 11).

Subtiler und damit für viele Menschen kaum wahrnehmbar sei vor allem eine Zunahme von Stickern und Graffitis u. a. mit nationalsozialistischen und anderen rechtsextremen Inhalten im Straßenbild. Hier ist der persönliche Eindruck der Befragten, dass dieses Phänomen zunehme (Interview 4 & 11).

Bedrohungen der Zivilgesellschaft

Schwere rassistische Übergriffe auf Geflüchtete, politisch Engagierte oder Orte demokratischer Kultur, welche sich besonders in Kahla bis 2018 zentrierten (ezra 2018), haben laut Befragten aus der Zivilgesellschaft abgenommen. Allerdings hätten sich Bedrohungen gewandelt. Befragte berichteten, dass ihr Wohnort einschlägigen Rechtsextremen bekannt sei (Interview 4 & 6), dass Schutzkonzepte für öffentliche Räume, aber auch die Privatwohnungen und -häuser erdacht würden (Interview 11) und dass die Bedrohung „mal subtiler, mal offensichtlicher“ vorhanden sei (ebd.). Zuletzt kam es bei einer Nachttanzdemo im August 2024 in Eisenberg zu einer Bedrohung von „Rechten“, die die Demo mit einem kleinen Abstand verfolgten (ebd.). Erwartet wird nach dem starken Abschneiden der AfD bei den diesjährigen Wahlen, dass sich solche Vorfälle noch ungehemmter ereignen werden (ebd.).

Andere Engagierte äußerten sich zu Erfahrungen von verbalen Anfeindungen auf der Straße, z. B. in Eisenberg. Auch aus Hermsdorf berichteten Befragte von einer Bedrohungslage im Kontext des populistisch-heterogenes Protestmilieus:

„Also das mit den Corona-Protesten bzw. auch mit den Gegenkundgebungen [...es waren] 10 bis 20 Leute, wenn überhaupt und [es] hat sich dann irgendwie so ein Mob von 600, weiß ich nicht Anti-Corona-Demonstranten [...] rum gedrängt und [...] eingeschrien [...]“ (Interview 3)

Auch im digitalen Raum, in den sozialen Medien, fänden zunehmenden Bedrohungen statt, die nicht zu unterschätzen seien (Interview 6). Befragte äußerten, dass sie früher gezielter bestimmte Orte, die von Angriffen durch Neonazis bedroht seien, hätten meiden können. Dies habe sich aber mit dem Auftreten digitaler Räume geändert:

„Jetzt sind die Bedrohungen wirklich viel bequemer vom Handy aus über soziale Medien. Was es aber finde ich nicht minder gefährlich macht, weil es das Unsicherheitsgefühl in dem privaten Bereich reinträgt.“ (ebd.)

Gerade Beleidigungen und Anfeindungen im digitalen Raum würden von der Polizei nicht verfolgt. Anzeigen, sowohl im analogen und digitalen Raum, seien wegen „nicht gegebener öffentlicher Relevanz“ eingestellt worden (ebd.).

Lokale Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft berichteten außerdem von der Gefahr, dass bestimmte demokratiefördernde Projekte in den Stadträten und im Kreistag durch die Sitzgewinne der AfD, aber auch der BIH, keine Mehrheiten mehr finden. In Zukunft müssten Akteur*innen noch mehr darauf achten, mit welchen Formulierungen sie Projekte beantragen würden. Zivilgesellschaftliches Engagement, welches auch durch den Kreis gefördert wird, sei somit in seinem Fortbestand bedroht (Interview 3, 6 & 7):

„Also ich glaube auch, dass sich das insgesamt so ein bisschen verlagert hat von früher – gab es viel Gewalt. Jetzt kann man über die parlamentarische Ebene einfach Projekte und so weiter angreifen und dort stellen wir aber fest, dass das nicht ausschließlich von den rechtsgerichteten Akteur*innen so ist, sondern auch von den konservativen Kräften.“ (Interview 7)

Ein*e Lokalpolitiker*in berichtete außerdem, dass verschiedene demokratische Parteien Wahlplakate ohne Porträts aufhängen würden, um die Kandidat*innen „aus der Schusslinie zu nehmen“ (Interview 6).

5 SITUATION GESELLSCHAFTLICH MARGINALISierter GRUPPEN

Der SHK wirbt auf der Website mit dem Slogan „Ein Landkreis mit Zukunft“. Der Kreis sei „für alle Generationen lebens- und liebenswert“ und ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort (Waschnewski 2024). Immer wieder kommt es jedoch zu Angriffen auf und zu Diskriminierungserfahrungen für Angehörige gesellschaftlich marginalisierter Gruppen. Im folgenden Kapitel soll darauf eingegangen werden, wie sich dies für die Betroffenen äußert, also beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete oder queere Menschen und welche Angebote es für diese Gruppen im Landkreis gibt. Dabei werden sich die folgenden Ausführungen vor allem auf migrantische Menschen beziehen – aufgrund der geringen Informationslage über andere marginalisierte Gruppen. Das hat vor allem mit der schwachen oder gar nicht vorhandenen Struktur von Selbstorganisationen marginalisierter Gruppen im SHK zu tun. Dadurch war es schwierig, Ansprechpartner*innen zur Situation bestimmter Gruppen zu finden und Informationen zu erhalten.

5.1 DIE SITUATION VON MIGRANTISCHEN MENSCHEN

Laut Menacher und Dieckmann (2024) stehen vor allem die Diskussion um die Erstaufnahmeeinrichtungen und Verteilungsfragen von geflüchteten Menschen im Mittelpunkt der Diskussionen im Landkreis, wenn es um Diskriminierungserscheinungen von Geflüchteten geht. Auch die mangelnden strukturellen und finanziellen Mittel der Kommunen und des Landkreises sind immer wieder Thema. Eine Besonderheit im Kreis ist die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Geflüchtete in Eisenberg, die besonders 2015/2016 wegen schlechter Zustände für die Bewohnenden in den Fokus medialer Berichterstattung geriet (Zippel 2015).

Auch 2024 kam der Diskussion um die mögliche Erweiterung der Einrichtung große Aufmerksamkeit zu. Ausgangspunkt der Diskussion war die Planung neuer Wohnmodule auf dem Gelände der EAE sowie die Sanierung einzelner Gebäudeabschnitte. Damit sollte die EAE um 228 Plätze erweitert werden (Flamich 2024f). Von Anfang an stieß dieses Vorhaben auf Gegenwehr und im angrenzenden Stadtteil Saasa gründete sich eine Nachbarschaftsinitiative gegen die geplante Erweiterung und fand im CDU-Landtagsabgeordneten Mario Voigt sowie im Bürgermeister von Eisenberg, Michael Kieslich (CDU), prominente Unterstützer (Kalla 2024b). Inwiefern ein Kompromiss mit dem verantwortlichen Thüringer

Innenministerium erreicht wird, steht zum Redaktionsschluss der vorliegenden Studie noch aus.

Ebenso in die Schlagzeilen geriet die schlecht ausgestattete und überfüllte Erstaufnahmeunterkunft in Hermsdorf, die von Januar 2023 bis Juni 2024 in Betrieb war und regelmäßig Proteste der Bewohnenden und ihrer Unterstützer*innen hervorrief (MDR Thüringen 2024c). 2024 konnte die Einrichtung u. a. „nach langen Kämpfen“ von Aktivist*innen geschlossen werden (Interview 11).

Insgesamt berichteten viele Befragte (Interviews 2, 8, 11 & 12) von dem Problem der räumlichen Segregation von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund sowie einer ablehnenden Haltung gegenüber erkennbar migrantischen Menschen, z. B. in Hermsdorf oder Eisenberg (vgl. Interviews 2, 6, 7, 11 & 12). Außerdem würden migrantische Communities eher unter sich bleiben und hätten wenig Kontakt und Vertrauen in die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Zwar habe es in den letzten Jahren weniger Gewalt und Übergriffe gegen diese Gruppen gegeben als noch in den 2010er-Jahren, aber eine diffuse Ablehnung sei spürbar:

„Es ist auch nicht so, dass es so viele Vorfälle meines Wissens gibt, also echte Übergriffe und gewalt-same Vorkommnisse, wie das vielleicht 2015/16 war. Zum Glück. Was aber alarmierend ist, dass sich wieder diese Stimmung formiert. Eine Angst. *„Was sind das für Leute in Hermsdorf? So viele und die bringen alle möglichen Krankheiten mit.“* Und all diese diffusen, ich habe absichtlich gesagt Ängsten, Befürchtungen und Unsicherheitsgefühl in der Mehrheitsbevölkerung, auch wieder in den üblichen Kreisen.“ (Interview 1)

Im Juli 2024 kam es in Eisenberg zu einem rassistischen Angriff, der über den Landkreis hinaus Schlagzeilen auslöste. So schlug ein Mann auf eine 75-jährige Ukrainerin ein und beleidigte sie dabei rassistisch, rief rechtsextreme Parolen und zeigte den „Hitlergruß“. Ein vorbeifahrender Mann, der der Frau helfen wollte, wurde ebenfalls geschlagen. Kurz zuvor hatten wegen lauter rechtsextremer Musik aus der Wohnung des Beschuldigten Nachbar*innen die Polizei alarmiert. Diese leitete ein Ermittlungsverfahren gegen den Mann ein, hatte aber keine Möglichkeit, die Wohnung zu durchsuchen, da die Staatsanwaltschaft dies ablehnte (OTZ 2024a, 2024b).

Etablierte und große Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit im Landkreis wie beispielsweise das Bildungswerk BLITZ e. V. oder der Verein Ländliche Kerne e. V. bieten im Landkreis Angebote für Beratung, Begleitung, Beteiligung und Bildung für marginalisierte Gruppen an – mit dem Ziel, ihre Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu verbessern und zu ermöglichen. Ebenso leistet RomnoKher e. V., die einzige migrantische Selbstorganisation im Landkreis für Sinti*zze und Rom*nja mit Sitz in Eisenberg, landkreisweit Unterstützung (aufenthaltsrechtliche, psychosoziale oder sozialrechtlicher Beratung) für diese Bevölkerungsgruppe (Menacher und Dieckmann 2024). Ein weiterer Akteur ist die Migrationsberatung der Diakonie Mitteldeutschland in Hermsdorf, welche sich als zentrale Anlaufstelle für migrantische Menschen versteht und in allen Lebenslagen Unterstützung bereitstellt. Auch das Familienzentrum in Eisenberg in

Trägerschaft des Ländliche Kerne e. V. ist eine wichtige Anlaufstelle besonders für migrantisches Kinder und Jugendliche.

Eine zentrale Netzwerkstruktur im Landkreis im Themenbereich Migration stellt das Netzwerk Migration dar. Mitglieder sind u. a. oben genannte Institutionen sowie kommunale Ämter und andere Institutionen, die sich im Bereich engagieren. Dieses trifft regelmäßig zusammen, um das Thema Migration als bedeutendes Thema im Landkreis zu verankern und Lösungsansätze auf aktuelle Herausforderungen zu finden (Saale-Holzland-Kreis 2023).

Seit 1. Mai 2024 gibt es im Landkreis das „Amt für Ausländerangelegenheiten“. Eröffnet wurde es, um Kompetenzen zu bündeln, Kommunikationswege zu verkürzen und amtliche Vorgänge für Menschen mit Migrationshintergrund zu vereinfachen:

„Das war auch der Wunsch in den vergangenen Jahren, dass so eine Verwaltungsstruktur aufgebaut wird, dass zumindest Verwaltung einfacher funktioniert.“ (Interview 8)

5.1.1 Segregation und Partizipation

Geflüchtete sind im SHK in den EAEs in Hermsdorf (seit Juni 2024 geschlossen) und Eisenberg untergebracht. Besonders das „Camp“ in Hermsdorf stand bis zu seiner Schließung in der Kritik, u. a. wegen fehlender Privatsphäre, Überfüllung, zu langer Unterbringung in der Halle oder mangelhafter medizinischer Versorgung. Dies zog einen Hungerstreik der Bewohnenden und verschiedenen Protest- und Solidaritätsaktionen von engagierten Unterstützter*innen nach sich (MDR Thüringen 2024a; Flamich 2024d; Grünler 2023c). Die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtbild von Hermsdorf führte in der Mehrheitsbevölkerung zu Ablehnung, zugleich fehlte eine soziale Infrastruktur für die Geflüchteten in Hermsdorf.

Insgesamt sei „die Sichtbarkeit der Geflüchteten sowie Menschen mit Migrationshintergrund im SHK noch schwach ausgeprägt, geschweige denn die Auswahl an ernsthaften Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten“ (Interview 12). So wohnen viele Migrant*innen in Orten, die abseits liegen und nur schlecht an den ÖPNV angebunden sind. Migrantische Eltern hätten Angst, ihre Kinder in den Schulbus zu setzen (Interview 2).

Das Problem des schlecht ausgebauten ÖPNV und damit fehlenden Partizipationsmöglichkeiten wurde auch für andere Bevölkerungsgruppen, insbesondere für junge und alte Menschen, genannt. Dazu kommen in den dörflichen Regionen wenig Partizipations- und Integrationsangebote, sowohl institutionalisiert (Vereine, Verbände) als auch nachbarschaftlich oder ehrenamtlich. Der Austausch der befragten Akteur*innen mit den migrantischen Communitys sei zudem durch Segregation erschwert:

„Also ich kenne auch wirklich nur die RhomnoKher, die hier tätig sind. Ansonsten finde ich es schade, dass das sehr im Hintergrund ist. Also sowohl die Leute, die es ja gibt. Es gibt ja Leute, die da aktiv sind in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit, sowohl die sind recht im Hintergrund also auch natürlich wirklich die einzelne [...]. Ich weiß nicht, ob es Communities überhaupt gibt. Das ist auch so ein Ding, das kann man schwer einschätzen. Ich weiß eben auch nur das, was ich so mitbekomme, eben vom

BLITZ, dass die ja da auch recht aktiv sind, sowohl mit Wasserturm als auch sonstigen Veranstaltung so versuchen an die Öffentlichkeit, an die migrantische Öffentlichkeit heranzutreten und die einzubeziehen.“ (Interview 5)

Eine aktive Zeit des ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund stellte die Zeit 2015 bis 2017 dar, als sich viele Menschen ehrenamtlich für die Geflüchteten engagierten. Zu dieser Zeit gab es auch das SINA-Projekt im Landkreis, welches diese Strukturen professionalisierte und unterstützte. Ende 2016 wurde es eingestellt (ThINKA Thüringen 2015, S. 44). Auch für die ukrainischen Geflüchteten kam es im Jahre 2022 zu Solidaritätswellen im Landkreis. In den Interviews wurde beschrieben, dass sich in den letzten Jahren die zuvor existenten Ehrenamtsstrukturen abgebaut hätten:

„Und in Jena wird viel über Ehrenamt gearbeitet und das findet im Landkreis weniger statt. Weil die Strukturen einfach nicht so ausgebildet sind durch die jahrelange, ich sag mal, Aufnahme-Pause.“ (Interview 8)

Aufgrund fehlender ehrenamtlicher Strukturen, bei gleichzeitig fehlenden finanziellen Ressourcen des Landkreises sowie Strukturproblemen, z. B. zu wenig Kita- und Schulplätze, ist die Unterstützung von migrantischen Personen im Landkreis inzwischen nur schwach ausgeprägt.

Die vom Landkreis angestellte Migrationsbeauftragte hat nur wenige Stunden für ihr Amt zur Verfügung, es würden personelle und finanzielle Ressourcen für eine Willkommenskultur und kontinuierliche Integrationsarbeit fehlen (Interview 8). Insgesamt seien bei den bereits aktiven Akteur*innen im Landkreis die Kapazitätsgrenzen in Hinblick auf Angebote und Aktionen für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund häufig erreicht:

„[...] aber so in den Netzwerktreffen hat sich herausgestellt, dass viele Akteur*innen schon an ihrer Leistungsgrenze mit dem Alltäglichen arbeiten. Also es gibt da wenig zeitliche Ressourcen. Es gibt sicherlich viele Ideen und jeder würde gern ein bisschen mehr machen. Aber die zeitlichen und personellen Ressourcen sind sehr knapp, um das mal noch positiv auszudrücken.“ (Interview 8)

5.1.2 Alltagsdiskriminierung und Bedrohungen

Überall dort, wo Menschen mit Migrationshintergrund oder Geflüchtete auftreten, wird von Alltagsrassismus berichtet. Dieser Rassismus wird von mehreren Interviewten als zunehmend beschrieben. Migrant*innen erlebten ablehnende Haltungen, Kommentare und Reaktionen, auch „aus der Mitte der Gesellschaft“ (Fokusgruppe). Zudem hätten die Menschen gelernt, ihren Rassismus anders und weniger angreifbar auszudrücken, aber im Grunde dasselbe zu meinen: An der „ethnozentrischen, latent rassistischen Haltung hat sich über die Jahre nichts geändert“ (Interview 1).

In Dörfern, in denen besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnten oder untergebracht seien, käme es zur bloßen Duldung oder mitunter auch zu Spannungen zwischen Anwohner*innen und den Zugezogenen (Interview 6 & 8). Ein Beispiel dafür ist Großlöbichau, wo Arbeiter*innen des ZEISS-Neubaus in Jena in Containern untergebracht

wurden. Dagegen formierte sich Widerstand vor Ort (Voigt 2023b). Insgesamt sei wegen solcher Reaktionen das Vertrauen in die Mehrheitsgesellschaft auch vonseiten der migrierten Personen teilweise nur schwach ausgeprägt:

„Es gibt auch andere Menschen, welche Sport machen möchten, aber die trauen sich nicht und das ist schade, weil die trauen sich nicht unter Deutsche zu gehen und mitzumachen.“ (Interview 2)

Insgesamt würde die Beschäftigung mit dem Thema Migration viel über Nachrichten und Medien laufen und wenig mit den Migrant*innen selbst, dabei werde häufig „Verschiedenes durcheinander geworfen und dementsprechend in Teilen auch eine Hetze“ betrieben (Interview 11). Konstruktive Kommunikation und Austausch zwischen Mehrheitsgesellschaft und Geflüchteten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund sei selten.

Besondere Aufmerksamkeit erhält das jährliche Eisenberger Stadtfest. Dieses wurde 2019 wegen eines Rechtsstreits umbenannt. Als neuer Name wurde „~~Mohren~~fest“ (im Folgenden „M-Fest“) gewählt, da dieses Motiv im Stadtwappen auftauche und über die M-Sage mit der Stadtgeschichte verbunden sei (Jank 2019). Seitdem gibt es von vielen Seiten Kritik an der Umbenennung, die als rassistisch und nicht mehr zeitgemäß kritisiert wird (MDR Thüringen 2024b). Protestaktionen bezüglich der rassistischen Namensgebung des Stadtfestes stießen indessen in weiten Teilen der Lokalpolitik und der Stadtgesellschaft auf Abwehr, da die Kritik nicht geteilt wird. Immer wieder kommt es daher im Zuge des „M-Festes“ zu weiteren, auf den Namen aufbauenden rassistischen Äußerungen und Aktivitäten:

„Die Stadt hätte die Chance gehabt, zu sagen: ‚Wir wollen den Namen nicht, wir wollen einen anderen Namen.‘ Und hat dann aber eben mit dem Veranstalter-Wechsel diesen Namen dann zugelassen. Und dann kam das typische Eisenberg dazu: ‚Was, die wollen uns das wegnehmen? Jetzt aber erst recht.‘ Und dann wurde das ja richtig hochgekocht, dass [...] der sich dann schwarz angemalt hat, der [Name] und da irgendwie das total lustig fand. Letztes Jahr hat Köckert sich schwarz angemalt und Bananen verschenkt in seinem Studio und spätestens das hätte für die Stadt ein Zeichen sein müssen, aus Prinzip das umzubenennen.“ (Interview 6)

Der Neonazis David Köckert warb 2024 im Rahmen des „M-Festes“ mit Piercings für 28,88 Euro¹⁶ und bewarb rassistische Aktionen auf seinen Social-Media-Kanälen (Königsblut Tattoo- & Piercingstudio 2024).

Viele der befragten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen äußerten für die Umbenennung des Stadtfestes wenig Verständnis. Auch wenn nicht alle „übelste Rassisten“ seien, zeige das Unverständnis der meisten Leute gegenüber der Kritik an dem beleidigenden rassistischen Begriff doch eine fehlende Sensibilisierung für solche Themen sowie wenig Empathie und Verständnis (Interview 6 & 11, Fokusgruppe). Zum Stadtfest 2024 installierten Unbekannte in der Nacht vor dem Stadtfest am M-Brunnen in Eisenberg eine Informationstafel mit kritischer Einordnung zur Eisenberger M-Sage. Diese wurde umgehend von der Stadt entfernt (MDR Thüringen 2024b).

¹⁶ Neonazis verwenden die Zahl 28 als Code für „Blood & Honour“, eine verbotene neonazistische Vereinigung, und die Zahl 88 als Code für „Heil Hitler“ (Bundeszentrale für politische Bildung o. J. b).

Nicht nur für die Zivilgesellschaft, auch für Migrant*innen oder Geflüchtete gibt es weitere Orte und Situationen, die mit Angst vor Bedrohungen verbunden seien, z. B. wenn die AfD Veranstaltungen im Landkreis durchführe:

„Also letzte Woche war hier in der Stadthalle in Eisenberg eine Versammlung von AfD-Menschen. Die hat also laut gehalten, das haben viele Menschen gehört. [...] drei oder vier Roma-Familien, die hatten Angst raus zu kommen in dieser Zeit.“ (Interview 2)

5.1.3 Diskriminierung in öffentlichen Einrichtungen und Behörden

Nicht nur Alltagsrassismus, auch struktureller und institutioneller Rassismus bei Ärzt*innen, Ämtern, von Dolmetscher*innen oder in Banken wurden berichtet. Dies äußere sich beispielsweise, indem Ärzt*innen die Behandlung von Patient*innen verweigerten, weil diese kein Deutsch sprächen (Interview 2). Gleichzeitig seien Rassismus und Diskriminierung amtlich gestellter Übersetzer*innen gegenüber verschiedenen Migrant*innengruppen nicht selten:

„Aber da hat sie auch so gesagt: ‚Ja, diese Zigeuner sind so dreckig.‘ Und ich bin da gewesen [...] habe sofort reagiert und das hat ihr nicht gefallen, einer Mitarbeiterin. Weil ich habe gesagt: ‚Wir brauchen uns Ihre rassistische Meinung nicht anzuhören.‘“ (Interview 2)

Gleichzeitig gebe es laut Interviewteilnehmer*innen eine Schieflage in der Kommunikation mit Ämtern und Behörden im Landkreis, aber auch mit dem Landratsamt. Beratungsstellen, die sich mit Bedarfen von Migrant*innen auskennen, würden nur gerufen, wenn „es brenne“. Zwischendurch werde ihre Expertise nicht eingeholt. Strukturelle Schieflagen und tiefgreifende Diskriminierungserfahrungen aufzudecken und anzuerkennen, treffe im Landkreis auf fehlende und ausbaufähige Bereitschaft, wie bereits in einer anderen Studie festgestellt wurde (Menacher und Dieckmann 2024).

Beratungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund oder Organisationen, die sich diesem Thema annehmen, gibt es kaum. Zudem seien diese Strukturen oftmals von kurz- bis mittelfristigen Projektförderungen mit prekären Anstellungsverhältnissen betroffen, was eine kontinuierliche Arbeit und Vernetzung erschwere. Darüber hinaus spiele Ressourcenknappheit in den Projekten eine große Rolle (Menacher und Dieckmann 2024). Wohnortnahe Sprachkurse, ein diverser Arbeitsmarkt sowie zielgruppenorientierte Antidiskriminierungs- und Migrationsberatung seien notwendig, allerdings gebe es laut Befragten dafür die Bedingungen im Landkreis nicht, der Bedarf sei aber groß (Interview 12).

5.2 DIE SITUATION VON QUEEREN MENSCHEN UND WEITEREN BETROFFENEN VON DISKRIMINIERUNG

In den Jahren 2018, 2020 und 2022 fand das Festival Kahla Courage in Kahla statt. Da vor allem im ländlichen Raum so gut wie keine Anlaufstellen für LSBTIQ*-Menschen existieren, wollten die Veranstalter*innen hier einen Raum eröffnen, „sexuelle und geschlechtliche

Vielfalt in Kahla bzw. im ländlichen Raum sichtbar zu machen“ (Demokratie_Laden Kahla 2018). Dazu gab es jeweils einen Tag lang Bildungs-, Kultur- und Mitmachangebote. Veranstalter*innen waren der Demokratie_Laden Kahla, die Initiative AIS SHK (Antifaschistisch* Initiativ*Solidarisch Saale-Holzland-Kreis) und die mobile Jugendarbeit im südlichen Saaletal. Auch zum IDAHOBIT*, dem Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit, finden in Kahla immer wieder Aktionen statt, zuletzt 2021, als die Stadt Kahla am IDAHOBIT* die Regenbogenfahne über dem Rathaus wehen ließ (erstmalig im SHK) und Geschäfte kleine Regenbogenfahnen- oder Flaggen in ihre Schaufenster stellten (Demokratie_Laden Kahla 2021). Ebenso beteiligte sich die Evangelische Kirche. Auch diese Aktion war initiiert von der mobilen Jugendarbeit im südlichen Saaletal sowie vom Demokratie_Laden Kahla. Allerdings bemängelten engagierte Akteur*innen, dass es kein spezialisiertes Beratungsangebot oder Treffpunkte für Angehörige der LSBTIQ*-Community im Landkreis gebe und die nächsten Angebote erst in Jena oder Weimar zu finden seien (Demokratie_Laden Kahla 2021). Auch wenn Akteur*innen wie der Demokratie_Laden, AIS SHK, die Pfd oder Teile der Jugendarbeit große Bemühungen anstrengen, um Themen wie geschlechtliche Vielfalt zu platzieren, gebe es im Kreis Desinteresse, Unverständnis und gar Ablehnung gegenüber dem Thema:

„Was in Kahla vielleicht, das kann man nicht auf Kahla allein beziehen, sondern ich glaube, das ist generell im ländlichen Raum so ein Thema. Es fällt manchmal schwer, Themen dort zu platzieren. Es funktioniert halt anders als im urbanen Raum. Also Vielfaltsthemen sind schwer dort zu platzieren. Eines [der] Themen war und ist ja auch immer sexuelle geschlechtliche Vielfalt. Da hat dreimal das Kahla Courage stattgefunden, das findet dort kein Gehör. Also, wo es vielleicht in der Stadt dann eher das Thema ist, dass manchen vielleicht einfach nur die Informationen fehlen und man dadurch aber dann Verständnis erzeugen kann, indem man die Informationen weitergibt, ist das im ländlichen Raum so, dass man eigentlich nur schief angeguckt wird, zum Teil auch beschimpft wird oder ausgelacht wird. Also man kann Diskriminierungen in dem Bereich auch nur schwer abbauen durch Information oder durch den Versuch da Verständnis zu entwickeln. Das sind glaube ich so Hürden auch.“ (Interview 7)

Recherchen zeigen, dass es mehrfach zu Angriffen durch neonazistische Strukturen kam, sowohl beim erstmalig stattfindenden IDAHOBIT* 2018 durch Neonazis vom „III. Weg“ (vgl. Kapitel 4.1.3) oder 2020 durch Neonazis, die das Festival verbal beschimpften (Rechercheportal Jena-SHK 2023a). Dennoch bleibt positiv hervorzuheben, dass es verschiedene Akteur*innen im SHK gibt, die sich trotz Schwierigkeiten für die Sichtbarkeit und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt einsetzen und Räume für die Angehörigen der LSBTIQ*-Community schaffen. Das ist im ländlichen Raum alles andere als selbstverständlich und erfordert ein besonderes Engagement der lokalen Akteur*innen.

Auch andere Formen von Diskriminierung kommen im Landkreis vor, jedoch meist nur wenig bekannt, da organisierte Interessensvertretungen fehlen. Jüngstes Beispiel ist ein Vorfall in Crossen an der Elster, wo Anfang Oktober 2024 ein Stolperstein entwendet wurde, der an ein NS-Opfer erinnerte (OTZ 2024c).

6 SITUATION UND HERAUSFORDERUNGEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die in Kapitel 4 beschriebenen rechtsextremen Aktivitäten blieben und bleiben dank der lokalen Zivilgesellschaft im SHK nicht unwidersprochen. Die lokale Zivilgesellschaft ist strukturell und personell im Landkreis verankert und stetig aktiv. Es gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Gruppen. Divers sind auch die inhaltlichen Schwerpunkte: von Gedenk- und Erinnerungsarbeit, Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit, soziokulturellen Angeboten, Demokratieförderung über die Bekämpfung von Rechtsextremismus und gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien bis hin zu Kinder- und Jugendarbeit und sozial-integrativer Erwachsenenarbeit. Durch zahlreiche Kooperationen beispielsweise mit dem Netzwerk der Schulsozial- und Jugendarbeiter*innen, den Jugendkompetenzzentren und der lokalen Partnerschaft für Demokratie ist auch die Sozialpädagogik eng an die Engagementstrukturen angebunden. Die Vernetzung und Kooperation zwischen den einzelnen Akteur*innen ist gut ausgebaut. Auch zu Personen der lokalen Politik gibt es enge Kooperationen und Vernetzung.

Zu Aktivitäten von Rechtsextremen, etwa der Eröffnung des Tattoostudios David Köckerts oder zu Wahlkampfauftritten der AfD, gibt es regelmäßig Gegenproteste der ansässigen Gruppen und Initiativen (vgl. König 2023). Auch zu relevanten Gedenktagen werden regelmäßig Aktionen in Kooperationen mit Schulen und Vereinen organisiert. Im Rahmen der deutschlandweiten „Nie wieder ist jetzt“-Demonstrationen Anfang des Jahres 2024 konnten in einigen Städten im Landkreis Demonstrationen abgehalten werden, die größte darunter in Stadtroda mit 350 Teilnehmenden (Interview 6).

Neben Demonstrationen und Kundgebungen umfassen die Aktivitäten und Projekte aus den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen ein breites Spektrum, u. a. Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Workshops, Projektstage, Konzerte, Festivals, Kampagnen für Demokratiebildung und gegen Rechtsextremismus, Jugendengagement, Infostände, Preisausschreibungen und kulturelle Angebote.

Dabei konzentriert sich ein Großteil des Angebots auf die Städte Kahla, Eisenberg, Hermsdorf und Stadtroda. Besonders in Kahla, Hermsdorf und Eisenberg ist viel zivilgesellschaftliches Engagement zu verzeichnen, welches sich durch die Vielzahl an Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen sowie Angeboten für verschiedene Bevölkerungsgruppen ausdrückt.

Die lokale Partnerschaft für Demokratie (PfD), früher Lokaler Aktionsplan (LAP), besteht bereits seit 2007 im SHK und hat seitdem zahlreiche Projekte im Bereich der Demokratiebildung beraten, unterstützt und gefördert. Gleichzeitig trägt die PfD dazu bei, die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft sowie mit relevanten lokalen Institutionen aus Politik und Gesellschaft voranzubringen. Darüber hinaus entwirft die PfD Konzepte, die an die lokalen Bedingungen angepasst sind und Demokratiebildung, Demokratiebewusstsein, Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit im Landkreis fördern sollen. So sollen in einem möglichst breiten Austausch mit diversen gesellschaftlichen Akteur*innen aus den Bereichen Verbände, Vereine, Bürger*innenbündnisse, Kirchen, sozialen und pädagogischen Initiativen vor Ort sowie mit den lokalen Verwaltungen und Lokalpolitiker*innen Strategien für die Demokratiebildung und gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt und umgesetzt werden. Dabei kann die PfD auf Fördermittel des Landes Thüringen und des Bundes zurückgreifen, die wiederum zur Projektförderung im Sinne der genannten Ziele vor Ort eingesetzt und von den genannten Akteur*innen bei der PfD beantragt werden können. Durch die Beratung, Förderung und Begleitung der PfD von Projekten können verschiedene Akteur*innen von den Ideen bis hin zur konkreten Umsetzung Unterstützung bei Projekten erfahren. Dadurch gewinnen auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten an Öffentlichkeit und Reichweite und die demokratische Kultur vor Ort wird durch die Projekte gestärkt.

Als Herausforderungen nannte die PfD im SHK in der Förderphase von 2020 bis 2024 die Bereiche „Demokratiedistanz“, Ungleichwertigkeitsideologien, „Normalisierung“, Defizite der politischen Kultur, „Entgrenzung“ und Rechtsextremismus. Als Querschnittsziele wurden die Förderung einer demokratiestarken Aktivierung, Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestimmt (Lokaler Aktionsplan im Saale-Holzland-Kreis o. J. b). Die PfD und ihre Netzwerkpartner*innen arbeiteten zum Erhebungszeitraum mit dem gesetzten Schwerpunkt zu den Themen Kinderrechte, Jugendbeteiligung und Kultur der Vielfalt, unterstützten darüber hinaus das bürgerliche und zivilgesellschaftliche Engagement im SHK, die Förderung und Weiterentwicklung bestehender Gremien und Netzwerke im Rahmen der Thematik der PfD. Gleichzeitig führte sie Veranstaltungen und Aktivitäten zur Verringerung von Ungleichwertigkeitsideologien und entsprechenden Einstellungen und Verhaltensweisen im SHK durch.

Die Zusammensetzung des Begleitausschusses der PfD zeigt die enge Vernetzung. Dieser besteht aus 17 Personen aus „allen Regionen und Lebensbereichen des Kreises“, u. a. von Kirche, Vereinen, Verbänden, Bürgerbündnissen und Initiativen und engagierte Einzelpersonen (Lokaler Aktionsplan im Saale-Holzland-Kreis o. J. a). Angestoßen hat die PfD im Jahre 2008 das „Bündnis für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK“, welches eine dauerhafte Netzwerkstruktur sozial engagierter Vereine und Akteur*innen im Themenfeld Demokratie- und Vielfaltsförderung darstellt und sich gegen menschenverachtende Haltungen und Rechtsextremismus stellt. Eine gemeinsame Erklärung des Bündnisses wurde zuletzt 2016 verabschiedet (Quent 2016).

Die PfD wird als elementarer Knoten- und Vernetzungspunkt demokratiefördernder- und unterstützender Aktivitäten von der lokalen Zivilgesellschaft im Landkreis wahrgenommen und ihre wichtige und zentrale Stellung von den meisten Interviewpartner*innen besonders herausgehoben: „Auf jeden Fall muss der LAP bestehen bleiben, das ist das Wichtigste“ (Interview 3).

6.1 ENGAGEMENTSTRUKTUREN

Insgesamt gibt es wie bereits beschrieben, zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Landkreis, die sich für Demokratie, eine Kultur der Vielfalt, Partizipation aller Bevölkerungsgruppen und Weltoffenheit einsetzen und regelmäßig verschiedenste Aktivitäten durchführen. Die PfD ist mit den meisten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen durch ihre jahrelange und gut vernetzte Arbeit im Landkreis eng verbunden und steht häufig als koordinierende oder unterstützende Struktur im Zentrum der vielfältigen Aktivitäten. Dabei gibt es für verschiedene Zielgruppen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Angebote, die gut miteinander zusammenarbeiten.

„Also die existierten sehr gut parallel. Also wir machen uns da nicht Konkurrenz. Die bisherigen Initiativen, die es so gibt, weil wir andere Zielgruppen und eine bisschen andere Ausrichtung haben. Also ich sage mal so, AIS sind so die jungen wilden Feminist*innen. Ich finde das großartig, was sie tun. Und der Aktionskreis versucht dann eher so ein bisschen an die älteren, bürgerlicheren, gesetzteren anzuknüpfen [...]. Aber zu einer Aktionskreis-Geschichte können halt auch mehr noch Familien kommen, weil es einen anderen Charakter hat. Aber wie gesagt, es schließt sich nicht aus, das ergänzt sich glaube ich ganz gut.“ (Interview 6)

Dabei arbeiten auch ehrenamtliche und hauptamtliche Strukturen eng miteinander zusammen. Die hauptamtlichen Strukturen können mit ihrer finanziellen und materiellen Ausstattung auch ehrenamtliche Strukturen unterstützen, z. B. indem sie koordinierende Aufgaben übernehmen oder die Möglichkeit haben, ihre Räume als Treffpunkt zur Verfügung zu stellen. Das Weiterbestehen hauptamtlicher Strukturen wird demnach als sehr wichtig eingeschätzt:

„Das nicht immer nur erwartet wird: die Zivilgesellschaft, die organisiert sich schon irgendwie. Aber es muss halt hauptamtliche Menschen geben, die das organisieren.“ (Interview 3)

Insgesamt lässt sich für den SHK eine Vielzahl an Engagementstrukturen feststellen. Es existieren eher lose Bündnisse (Aktionskreis für Demokratie, Hermsdorf solidarisch), inzwischen etablierte und sehr engagierte Strukturen (z. B. Demokratie_Laden Kahla, PfD), eine gut vernetzte Jugendarbeit mit drei Jugendkompetenzzentren und einem aktiven Jugendbeirat, große Träger, die im Kreis viele verschiedene Projekte durchsetzen und sich prodemokratisch engagieren (z. B.: Ländliche Kerne e. V.; BLITZ e. V.); kleinere Vereine wie Libertas Subcultura e. V., einige neuere Projekte, sie sich zum Thema Nachhaltigkeit/nachhaltiges Wohnen/solidarisches Miteinander engagieren (Land Kultur Launewitz e. V.; MitmachRegion, Hausprojekte in Stadtroda u. Eisenberg, SoLaWi Dorndorf) oder Initiativen wie AIS SHK.

Diese 2018 gegründete Initiative wurde 2023 mit dem 2. Hauptpreis des Thüringer Demokratiepreises ausgezeichnet (Voigt 2023a). Erinnerungs- und Gedenkarbeit ist beispielsweise in Kahla aufgrund der Nähe zum ehemaligen REIMAGH-Werk auf dem Walpersberg fest verankert (Interview 7). Mehrere Vereine, wie der Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg e. V. oder der Internationale Verein Kahla e. V., setzten sich auf unterschiedlichste Weise für das Gedenken und das Bestehen der Gedenkstätte ein. Die Arbeit ist vielfältig: So existiert ein Austausch mit ehemaligen Zwangsarbeiter*innen in Italien. Zudem findet in Kahla, angestoßen vom Demokratie_Laden, ein jährliches Gedenken an die ehemaligen jüdischen Einwohner*innen statt, indem an den im Ort existierenden Stolpersteinen an sie gedacht wird (Gedenkstätte – Memorial WALPERSBERG 2020; Gattenlöhner 2024). Zudem gab es mehrere Jahre eine Radtour „Wider das Vergessen“ zwischen Jena und Kahla, bei dem die Teilnehmenden Erinnerungsorte der NS-Zwangsarbeit besuchten (KoKont 2019, 2020).

Die Nähe zur Groß- und Universitätsstadt Jena ist ein Merkmal, welches zur engen Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Gruppen im SHK und Jena führt (Interview 11). So unterstützen z. B. Jenaer Gruppen wie die Lokalgruppe der *Seebrücke* die Initiativen und Geflüchteten vor Ort in der Hermsdorfer Geflüchtetenunterkunft. Auch die Bürgerstiftung Jena – Saale-Holzland ist mit ihrer Freiwilligenagentur SHK im Landkreis als Ansprechpartner aktiv und unterstützt Menschen dabei, sich ehrenamtlich zu engagieren. In Stadtroda fand Anfang 2024 die größte Demonstration im Kreis im Rahmen der deutschlandweiten prodemokratischen Demonstrationen nach Erscheinen der *Correctiv*-Recherchen statt (Correctiv 2024). Unter dem Motto „Demokratie verteidigen! Vielfalt l(i)eben“ nahmen am 3. Februar 2024 etwa 350 Menschen an der Demonstration teil und auch zahlreiche lokale Vereine beteiligten sich an der Ausgestaltung (Flamich 2024b, 2024a). Hier kam es u. a. auch zur Zusammenarbeit mit der Jenaer Ortsgruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN BdA).

Im Vorfeld der drei Wahlen 2024 gab es vielfältige Aktivitäten im ganzen Landkreis. Während die Mobilisierung der Zivilgesellschaft vor den Kommunalwahlen und zur Stichwahl eher mäßig ausfiel, fanden insbesondere in den Monaten und Wochen vor den Landtagwahlen verstärkt Aktionen statt. Es wurden Demonstrationen gegen Wahlkampfauftritte der AfD organisiert, z. B. in Crossen a. d. Elster oder in Stadtroda. Es gab eine Nachttanzdemo in Eisenberg, um auf die Situation geflüchteter Menschen im Kreis aufmerksam zu machen, Veranstaltungen in Camburg im Rahmen des thüringenweiten Festivals *Sommer.Sonne.Solidarität*, Auftritte und Informationsveranstaltungen verschiedener Organisationen auf überregionalen Veranstaltungen, Workshops für Engagierte im ländlichen Raum, Filmvorführungen, Vorträge, Konzerte und Kundgebungen. Die Intensität, Fülle und Bandbreite der Aktivitäten, die maßgeblich von der Zivilgesellschaft vor Ort organisiert wurden, haben eine beeindruckend engagierte Zivilgesellschaft im SHK offenbart. An diese Aktivitäten anknüpfend wurde viele Aktivitäten, z. B. von AIS SHK, für die Zeit nach den Wahlen geplant.

Befragte äußerten sich beeindruckt von den Aktivitäten im Landkreis:

„Es gab echt eine richtige Mobilisierungswelle im SHK. In den letzten Wochen waren sehr viele Veranstaltungen. Heißt aber nicht, dass da viele waren. Aber auf der anderen Seite bin ich immer wieder positiv überrascht, wie engagiert die Leute im SHK sind. Da gibt es Landkreise in Thüringen, wo es nichts gibt und es keine Zivilgesellschaft gibt. Das ist krass.“ (Interview 9)

Trotz der besonders hervorzuhebenden Präsenz einer engagierten Zivilgesellschaft sind die Engagierten im SHK mit einer Bandbreite an Herausforderungen konfrontiert, die eine personelle, strukturelle und räumliche Dimension aufweisen.

6.2 (REGIONALE) FRAGMENTIERUNG UND FEHLENDER RAUM FÜR AUSTAUSCH

Mehrere Befragte äußerten, dass es schwer sei, durch Aktionen, Angebote und Projekte alle 91 Gemeinden im Landkreis gleichermaßen zu erreichen (Interview 1, 5 & 8) und „einen Fuß in die Tür zu bekommen“ (Interview 1).

„Naja der Flächenlandkreis ist halt eine Herausforderung. Also das ist definitiv was, was unsere Arbeit nicht einfach macht. Also die Betreuungsarbeit, Beratungsarbeit, das Planen von Veranstaltungen in den verschiedenen Regionen, das macht es unheimlich schwer, finde ich.“ (Interview 8)

Viel mehr als die dörflicheren Gegenden seien die Städte Knotenpunkte zivilgesellschaftlichen Engagements. Zwar gebe es überall im Kreis ehrenamtliches Engagement, z. B. in Form von Freiwilligen Feuerwehren oder Heimatvereinen. Der Zugang zu diesen Strukturen und Regionen sei für einige der oben genannten Akteur*innen allerdings schwierig, insbesondere wenn es keine Ansprechpersonen für die Planung und Durchführung gemeinsamer Aktionen gebe. Außerdem fordere ein kreisweites Engagement der aktiven Zivilgesellschaft sehr viele Ressourcen ab, da es mitunter auch „sehr kleinteilig“ sei. So sei das zeitliche Kontingent vieler Gruppen und Initiativen ausgeschöpft (Interview 1 & 6).

„[Das] ist auch so lokal eingefärbt, [...] auch wenn man da schon irgendwo ist und ein Bein in die Tür kriegt oder anerkannt wird, muss man dableiben. Wenn du dann wieder weg bist, hast du da auch schnell wieder den Anschluss verloren.“ (Interview 1)

Auch gibt es immer wieder Versuche der existierenden Engagementstrukturen, Dörfer und kleine Ortschaften aufzusuchen. Allerdings würden sich im Nachgang von Aktionen in Orten nur im geringen Maße eigenständige Strukturen entwickeln.

„Also da muss man dann aufpassen, dass man da überhaupt angehört wird. [...]. Wir können auch sagen, das aus meiner Sicht jedenfalls die Ecke, also es gibt Hügelland-Täler und dann hinten Reichenbach, was dann alles Richtung Gera ist, an den Randzonen auch Schwierigkeiten.“ (Interview 1)

Konkret wurde in einzelnen Interviews geäußert, dass die Anbindung von Dornburg-Camburg an den restlichen Landkreis und die entsprechende Vernetzung weniger gut sei (Interview 1, 3, 6 & 7):

„Ja räumlich [...] an sich, unabhängig von Thema und Aktionenformen, auf jeden Fall die Gegend um Camburg. Das ist so, hat aber Gründe, weil wichtige Personen oder zwei wichtige Personen dann da

mal ausgefallen sind und da nichts nachkam. Ist aber auch ein bisschen schwierige Region. In der Jugendarbeit und Sozialarbeit an sich fällt man bisschen raus.“ (Interview 1)

Allerdings haben die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen durch ihre jahrelange Vernetzung und das Ausprobieren verschiedene Formate die Etablierung einiger Projekte anregen können.

„Bedeutet aber man kann nur durch Kampagnen, die kreisweit organisiert werden, durch kontinuierliche dezentrale Arbeit, [...], etwas bewirken.“ (Interview 1)

Ebenso versuchen einzelne Initiativen regelmäßig, proaktiv in Dörfer oder Ortschaften hinzugehen. Ein positives Beispiel bietet der „Aktionskreis Demokratie“, der aufgrund der Ablehnung der Unterbringung von migrantischen Arbeiter*innen in Großlöbichau (vgl. Kapitel 5.1.2) eine Diskussionsveranstaltung durchführte. Im Nachhinein bildete sich eine Gruppe Einwohner*innen, die mit den Arbeiter*innen ein Fest veranstaltete (Voigt 2024b, 2024a; Aktionskreis Demokratie 2024). Um solche Formate regelmäßig zu bestreiten, seien die Kapazitäten der aktiven Zivilgesellschaft allerdings nicht ausreichend (vgl. Kapitel 6.3). In einem Interview wurde deutlich, dass gerade solche Aktivitäten in den einzelnen Dörfern anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nicht immer bekannt sind, obwohl ein ähnlicher Ansatz verfolgt wird (Fokusgruppe).

Zudem fehlt es auch in dörflich geprägten Regionen im SHK an Räumen des Zusammentreffens für Gruppen, z. B. Jugendliche. Eine Infrastruktur für die Zivilgesellschaft wird jedoch als extrem wichtig beschrieben. So treffen sich in den vorhandenen Räumen, wie beispielsweise im Jugendhaus Hermsdorf oder im Demokratie_Laden Kahla, viele verschiedene Gruppen. Diese Räume sind aber mehrheitlich in den Städten gegeben und mehrere Interviewpartner*innen äußerten einen Bedarf nach mehr Räumen in unterschiedlichen Regionen (Fokusgruppe):

„Und ich glaube, es braucht vielleicht auch noch mehr Raum für Austausch in den verschiedenen Regionen. Also wir machen [...] Treffen in Eisenberg, aber ich glaube, es bedarf punktueller Sozialraum-Treffen in den verschiedenen Regionen, um konkret auch an Sachen zu arbeiten. Wir bleiben sehr abstrakt im Netzwerktreffen.“ (Interview 8)

Als großes Problem schilderten viele Interviewpartner*innen den schlecht ausgebauten ÖPNV, der sowohl für Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen, die kein Auto fahren können oder besitzen, zum Mobilitäts- und damit Partizipationsproblem werde. Der ÖPNV sei zu unregelmäßig und zu bestimmten Uhrzeiten gar nicht mehr nutzbar. Die Kreisstadt Eisenberg, in der viel stattfindet, sei besonders schlecht angebunden (Interview 2 & 3, Fokusgruppe).

„Es kostet halt Geld, sich irgendwo ins Auto zu setzen, sich was zu organisieren und so weiter. Und sich da zu treffen, rein physisch Menschen her zu bekommen, das ist schon mal schwierig.“ (Interview 6)

Allerdings reagiert die Zivilgesellschaft auf diese Herausforderungen bereits. Viele überregionale Initiativen und Bürger*innenbündnisse veranstalten „mobile“ Treffen. Das bedeutet, dass sie den Ort ihres Treffens im Kreis regelmäßig wechseln, um möglichst vielen Menschen

die Teilnahme zu ermöglichen oder zu vereinfachen. Ebenso betonten Interviewpartner*innen den Anspruch und den Versuch, eine Brücke zwischen den eigenen Themen und „Zugänglichkeit und Nahbarkeit für Bürger*innen zu schlagen“. Dies hieße auch, auf Dorf-festen präsent zu sein, Themen wie beispielsweise Antifaschismus aus der Dämonisierung zu holen und durch verschiedene Aktions- und Veranstaltungsformen erlebbar zu machen (Interview 11).

6.3 KAPAZITÄTSGRENZEN

Die diversen Aktivitäten der Zivilgesellschaft sind besonders im Angesicht der rechtsextremen Aktivitäten im Kreis bemerkenswert. Dabei zeigen die aktiven Personen und Gruppen ein geduldiges Engagement, auf rechtsextreme Raumnahme, Wahlergebnisse oder Aktivitäten zu reagieren, jedoch auch eigene Themen und Positionierungen sichtbar zu machen und durch verschiedene Formate unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Dennoch verteilt sich das Engagement auf wenige Schultern. Weit überwiegend berichteten die Befragten, dass die vorhandenen personellen Kapazitäten nicht ausreichend seien, um im gesamten Landkreis flächendeckendes zivilgesellschaftliches Engagement zu gewährleisten:

„Wir bräuchten einfach nur mal zwei das aktive Personal. Das wäre eine große Hilfe und das kann uns aber keiner von außen liefern und da hilft auch mehr Geld nicht.“ (Interview 6)

Besonders da, wo hauptamtliche Strukturen als Unterstützung der Ehrenamtlichen wegfallen, wird auch das ehrenamtliche Engagement schwieriger. Dies ist beispielhaft am Wegfall des SINA-Projekts zu sehen (vgl. Kapitel 5.1). Dort, wo Räume von Vereinen gestellt werden und es Ansprechpersonen gibt, wie beim Jugendhaus in Hermsdorf, dem Demokratie_Laden in Kahla oder dem Café International in Eisenberg, treffen ehrenamtliche und hauptamtliche Strukturen aufeinander, profitieren von den Räumen und bündeln Aktivitäten. Insgesamt berichteten aber auch die hauptamtlichen Strukturen von Überlastung, z. B. in der Kinder- und Jugendarbeit. Die größte Herausforderung wurde darin beschrieben, die Zielgruppe „junge Menschen“ zu erreichen und die für eine effektive Ausübung der Tätigkeit wichtige Beziehungsarbeit zu gewährleisten. Dies finde aufgrund der personellen Ausstattung der Jugendarbeit nicht statt (Interview 13).

Einige Strukturen, wie Hausprojekte oder Projekte für alternatives und nachhaltiges Zusammenleben, tauchen kaum in den Berichten der Befragten auf, existieren aber. Hier sprachen sich die Befragten für eine stärkere Anbindung an die PfD und die aktive bestehende Zivilgesellschaft im Kreis aus.

Nur wenige Menschen nähmen sich die Zeit oder hätten Lust, Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu erarbeiten. Das schließt an eine weitere Herausforderung an, die für die lokale Zivilgesellschaft im SHK, aber auch in vielen anderen Regionen besteht. Immer

wieder treffe man auf die „üblichen Verdächtigen“, die bereits in verschiedenen Vereinen und Initiativen aktiv seien und bereits eine Menge um die Ohren hätten (Interview 6).

So sei es schwierig, vor allem kreisweit, alle relevanten Akteur*innen an einen Tisch zu bekommen und lokale Akteursrunden aufleben zu lassen. Hierfür müssten Zeit und Ort für diejenigen gefunden werden, die eh schon in vielen ehrenamtlichen Strukturen eingebunden seien und dies „werde immer schwieriger“ (Interview 6).

Dafür, dass sich zu wenige engagieren und immer wieder dieselben Personen in unterschiedlichen Engagementstrukturen aktiv sind, wurden verschiedene Gründe benannt:

- So würden ältere Menschen aus ehrenamtlichen Strukturen aufgrund ihres Alters auscheiden, aber keine jungen Menschen nachkommen. Das sei vor allem im Kontext Lokalpolitik zu beobachten, welche von jungen Menschen eher als „langweilig“ wahrgenommen werde (Interview 5). Auch der Jugendbeirat kämpfe seit Jahren mit einer geringen Mitgliederzahl (Interview 14).
- Hinzu komme, dass viele junge Menschen aus den ländlichen Regionen abwanderten und so ohnehin weniger Nachwuchs vorhanden sei als in Städten.
- Ein weiterer Grund sei die fehlende Motivation für ehrenamtliches Engagement, weil der individuelle Nutzen, der Spaß am Engagement und der Austausch mit anderen nicht als Motivation gesehen werden. Stattdessen werde ehrenamtliches Engagement nur als eine weitere Belastung neben Beruf und Familie wahrgenommen und selbstwirksame Effekte nicht gesehen.
- Gleichzeitig würden sich viele Menschen nicht zutrauen, sich politisch zu engagieren. Das hänge auch mit einer Überforderung angesichts der komplexen und vielfältigen gesellschaftlichen und globalen Probleme zusammen, die viele Menschen lieber ausblenden würden, als sie anzugehen.
- Daneben Sorge eine rassistische und teilweise demokratieablehnende Grundstimmung im Kreis dafür, dass das Engagement für eine vielfältige, weltoffene Gesellschaft unattraktiv gemacht werde, „weil, wenn man sich irgendwie antirassistisch äußert in Eisenberg, gilt man ja fast als Nestbeschmutzer“ (Interview 6). Dabei stelle der Einsatz der lokalen Zivilgesellschaft einen elementaren Schutz der Demokratie überhaupt dar und müsste weitaus mehr gewürdigt werden.
- Gleichzeitig wird beschrieben, dass viele Akteur*innen bei Kritik und Verbesserungsvorschlägen eine „es ist alles gut so wie es ist. Wir müssen doch nichts machen“-Mentalität hätten (Interview 6).
- Dazu komme, dass viele Strukturen in den letzten Jahren durch verschiedene und sich überschneidende Gründe weggebrochen seien, sodass den Leuten teilweise Strukturen fehlten, an denen sie anschließen könnten:

„Also ich weiß gar nicht, wann ich den letzten Frauenverein irgendwann mal gesehen hab. 2014 oder so habe ich den auf einem Zettel gesehen. Und der Blinden- und Behindertenverband, den gibt es seit letzten Jahren nicht mehr.“ (Interview 8)

- Gleichzeitig sei es besonders dort, wo es keine zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gebe, schwierig, Strukturen aufzubauen und langfristig zu etablieren. Hier einen Zugang zu bekommen, sei beinahe unmöglich für die derzeitige Zivilgesellschaft mit ihren Kapazitäten und Ressourcen. Dabei gebe es Regionen und Orte, an denen dies besonders notwendig sei:

„Und hier im SHK gibt es einige kleine Orte, die sind stramm rechts, aber durch die Bank weg, auch in den Wahlergebnissen extrem. Da wüsste ich jetzt nicht, wie man da einen Fuß in die Tür kriegen könnte und schon gar nicht, wenn man da jetzt hinzieht oder vermittelt wird, weil womöglich dann ausgerechnet da Wohnungen für Geflüchtete bereitgestellt werden.“ (Interview 1)

Projekte wie der Demokratie_Laden in Kahla haben jedoch gezeigt, dass das Aufbauen von demokratiefördernden Institutionen an Orten, an denen es besonders nötig ist und rechts-extreme Positionen und Aktivitäten weitverbreitet sind, erfolgreich sein und sich etablieren können. So war insbesondere der Demokratie_Laden zu Beginn starken Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Durch Solidarität und Durchhaltevermögen der Engagierten in diese Phase konnte das Projekt die Angriffe überstehen und sich als Ort und Treffpunkt zivilgesellschaftlicher Aktivitäten etablieren. Rechtsextreme Aktivitäten haben in Kahla etwas nachgelassen. Was auch auf die Aktivitäten des Demokratie_Ladens und den Aufbau einer Gegenmacht zurückgeführt wird (Interview 7).

6.4 ZUSAMMENARBEIT UND UMGANG MIT DER KOMMUNE UND DEM LANDKREIS

Zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und den jeweiligen kommunalen Gremien und Verwaltungen besteht laut Interviewteilnehmenden überwiegend eine gute Vernetzung. So sind viele Träger und Vereine u. a. durch ihre Tätigkeiten in Ausschüssen eingebunden und haben das Gefühl, ihre Projekte dort voranbringen zu können (Interview 3 & 7). Der Austausch wird von allen Seiten als wichtig befunden und dementsprechend gepflegt. Ein Befragter aus der Jugendarbeit gab an, dass er das Gefühl habe, sich sowohl in Stadt als auch in den Kreis einbringen zu können. Gleichzeitig sei viel Eigeninitiative notwendig, um an Informationen zu gelangen und auf dem Laufenden zu bleiben (Interview 3). Hier sei eine bessere Kommunikation seitens der jeweiligen Stadtverwaltungen und der Kommune wünschenswert. Befragte berichteten weiterhin, dass von kommunaler und städtischer Seite ein Interesse und Offenheit für verschiedene Projekte, Vorhaben und Themen bestehe. Bei einzelnen Themen sei die Offenheit jedoch begrenzt:

„Also es gibt einfach so Worte, mit denen man nicht landen kann, man möchte sich damit nicht auseinandersetzen müssen. Man bekommt dann so Antworten wie; Was wollt ihr denn? Wir sind doch demokratisch und es ist doch alles in Ordnung.‘ Ohne dass die ein Verständnis dafür haben, dass die Demokratie aktuell aber trotzdem sehr gefährdet ist. ‚Und das ist doch alles gar nicht so schlimm.‘ Und ja, man muss Mittel und Wege finden und Wörter, um das dann trotzdem anbringen zu können.“ (Interview 7)

Insgesamt sei die Qualität der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Stadt/Kommune sehr von den jeweiligen Themen abhängig. Außerdem gebe es Unterschiede zwischen Städten und Gemeinden, auch je nach Bürgermeister*in oder Zusammensetzung der Kreis-, Gemeinde- und Stadträte.

Akteur*innen aus den migrantischen Interessensvertretungen berichteten hingegen, sich im Kreis zu wenig einbezogen zu fühlen (vgl. Kapitel 5.1.3).

6.5 FINANZIELLE RESSOURCEN

Finanzielle Ressourcen und Förderungen spielen für hauptamtliche und ehrenamtliche Strukturen eine unterschiedliche Rolle. Viele Befragte, die in hauptamtlichen Kontexten beschäftigt sind, berichteten davon, dass eine fehlende oder unsichere finanzielle Förderung sich sehr negativ auf die Arbeit auswirke (Interview 1, 3, 7 & 8). Grundsätzlich seien soziale Einrichtungen unterfinanziert, hohe Arbeitsbelastung für die Beschäftigten und Unterbesetzung sind die Folgen. Damit könne nur der Grundbedarf abgedeckt werden. Förderperioden seien zu kurz, teilweise müsse jedes Jahr ein neuer Förderantrag gestellt werden. Aufgrund der unsicheren dauerhaften Arbeitsbedingungen in manchen Bereichen gebe es eine hohe Personalfluktuationsrate (Interview 7). Teilweise komme es aufgrund niedriger Gehälter zu häufigem Personalwechsel, was eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erschwere (Interview 3). Besonders in Anbetracht dessen, dass viele Projekte und Programme auch vom Landkreis und vom Land Thüringen finanziert sind, wurde mit Sorge auf die Landtagswahlen und die unsicheren Regierungsverhältnisse geblickt.

„Also was immer wieder eine Herausforderung ist, ist, dass diese Projektförderung für ein Jahr quasi bewilligt wird. Das ist aber von Anfang an so gewesen. Aktuell kommt dazu, dass es eine ziemliche Unklarheit gibt, wie es in dem Bereich Förderung von Demokratieprojekten weitergehen wird. Alle Programme laufen jetzt aus, Ende dieses Jahres und bisher gibt es wenig Signale, weder von den Seiten der Programme noch von Seiten der Politik wie das weitergeht? Es sind gerade alle sehr beschäftigt mit den drei Wahlen in Thüringen und man hat das Gefühl, darüber vergisst man vieles.“ (Interview 7)

Außerdem werde es durch die 2024 gestärkten AfD-Fraktionen beispielsweise in Stadträten immer schwieriger, die Finanzierung von Projekten für die Demokratieförderung zu verwirklichen. Auch konservative Kräfte würden laut Befragten den wichtigen Gehalt von Demokratieförderung nicht immer erkennen (Interview 3, 6 & 7).

6.6 HERAUSFORDERUNGEN DER DEMOKRATISCHEN KULTUR

Als besonders schwerwiegende Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft wurde immer wieder geäußert, dass viele Akteur*innen im Kreis, z. B. Vereine und Verbände, sich nicht klar prodemokratisch positionierten. Stattdessen würden sie sich hinter einem vermeintlichen „Neutralitätsgebot“ zurückziehen und sich nicht mehr offen zu Vielfalt, Weltoffenheit und Demokratie bekennen wollen. So habe es beispielsweise für ein Festival eine Anfrage an die örtliche Feuerwehr gegeben, Equipment der Feuerwehr wie Bierbänke und Zelte benutzen zu können. Darauf habe man jedoch keine Antwort erhalten (Interview 7). Es wird als zunehmend schwieriger wahrgenommen, Vereine und Verbände, aber auch die Lokalpolitik oder Einzelpersonen für eine klare und offene Positionierung zu bestimmten Themen zu gewinnen. Insgesamt spricht daraus der Wunsch, dass sich mehr Menschen und Strukturen zu einer offenen, vielfältigen Gesellschaft bekennen und die Akteur*innen im Kreis, die sich für Vielfalt, Demokratie und gegen Rechtsextremismus und gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien einsetzen, unterstützt werden.

„Was mir auch klar auffällt ist, dass es in Richtung demokratischer Bewegungen sehr, sehr wenig gibt, die sich dazu so bekennen. Man weiß natürlich immer nicht, inwiefern Vereine, Gruppierungen, die sich eigentlich anderen Themen widmen, sei es Karneval, Sport, die aber trotzdem vielleicht innerhalb eine gewisse politische Haltung vermitteln und sich dafür stark machen, dass es eben auch nach außen vielleicht nicht so sichtbar.“ (Interview 5)

Dabei berichteten mehrere Befragte davon, dass sich hinter einem Begriff von Neutralität „versteckt“ werde. Viele versuchten sich „komplett aus diesem Politischen rauszuhalten“, weil sie Angst hätten, „irgendwo zwischen die Räder zu kommen oder unter die Räder [...]“ (Interview 6). Dies sei laut Befragten ein „zunehmend weißer Fleck“ (Interview 6). Gleichzeitig wurde mehrfach geäußert, dass nicht verständlich sei, was hinter dem „Neutralitätsgebot“ stehe und dass dies ein „verqueres Verständnis von Neutralität“ (Interview 6) sei:

„Wenn aus Angst zum Teil oder auch aus Abwehr gegenüber komplexen Fragen alle sagen: Wir sind neutral und wir beharren darauf, dass ihr auch neutral seid. Und man darf deshalb auch nicht für die Grundwerte einstehen. Ist ja so was, was sich derzeit abspielt. Dann hat man tatsächlich eine große Herausforderung. Zum einen, sich überhaupt erst mal Gehör zu verschaffen und zum anderen das Missverständnis aufzulösen, dass Neutralität keine Lösung ist. Und schon gar nicht in diesem Missverständnis, in dem dieser Begriff oft gebraucht wird.“ (Interview 1)

Gleichzeitig werde durch diese Nicht-Positionierung bewusst oder unbewusst verkannt, dass die Demokratie massiv in Gefahr sei. Die Befragten sprachen von bestimmten „Triggerbegriffen“, die inzwischen so aufgeladen seien, dass sie auch von eigentlich prodemokratisch ausgerichteten Akteur*innen nicht mehr oder nur ungern genutzt würden. Darauf reagierten die Befragten mit Strategien der Umschreibung ihrer Aktivitäten und Projekte.

„Man möchte nicht über Demokratie sprechen, vielerorts. Also das Wort *Demokratie* hat sich verbraucht und wir versuchen das auch anders zu benennen oftmals oder quasi dann eher so die Themen.

Aber auch das Wort Antidiskriminierung möchte niemand hören. Man kann damit nichts anfangen.“ (Interview 7)

Gleichzeitig gehen die Befragten davon aus, dass viele Menschen Rechtsextremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit ablehnen würden. Die Bereitschaft, sich offen dagegen zu bekennen, sei jedoch gering: „Aber ich glaube, man möchte sich dann nicht auseinandersetzen“ (Interview 7) – auch, weil die Herausforderungen und Probleme komplex seien und keine einfachen Lösungen bestünden. Als besonders wichtig wurde hierbei die Rolle von Vertreter*innen aus der Kommunalpolitik sowie von Vereinen und Verbänden im Landkreis gesehen (Interview 14).

7 RESSOURCENANALYSE

7.1 ORTE FÜR ENGAGEMENT

Kreisweit bestehen mehrere fest im jeweiligen Sozialraum verankerte Räumlichkeiten, die verschiedenen Gruppen einen Treff- und Austauschort bieten, in denen zivilgesellschaftliches Engagement stattfindet. Diese Orte sind stark frequentiert, werden von Initiativen, Gruppen, Vereinen bis hin zu kommunalen Strukturen genutzt und sind wichtige Punkte des Zusammentreffens und Bündels von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Die Räumlichkeiten befinden sich überwiegend in den Städten, was dazu führt, dass in den Städten mehr Aktivitäten stattfinden.

Räumlichkeiten wie das Café International oder das Familienzentrum in Eisenberg bieten wichtige Anlaufstellen für Menschen mit Migrationshintergrund. In Kahla ist der Demokratie_Laden ein Ort, der bereits seit vielen Jahren Raum für demokratisches Engagement bietet und als solcher teils gewaltvollen Drohungen ausgesetzt war. Er wird inzwischen von vielen Akteur*innen akzeptiert und gewürdigt (Interview 7), was u. a. Verdienst der hauptamtlichen Strukturen ist. Als weitere bedeutende Orte zu nennen sind auch die Jugendhäuser in Eisenberg, Hermsdorf und Kahla. Exemplarisch für die vielfältigen Aktivitäten der einzelnen Orte steht das Jugendhaus Hermsdorf. Im seit November 2023 wiedereröffneten Jugendhaus Hermsdorf in Trägerschaft des Ländliche Kerne e. V. findet nicht nur offene Jugendarbeit statt, sondern auch Sprachkurse und Kochaktionen für Geflüchtete, Konzerte, eine vegane Küche und Kickerturniere. Der Jugendbeirat hat im April 2024 sein Jugendbüro, das machBAR, im Jugendhaus eröffnet. Auch das offene Antifa-Treffen im SHK oder der Begleitausschuss der PfD treffen sich wiederkehrend im Jugendhaus Hermsdorf.

Andere Räumlichkeiten im Kreis bieten ebenso vielen Gruppen und Institutionen Raum für Treffen, Aktivitäten und Austausch. Diese Räume sollten unbedingt aufrechterhalten werden. Dazu sollten mehr solcher Räume an unterschiedlichen Punkten im Kreis geschaffen werden und über eine abgesicherte Finanzierung verfügen. Dafür sind alle beteiligten Strukturen zu sensibilisieren.

7.2 SOZIOKULTUR

Auch soziokulturelle Aktivitäten lassen sich im SHK finden. So gibt es in der Nähe von Bad Klosterlausnitz bereits seit 1994 den Moonray Spirit e. V., vor allem bekannt als Muna. Als Gelände dient ein ehemaliges Armeegelände, auf welchem regelmäßig Partys, kleine Konzerte und ein großes Open-Air im Sommer ausgerichtet werden. Ziel des Vereins ist es, „der Jugend Raum für Kreativität und ihre Freizeitgestaltung zu geben“ (Moonray Spirit e. V. o. J.). Das Muna ist weit über Bad Klosterlausnitz und den SHK hinaus bekannt. Auch der Verein Libertas Subcultura e. V. organisiert seit 2018 soziokulturelle Veranstaltungen – von Kickerturnieren bis hin zu Konzerten in Hermsdorf (Giggel 2023). Auch andere Akteur*innen wie der Aktionskreis Demokratie, der Demokratie_Laden in Kahla, die Initiative AIS SHK oder Vereine wie BLITZ e. V. oder Ländliche Kerne e. V. organisieren kulturelle Angebote. Kulturelle Veranstaltungen sind essenziell, um niedrigschwellig mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Austausch zu kommen.

7.3 EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT UND ZUSAMMENARBEIT DER INITIATIVEN

Die Vielzahl an unterschiedlichsten Akteur*innen, die sich für Demokratie, Vielfalt und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen einsetzen, haben unterschiedliche Themen- und Aktionsschwerpunkte: von Kinder- und Jugendbeteiligung bis hin zu nachhaltigem und alternativem Zusammenleben, alternativem Wohnen, Unterstützung von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund oder antifaschistischem Engagement (vgl. Kapitel 6.1).

Dabei gibt es laut Interviewten für verschiedene Zielgruppen verschiedene Initiativen und Gruppen, untereinander herrsche aber eine positive und solidarische Bezugnahme aufeinander und es würde bei passenden Gelegenheiten und Bedarf zusammengearbeitet. Die relevanten Akteur*innen kennen sich überwiegend und sind gut miteinander vernetzt. Es gibt Equipment und Material, was von verschiedenen Akteur*innen untereinander bereitgestellt wird und für unterschiedliche Aktions- und Veranstaltungsformate genutzt werden kann. Im Zentrum stehe dabei die Pfd.

In Interviews wurde jedoch benannt, dass zu manchen Regionen im Landkreis wenig Kontakt bestehe, z. B. in den Norden. Ebenso wurde im Fokusgruppeninterview klar, dass bestimmte Akteur*innen, obwohl sie mit ähnlichen Ansätzen arbeiten, nichts vom Engagement der jeweils anderen wissen (Interview 7, Fokusgruppe).

7.4 JUGEND

Die Jugendarbeit im Landkreis wird als sehr gut organisiert und vernetzt beschrieben. Es bestehe laut Befragten eine enge Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Projekten und jungen Menschen selbst. Als Mittelpunkte der Jugendarbeit im Landkreis gelten die drei Jugendkompetenzzentren in Eisenberg, Kahla und Hermsdorf. Große Träger wie Ländliche Kerne e. V. oder BLITZ e. V., aber auch die Pfd engagieren sich in zahlreiche Aktivitäten und Projekte für junge Menschen im Landkreis. Regelmäßiger Termin ist dabei die „Schüler*innenwerkstatt“, die auf dem Gelände der Ländlichen Kerne e. V. auf dem Rittergut Nickelsdorf stattfindet. Hier können junge Menschen ihren Bedarfen im SHK Ausdruck verleihen und Lösungen erarbeiten:

„Großer Eckpfeiler ist hier die Schüler*innenwertstatt, auf der junge Menschen aus dem gesamten Landkreis die Chance haben, ihre Themen und Ideen anzubringen und auch konkrete Projekte umzusetzen.“ (Interview 13)

Im Landkreis gibt es mit dem Jugendbeirat SHK ein organisiertes, landkreisweit tätiges Gremium junger Menschen, welcher im Beirat der Regionalen Aktionsgruppe (RAG) und der Pfd vertreten ist, um den Jugendfond „Holzland€ash“ zu verwalten. Zu diesem Zweck ist der Jugendbeirat mit jeweils einem Sitz im Vorstand des RAG und Pfd vertreten. Mit dem „Holzland€ash“ gibt es im Landkreis einen Geldfonds zur Unterstützung von Jugendprojekten in der Region. Außerdem ist der Beirat durch einen beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuss vertreten. Enge Zusammenarbeit besteht zu den freien Trägern der Jugendhilfe, zum Bildungswerk BLITZ e. V. und zum Ländlichen Kerne e. V. Der Jugendbeirat ist Gründungsmitglied des Aktionskreises Demokratie (Interview 14) und ist in zahlreiche Aktivitäten involviert oder Initiator von Veranstaltungen, z. B. Info- und Aktionsstände auf bestehenden Veranstaltungen wie dem Kinder- und Jugendaktionstag 2024 in Stadtroda und auf der Schüler*innenwerkstatt in Nickeldorf. Um Bedarfe junger Menschen zu erfassen, finden häufig schriftliche Befragungen statt, z. B. vom Jugendamt oder im Rahmen der Entwicklung der landkreisweiten Jugendbeteiligungsstrategie. Auch Formate wie „Popcorn und Politik“, bei dem in Kahla an mehreren Nachmittagen über Spiele und Snacks versucht wurde, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, werden durchgeführt (Interview 14).

Als einzige Stadt im SHK hat Eisenberg seit 2022 ein aktives Jugendparlament (vgl. Stadt Eisenberg/Thüringen 2024). Dies könnte anderen Städten als Vorbild dienen (Fokusgruppe). Denn aktive und gelebte Partizipation kann der Herausbildung antidemokratischer Einstellungen vorbeugen. Daher sollten Kinder und junge Menschen stärker in den Blick genommen werden und ihre Beteiligungsstruktur, nicht nur in den Städten, gefördert und ausgebaut werden.

7.5 AUSTAUSCH ZIVILGESELLSCHAFT UND KOMMUNALSTRUKTUREN

Der SHK besitzt eine in der Verwaltung verankerte Struktur von bereichsspezifischen Beauftragten (Ausländer- und Integrationsbeauftragte, Behindertenbeauftragte, ehrenamtliche Seniorenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte), die als Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Landkreis agieren und zum Teil als sehr engagiert wahrgenommen werden. Besonders die Aktivitäten der Migrations- und Integrationsbeauftragten, wird als positiv beschrieben (Interview 2). Auch ein Netzwerk „Runder Tisch gegen häusliche Gewalt“ existiert (Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises 2023).

Allerdings wurde auch angemerkt, dass die sogenannten „Beauftragten“ in ihren Bereichen meist nur wenig Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten hätten, da vor allem der Stundenumfang der Stellen zu gering sei. Ein etabliertes gemeinsames Austauschformat, bei dem kommunale und zivilgesellschaftliche Akteur*innen zusammenkommen, wie beispielsweise in der Nachbarstadt Jena in Form des „Runden Tisches für Demokratie“, gibt es im Landkreis nicht. Die Erfahrung aus Jena zeigt, wie wichtig ein solches Format für die Zivilgesellschaft ist und wie diese gefördert und unterstützt werden kann (Dieckmann et al. 2022).

8 FAZIT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die massiven Zugewinne der rechtsextremen AfD in allen drei Wahlen 2024 sind nicht losgelöst vom politischen und gesellschaftlichen Erstarken rechtsextremer und antidemokratischer Positionen, der sich beispielsweise auch auf der Einstellungsebene (Reiser et al. 2024; Zick et al. 2023) ausdrückt. Die mit den Wahlgewinnen einsetzenden Normalisierungs- und Gewöhnungseffekte gegenüber der rechtsextremen AfD erschweren die Bemühungen der demokratischen Zivilgesellschaft, auf die antidemokratischen Bedrohungen hinzuweisen.

„Aber dass, was die AfD anbieten kann ist ein solider Schritt zurück sozusagen; wir erhalten das wie es früher mal war und das ist attraktiv. Dieser Schritt nach vorn und die Frage, ‚wie könnte es in Zukunft sein?‘ das fehlt. Gut transportierte Ideen, Versionen und Modelle.“ (Fokusgruppe)

Darüber hinaus sind formelle und informelle rechtsextreme Strukturen im Landkreis bereits seit Jahrzehnten stark verankert, bieten Rechtsextremen Wohn- und Entfaltungsraum, wie u. a. mit der Eröffnung und Etablierung des Tattoostudios von David Köckert in Eisenberg 2022. Mit den Protesten ab 2020 gegen die Maßnahmen während der Corona-Pandemie konnte sich zudem ein starkes, überregional bekanntes und vernetztes populistisch-heterogenes Protestmilieu etablieren, das seinen hauptsächlichen Wirkungsort in Hermsdorf findet. Durch Proteste und Aktionen gegen die geplanten Windkraftanlagen gibt es Anknüpfungspunkte an die örtliche Bevölkerung, die BI und die BIH.

Gleichzeitig gibt es im SHK eine ausdifferenzierte und breit aufgestellte demokratische Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus positioniert, die bereits „gut transportierte Ideen, Versionen und Modelle“ anzubieten hat und umsetzt. Über lebensnahe Themen, wie der Förderschwerpunkt der Pfd 2020 bis 2024 *Kinderrechte*, schaffen es die engagierten Akteur*innen, niedrigschwellig etwas zur demokratischen Alltagskultur beizutragen.

Für die Stabilisierung der Demokratie ist es notwendig, diese Akteur*innen auf der lokalen Ebene stärker zu unterstützen und damit die Demokratiebildung vor Ort zu stärken. Das Engagement der beschriebenen Strukturen ist allerdings jetzt schon überfordert, unterfinanziert und unterbesetzt (vgl. Kapitel 5.5). Gleichzeitig werden Engagierte bedroht (vgl. Kapitel 4.4). Dabei stellt die lokale Zivilgesellschaft im SHK eine enorme Ressource beim Kampf für eine lebendige, starke Demokratie und für die Ermöglichung eines pluralistischen Diskurses dar. Diese Ressource gilt es zu schützen. Dafür sind gemeinsame Ideen und Visionen der demokratischen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft

gefragt. Dass diese Projekte gleichzeitig von fehlender finanzieller Strukturförderung betroffen sind, sollte geändert und eine stabile Förderung von allen zuständigen Akteur*innen angestrebt und eingerichtet werden.

8.1 ZIVILGESELLSCHAFT

Die lokale Zivilgesellschaft im SHK hat in der Vergangenheit bereits erfolgreiche Arbeit geleistet und kann somit an gut ausgebaute Strukturen und eine gelungene Vernetzung innerhalb der vorhandenen Engagementstrukturen anknüpfen. Diese sind vor allem in den städtischen Regionen ausgeprägt.

Als elementare Struktur der Vernetzung der Engagementstrukturen im SHK wurde der lokale Aktionsplan – die Partnerschaft für Demokratie – im SHK (PfD) von den Interviewteilnehmenden herausgestellt (vgl. Kapitel 6). Die zentrale Stellung der PfD in der Engagementlandschaft des SHK zeigt auf, dass diese nicht nur weiterbestehen, sondern ausgebaut werden sollte, um das demokratische Engagement im SHK langfristig zu gewährleisten und die Ausweitung der Strukturen zu ermöglichen.

Inhaltlich ergeben sich aus der SRA einige Handlungsempfehlungen:

Raus aus der städtischen „Komfort-Zone“:

Für das Leben in ländlichen Räumen spielen ansässige Vereine, wie die Feuerwehr, Geschichts- und Heimatverein, Sportvereine und ähnliche eine wichtige Rolle. Von dort ausgehend werden Feste geplant, Diskussionen geführt, Gemeinschaft gestaltet. Viele Menschen organisieren sich hier. Mittel- und langfristig ist es sinnvoll, dahingehend konstruktive Beziehungen aufzubauen und das Netzwerk auch in solche Bereiche auszuweiten, um Akzeptanz zu schaffen, aber auch um nachhaltige Wirkung mit den eigenen Themen zu erzielen (vgl. Interview 11). Damit sollte auch die Breiten- und Querschnittsaufgabe jener Vereine als Orte der Demokratieförderung, Prävention von und Intervention gegen gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien, besonders im Kinder- und Jugendalter, stärker adressiert werden. Es gibt bereits erfolgreiche Versuche, auch in kleinen Ortschaften mit der Bevölkerung in den Austausch zu kommen und somit das Netzwerk auszuweiten (Großlöbichau Diskussionsformat, Protest gegen AfD in Crossen, Stand bei Dorffesten AIS SHK). Diese erfolgreichen Ansätze sollten weiter wahrgenommen und vertieft werden. Bisher werden, laut Interviewteilnehmenden die relevanten Teile der Bevölkerung in den ländlichen Regionen zu wenig adressiert. Möglich wären hier u. a. Ansätze wie:

- *gezielte Veranstaltungsformate zu regional relevanten Themen in ländlichen Regionen*
- *gezielte Vernetzung zu einzelnen Akteur*innen, wie Feuerwehr, Geschichts- und Heimatvereine, aber auch Unternehmen in bisher wenig adressierten Regionen*

Dazu braucht es Geduld der beteiligten Akteur*innen sowie die Transferleistung, bestimmte Formate an die Bedarfe und Interessen in den ländlichen Regionen anzupassen. Gleichzeitig braucht es auch ein breites Verständnis der Bevölkerung, in Vereinen und Initiativen, dass es in Bezug auf rechtsextreme, antidemokratische Akteur*innen und Positionen keine vermeintliche „Neutralität“ geben kann, sondern alle gesellschaftlichen Teilbereiche zur prodemokratischen und vielfaltsbejahenden Positionierung aufgerufen sind. Auch wenn dies Konfliktlinien offenbart, sollten hier Akteur*innen der Verwaltung und der Kommunalpolitik mit gutem Beispiel vorangehen (vgl. Kapitel 8.2).

Neue Gruppen ansprechen/Überforderung der bestehenden Strukturen entgegenwirken:

Die relevanten bereits aktiven Vereine, Träger, Verbände, Initiativen und Einzelpersonen im SHK kennen sich häufig und arbeiten gut zusammen, einzelne Personen sind oft in mehreren Kontexten zivilgesellschaftlich aktiv. Daher ist es nicht verwunderlich, dass von vielen Befragten eindeutig Grenzen des bisherigen Engagements beschrieben werden, sowohl was die eigene Leistungsfähigkeit angeht als auch die Erschließung neuer Zielgruppen. Um neue Gruppen in die demokratiestärkende Arbeit einzubeziehen, sollten vermehrt gesellschaftliche Bereiche angesprochen werden, die bisher noch keinen großen Anteil an prodemokratischem Engagement im SHK haben, z. B. lokal ansässige Unternehmen. Dabei könnte eine SHK-weite Vernetzung derjenigen Unternehmen hilfreich sein, die sich schon bei „Weltoffenes Thüringen“ engagieren. Diese Positionierung sollte öffentlichkeitswirksam stattfinden. Arbeitsnehmer*innen- und Arbeitgeber*innenstrukturen sollten von der aktiven Zivilgesellschaft stärker bedacht und angesprochen werden, um erfolgreiche gemeinsame Projekte zu bestreiten. Um Personen den Einstieg in zivilgesellschaftliches Engagement zu erleichtern, könnten alle relevanten Informationen über die Arbeit und Tätigkeiten der Zivilgesellschaft aktualisiert zur Verfügung stehen. Dazu müssten Websites, z. B. der Pfd, überarbeitet und ein verbesserter Online-Auftritt angestrebt werden.

Bündnis- und Vernetzungsarbeit voranbringen und aktualisieren:

Um neue Gruppen anzusprechen bzw. ihnen die Beteiligung an bereits erfolgreichen Strukturen zu vereinfachen, ist eine stärkere Sichtbarkeit vorhandenen Engagements erforderlich. Mit dem „Bündnis für Vielfalt im SHK“ besteht bereits eine kreisweite Vernetzung engagierter Akteur*innen. Eine gemeinsame Erklärung wurde jedoch zuletzt 2016 verabschiedet. Insbesondere mit der neuen Situation nach den drei Wahlen 2024 sollte diese Erklärung jedoch erneuert und mit Schwerpunkten ausgestaltet werden, um eine öffentliche Positionierung der teilnehmenden Akteur*innen deutlich zu machen und ein Zeichen an diejenigen Akteur*innen zu senden, die insbesondere nach den Wahlen Anschluss an prodemokratische Akteur*innen im Kreis suchen.

Darüber hinaus wäre eine regelmäßige Vernetzung und verstärkte Koordination zur Durchführung gemeinsamer Aktivitäten der lokalen Zivilgesellschaft sinnvoll. Hierzu könnte die Durchführung eines regelmäßigen „Runden Tisches“ oder einer „lokalen Akteursrunde“ dienen. Angesprochen und eingeladen werden könnten bereits zugehörige und ehemalig

aktive Akteur*innen des Bündnisses sowie weitere Initiativen, Vereine, kulturelle und kirchliche Institutionen, Kommunalpolitiker*innen, Verwaltungsbehörden, Unternehmer*innen, aber auch Strukturen wie die Dorfkümmerer (vgl. Kapitel 3.4.7). Diese Runde könnte dazu dienen:

- *Themen wie Demokratie, Vielfalt, Menschenrechte unabhängig von der Parteienpolitik stärker in die Öffentlichkeit zu bringen*
- *breitere Unterstützung für prodemokratische Positionierungen zu schaffen*
- *die erfolgreichen Angebote der Zivilgesellschaft stärker in die Öffentlichkeit zu tragen*
- *einen Anlaufpunkt für Strukturen darzustellen, die sich ebenfalls gegen das Erstarken des Rechtsextremismus positionieren wollen*
- *eine mediale Gegenöffentlichkeit gegen die Normalisierungstendenzen menschenfeindlicher Haltungen durch die Präsenz eines starken Bündnisses für Demokratie, Weltoffenheit und Vielfalt zu schaffen*
- *Ressourcen besser gemeinsam zu nutzen und sich über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Projekte auszutauschen und Lerneffekte, insbesondere für unterschiedliche Sozialräume, zu teilen*
- *Sicherheitskonzepte für die engagierte Zivilgesellschaft zu überlegen und zu etablieren*
- *Newsletter/ein Informationssystem zu schaffen, um die Vernetzung und den Bekanntheitsgrad untereinander zu schärfen*
- *Sozialraum-Treffen zu initiieren (an erfolgreiche Formate aus anderen Landkreisen anknüpfen, z. B. „Mehr Frauen in die Politik“ aus dem Kyffhäuserkreis)*

Dabei sollten der Gleichheitsgrundsatz sowie der Antidiskriminierungsgrundsatz für alle Bündnispartner den Minimalkonsens darstellen. Eine neue Herausforderung ist hierbei auch der kritische Umgang und die nötige Abgrenzung zum populistisch-heterogenen Protestmilieu (vgl. Kapitel 4.3).

Um das ehrenamtliche Engagement und die Zusammenarbeit untereinander zu stärken, sollte eine bessere Netzwerk- und Informationskultur etabliert werden. Möglich könnte es sein, sich in Form eines digitalen Newsletters gegenseitig über verschiedene Aktivitäten auszutauschen und einzelne Initiativen, z. B. wöchentlich, vorzustellen. So könnte der Bekanntheitsgrad verschiedener Initiativen untereinander verbessert und Anknüpfungspunkte für eine erfolgreiche Zusammenarbeit geschaffen werden.

8.2 UMGANG KOMMUNALER INSTITUTIONEN UND DER ÖFFENTLICHKEIT

Die lokale Öffentlichkeit im SHK darf rechtsextremer Raumnahme keine Gelegenheit geben und muss ihr konsequent und stetig entgegenwirken. Dazu bedarf es klarer politischer Erkenntnisse der Kommunen, Verwaltungen und politischen Mandatsträger*innen. Bisher hat

beispielsweise vor allem die Zivilgesellschaft das Tattoostudio von David Köckert in Eisenberg kritisiert. Hier sollten sich die Stadtverwaltung und andere kommunale Verantwortungsträger*innen anschließen und stärker positionieren.

Dafür eignen sich breite Bündnisse kommunaler Institutionen und Akteur*innen. Dazu gehört auch eine klare Positionierung für Demokratie, zur Gewährleistung pluralistischer Diskurse in politischen Debatten und darüber hinaus konkrete Handlungen hinsichtlich der Positionierung. Gerade in gesellschaftlich polarisierenden Debatten, z. B. beim Thema Migration und den Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete im SHK oder dem Thema Windkraft, sollten alle demokratischen Akteur*innen einen pluralistischen und nicht-populistischen Diskurs führen und rechtsextremen Narrativen entschieden widersprechen.

Dazu ist auch die Nicht-Kooperation („Brandmauer“) in kommunalpolitischen Kontexten, die mit dem Erstarken der AfD zwar schwieriger, aber nicht unumgänglich geworden ist, umso dringlicher. Die letzte fraktionsübergreifende „Erklärung für Demokratie, Mitmenschlichkeit und Vielfalt“ des Kreistages SHK und damit die Erneuerung des Bündnisses für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK stammt von 2016 (Quent 2016). Diese sollte dringend erneuert werden und von allen demokratischen Parteien unabhängig anderer Dissonanzen untereinander unterstützt werden. Selbst wenn es keine Mehrheit im Kreistag dafür geben sollte, sollten die verbleibenden demokratischen Parteien eine Erklärung informell verabschieden. So kann sowohl ein unterstützendes Zeichen an die demokratische Zivilgesellschaft gesendet als auch die Abgrenzung zu rechtsextremen Bestrebungen deutlich gemacht werden. Ebenfalls sollten die etablierten demokratischen Kräfte versuchen, lokale und regionale Themen in den Mittelpunkt zu rücken und nicht die Themensetzung der AfD und anderen rechtsextremen Akteur*innen zu überlassen. Dazu gehört auch, der rechtspopulistischen Argumentationsstrategie (vgl. Salzborn 2014, S. 16) entgegenzuwirken, indem beispielsweise dem Argument der Intransparenz politischer Entscheidungen mit Live-Streams aus dem Kreistag entgegengewirkt wird.

Die Bedrohungen und Angriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Menschen mit Migrationshintergrund sind politisch ernst zu nehmen. Diese Übergriffe müssen von den Strafverfolgungsbehörden deutlich konsequenter verfolgt werden, auch im digitalen Raum. Dazu sollte ein erhöhter Repressionsdruck auf Rechtsextreme ausgeübt werden, sowohl durch Politik als auch Behörden. Möglicherweise könnte hierzu ein behördlicher Maßnahmenkatalog geschaffen werden, der die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar ausweist, zeitlich realistische Ziele steckt sowie Selbstverpflichtungen enthält. Eine Unterstützung zur Ausarbeitung dieses Kataloges könnte das Projekt Kommunales Konfliktmanagement (Ko-KoMa) bieten. Es wurde aufgelegt, um zivilgesellschaftliche und kommunale Akteur*innen zu befähigen, Konflikte im lokalen Raum zu bearbeiten, die das friedliche Zusammenleben und die Demokratie bedrohen („Demokratie leben!“ o. J.). Das Programm läuft zum 31.12.2024 aus, die Ende 2024 erscheinende Publikation mit den Erfahrungen aus den Kommunen, die ab 2021 gefördert wurden, könnte aber nützlich sein, um

Best-Practice-Beispiele für die Erstellung eines solchen Katalogs zu sammeln. Das Projekt Komm.A – Kommunale Allianzen & Strategien gegen Rassismus und Hass, welches u. a. mit Stadtverwaltung Jena zusammenarbeitet, bietet Kommunen die Möglichkeit, Strategien, Strukturen und Prozesse zu entwickeln, um Anfeindungen gegenüber kommunalen Verantwortungsträger*innen und Verwaltungsmitarbeitenden zu begegnen (Komm.A o. J.).

Daneben sollte den Verwaltungsmitarbeiter*innen die breite Nutzung des Fortbildungsangebotes des Landesprogrammes Denk Bunt ermöglicht werden. Dies bietet u. a. Fortbildungen zum *demokratischen Handeln in der Verwaltung*, *diversitätsorientiertem Arbeiten* und *Handlungssicherheit im Umgang mit Radikalisierung* (Denk Bunt o. J.). Auch rechtsextremer Raumnahme im öffentlichen Raum, wie Graffitis und Stickern, sollte etwas entgegengesetzt werden, z. B. in Form eines Modells wie dem „Mängelmelder“ der Stadt Erfurt (Landeshauptstadt Erfurt 2024).

Der Zivilgesellschaft müssen Orte des Zusammentreffens ermöglicht werden. Dies wurde in der Vergangenheit von verschiedenen städtischen oder kommunalen Verantwortungsträger*innen erschwert (Interview 3). Dabei bieten diese Orte oftmals verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen Anlaufort bei diskriminierenden Erfahrungen, für die Freizeitgestaltung oder zum Besuch bildender Veranstaltungen.

8.3 SOZIALE TEILHABE UND INTEGRATION

Für den SHK liegen umfangreiche Konzepte zur Erhöhung sozialer Teilhabechancen verschiedener Bevölkerungsgruppen oder der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vor (z. B. Jugendförderplan für den SHK; Leitbild Zukunftsregion SHK, Richtlinie des SHK zur Umsetzung des Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ), Regionales Integrationskonzept SHK). Diese enthalten konkrete Zielstellungen zur Verbesserung der Integrationspotenziale. Um diese Konzepte erfolgreich zu implementieren, könnte ein regelmäßiges Monitoring zur Maßnahmenumsetzung und den erzielten Effekten – unter Einbezug der vielfältigen Expertisen der lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die in diesen Bereichen engagiert sind – die erfolgreiche Umsetzung erhöhen.

Kinder und Jugendliche:

Die Kommunen sollten Jugendbeiräte in allen Städten und Gemeinden voranbringen (vgl. Kapitel 7.4). Dazu sollten Bürgermeister*innen, Mitarbeiter*innen der kommunalen Verwaltungen und Stadt- und Gemeinderäte zu Möglichkeiten der Jugendbeteiligung geschult und diese von den Kommunen attraktiv für Jugendliche gestaltet werden. Auch Verständnis und Bereitschaft zur Kinder- und Jugendbeteiligung der Mitarbeiter*innen in den kommunalen Verwaltungen ist nötig. Im Jahre 2024 wurde eine Jugendbeteiligungsstruktur konzipiert und eingebracht, die unter Mitwirkung von Jugendlichen erarbeitet wurde. Diese sollte in jede Gemeinde des Landkreises getragen werden, um die dort politischen Verantwortlichen

wie Bürgermeister*innen und Gemeinderät*innen für die Strategie zu sensibilisieren und zur Umsetzung zu bewegen. Dazu könnte ein Handlungsleitfaden oder ein Best-Practice-Papier zum Thema Jugendbeteiligung erstellt werden, um den Verantwortlichen die entsprechenden Handlungsoptionen an die Hand zu geben. Dabei sind auch bereits erprobte Aktionen wie „Kinder in die Rathäuser“ in Betracht zu ziehen. Darüber hinaus sollte die Kreis-Schüler*innenvertretung durch das Jugendamt, den Jugendhilfeausschuss und die Schulsozialarbeit gestärkt werden. Da der Jugendbeirat bereits mehrfach im Jugendhilfeausschuss angegriffen wurde (Interview 14), sollten sich gerade hier die kommunal Verantwortlichen stark für die Kinder- und Jugendbeteiligung einsetzen und klar für ihre Relevanz positionieren.

Für eine Stärkung der Kinder- und Jugendförderung gibt es nach Aussagen der Zivilgesellschaft auch einen hohen Bedarf nach einer Erhöhung der verfügbaren Personal- und Sachmittel. Aktuell ermöglichen vor allem sehr engagierte Mitarbeitende in einzelnen Projekten die Kinder- und Jugendarbeit in dem zu beobachtenden Umfang im SHK. Dies darf nicht von einzelnen Engagierten abhängig sein.

Ehrenamtliche Tätigkeiten, wie Übungsleiter- und Betreuer*innentätigkeiten, z. B. im Sport oder bei der Feuerwehr, werden immer seltener ausreichend besetzt. Dabei sollten diese Posten stärker beworben werden, damit alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, an solchen Freizeitangeboten teilzunehmen.

Um diese Anforderungen zu bündeln, könnte ein*e landkreisweit tätige Beauftragte*r für Kinder- und Jugendbeteiligung eingesetzt werden.

Menschen mit Migrationshintergrund:

Insbesondere die soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund weist Fehlbedarfe auf (vgl. Kapitel 5.1). Migrationsberatungsstellen müssten flächendeckend und zumindest an mehreren Punkten im Landkreis bestehen. Es fehlt zudem an freizeithlichen, kulturellen und sportlichen Angeboten und es besteht zu wenig Kontakt im Alltag zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Hierzu sollten sich Akteur*innen aus lokalen Vereinen bemühen, Angebote zu schaffen. Explizit sollten zielgruppenspezifische Angebote geschaffen werden, wie z. B. Sport-Angebote für geflüchtete Frauen.

Um die Belange und Bedarfe von Migrant*innen besser zu erfassen, ist eine stärkere Zusammenarbeit mit communitybasierten Einrichtungen und Akteursgruppen nötig. Befragte berichten von mangelndem institutionellen Interesse. Die Zusammenarbeit sollte nicht nur bei auftretenden Herausforderungen stattfinden, sondern stetig von politisch Verantwortlichen im Kreis, den zuständigen Beauftragten und der Zivilgesellschaft gesucht und gepflegt werden. Ebenso sollte die Gründung von mehr Selbstorganisationen im Landkreis angeregt und unterstützt werden.

Weitere Bevölkerungsgruppen:

Menschen, die sich lokalpolitisch engagieren, werden im Durchschnitt immer älter. Eine breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an politischen Prozessen ist für die Demokratie jedoch unerlässlich. Die Partizipation in der Lokalpolitik sollte entsprechend zielgruppenspezifisch (z. B. Frauen, junge Menschen) gefördert werden. Dabei sollten die Sorgen und Ängste vorweggenommen werden, die dazu führen, dass sich Menschen nicht lokalpolitisch engagieren. Beispielsweise könnten Workshops von Organisationen wie ezra informieren, wie sich Lokalpolitiker*innen schützen können oder wie die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt möglich ist. Dazu ließen sich Erfahrungsaustausche in unterschiedlichen Regionen im SHK mit lokalen, erfolgreichen Persönlichkeiten organisieren.

Die Zivilgesellschaft kann die soziale Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht alleine gewährleisten. Hauptamtliche Strukturen sind unerlässlich, um zivilgesellschaftliches Engagement zu entlasten und gleichzeitig durch die Bereitstellung von Ressourcen überhaupt zu ermöglichen. Kommunale Posten, etwa die Migrations-, Gleichstellungs- oder Behindertenbeauftragten, sollten mehr personelle und zeitliche Ressourcen erhalten, um ihre Arbeit ausführen zu können, Netzwerk- und Beratungsarbeit auszubauen und somit auch zivilgesellschaftliche Strukturen zu entlasten. Programme wie die Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung (ThINKA) sollten dringend (wieder-)eingeführt werden.

8.4 BILDUNG

Um Integration und die Prävention rechtsextremer Einstellungsmuster zu ermöglichen, ist Bildung essenziell. Laut der lokalen Zivilgesellschaft werden jedoch Begriffe und dahinterliegende Vorstellungen von beispielsweise Demokratie und Antidiskriminierung inzwischen häufig missverstanden. Somit ist es wichtig, bildungspolitische Formate im Bereich Demokratiebildung und -sensibilisierung stärker im SHK durchzuführen, sowohl für Erwachsene als auch für junge Menschen. Gleichzeitig versuchen sich viele Vereine „neutral“ zu aktuellen Debatten zu verhalten und sich nicht politisch zu äußern. Es ist wichtig, einen Konsens zu erarbeiten, dass Vereine und Initiativen sich klar gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen. Hierzu könnte das oben genannte Bündnis beitragen, in das sich Vereine eintragen lassen können, wie etwa im Format „Weltoffenes Thüringen“ auf lokaler Ebene.

Darüber hinaus sollten für kontroverse Themen, beispielsweise die Energiewende, die im Kreis besonders stark diskutiert werden, Austauschveranstaltungen und Diskussionsräume entstehen, in denen Akteur*innen mit unterschiedlichen Positionen zusammenkommen und Argumente austauschen können. Vorbild können hierbei Konzepte wie die „Dorfgespräche“ sein (Dorfgespräche 2024). Solche Formate wurden bereits im SHK von Akteur*innen

ausprobiert, z. B. in Großlöbichau angesichts der Diskussion um die Unterbringung ausländischer Arbeiter*innen des ZEISS-Neubaus in Jena. Das Format wurde als sehr erfolgreich und zielführend wahrgenommen. Solche Formate sollten vermehrt auch kreisweit etabliert werden.

8.5 POLITIK IN BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN

Die Existenz einer aktiven demokratischen Zivilgesellschaft ist essentiell für das Funktionieren der Demokratie. Dazu müssen die zivilgesellschaftlichen Strukturen finanziell abgesichert sein, was vor allem die Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ist. Die Möglichkeiten zur Partizipation und zur Integration für alle Bevölkerungsgruppen darf nicht von finanziellen oder materiellen Ressourcen Einzelner abhängig sein.

Die staatliche Förderung der Zivilgesellschaft und Demokratiebildung muss finanziell langfristig abgesichert und in Regelstrukturen überführt werden, um nachhaltige Wirkung zu erzielen. Was hauptamtliche Projekte und Strukturen erreichen können, ist beispielsweise in Kahla mit dem Demokratie_Laden zu beobachten (Kapitel 3.4.3). Hier konnte der „rechten Hegemonie“ (Quent 2016, S. 11) etwas entgegengesetzt werden, was zu einer Verringerung der Sichtbarkeit und den Aktivitäten rechtsextremer Akteur*innen geführt und damit den Angstraum für Migrant*innen oder politisch Aktive verkleinert hat. Insbesondere die Pfd wird von vielen Befragten als Dreh- und Angelpunkt und Koordinationsknoten vieler zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Kreis dargestellt. Sie unterstützt Projekte und Initiativen dabei nicht nur monetär, sondern auch mit Wissen, dem Bereitstellen von Räumen und mit mentalem Beistand (vgl. Kapitel 6). Die Pfd muss mindestens in ihrem jetzigen Umfang erhalten bleiben. Daher sollten umfassende Konzepte zur finanziellen Absicherung der Pfd verabschiedet werden, gerade in Hinblick auf den Aufstieg rechtsextremer Parteien und ihrem Einflussgewinn in kommunalen Gremien. Mit Blick auf die Raumgewinne der rechtsextremen AfD im Freistaat und in den Thüringer Kommunen sollte Demokratieförderung endlich im Rahmen eines Demokratiefördergesetzes auf Bundesebene abgesichert sein.

Um alle sozialen Gruppen an der Debatte über soziale und materielle Teilhabe zu beteiligen, müssen diese Gruppen, im wahrsten Sinne des Wortes, abgeholt und erreicht werden. Deswegen sollte der ÖPNV im SHK ausgebaut und Projekte wie ein Bürgerbus, wie z. B. in und um Stadtroda, kreisweit vorangetrieben werden, um allen Bevölkerungsgruppen die Mobilität zu ermöglichen, die für die soziale Teilhabe notwendig ist (vgl. Lewandrowski 2024).

Engagementstrukturen sollten gesamtgesellschaftlich gestärkt und aktiv unterstützt werden, z. B. indem Arbeitnehmer*innen für ehrenamtliche Tätigkeiten frei bekommen. So kann Engpässen an Ressourcen der engagierten Zivilgesellschaft entgegengewirkt und ehrenamtliches Engagement attraktiver gemacht werden. Zusätzlich würde es zivilgesellschaftliches Engagement würdigen und breiten Bevölkerungsgruppen durch das Zugeständnis an zeitliche Ressourcen erlauben, sich zu engagieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- AfD Thüringen (2024a): Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024. Landesverband der AfD-Thüringen.
- AfD Thüringen (2024b): Stammtisch in Hermsdorf - AfD Thüringen. Online verfügbar unter <https://afd-thueringen.de/veranstaltung/stammtisch-in-hermsdorf/>, zuletzt aktualisiert am 10.11.2024, zuletzt geprüft am 10.11.2024.
- AIS Saale-Holzland (2024): Aktionen. Online verfügbar unter <https://ais-shk.de/category/aktionen/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Aktionskreis Demokratie (2024): Willkommen in Großlöbichau. Online verfügbar unter <https://aktionskreis-demokratie.de/willkommen-in-grossloebichau/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Beelmann, Andreas; Koch, Matthias; Michelsen, Danny; Miehle, Marius (2021): Topografie 2020: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2230/topografie-2020.pdf>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Bernhardt, Kathleen (2024): Fünf Windräder im Wald - das Holzland im Zwiespalt. In: *MDR*, 22.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/windkraft-park-waldgesetz-erneuerbare-energie-100.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Best, Heinrich; Miehle, Marius; Salheiser, Axel (2018): Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analyse. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/695/projektbericht-topografie-dez2018.pdf>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Best, Heinrich; Vogel, Lars (2022): Was messen und wie messen wir, wenn wir ‚Rechtsextremismus‘ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des Thüringen-Monitors. In: Andreas Beelmann und Danny Michelsen (Hg.): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 27–58.
- Büker, Thorsten (2022): Protest: Eisenberg ist kein Ort des Hasses und der Hetze. In: *Ostthüringer Zeitung*, 10.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article237120909/Protest-Eisenberg-ist-kein-Ort-des-Hasses-und-der-Hetze.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J. a): Der Dritte Weg. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500824/der-dritte-weg/>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.

- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J. b): Zahlencodes. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500822/zahlencodes/>, zuletzt aktualisiert am 23.06.2021, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Bürgerinitiative Holzland (o. J.): Unsere Beweggründe und Ziele. Online verfügbar unter <http://bi-holzland.com/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Correctiv (2024): Geheimplan gegen Deutschland. In: *correctiv.org*, 10.01.2024. Online verfügbar unter <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- „Demokratie leben!“ (o. J.): Kommunales Konfliktmanagement (KoKoMa). Online verfügbar unter https://konfliktmanagement.plattform-spi.de/goto.php?target=cat_116014&client_id=inno, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Demokratie_Laden Kahla (2018): Wir feiern: Kahla Courage! Online verfügbar unter <https://demokratieladen.com/8-september-2018-wir-feiern-kahla-courage/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Demokratie_Laden Kahla (2021): Aktion zum IdaHoBIT in Kahla: Regenbogenflagge weht am Rathaus. Online verfügbar unter <https://demokratieladen.com/aktion-zum-idahobit-in-kahla-regenbogenflagge-weht-am-rathaus/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Denk Bunt (o. J.): Fortbildungsangebote für Mitarbeitende in Verwaltungen. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Online verfügbar unter <https://denkbunt-thueringen.de/fortbildung/angebot/mitarbeitende-in-verwaltungen/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Deutschlandfunk (2024): Hans-Georg Maaßen: Vom Verfassungsschützer zum Rechtsextremisten. In: *Deutschlandfunk*, 18.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/hans-georg-maassen-cdu-parteiausschluss-werteunion-100.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Dieckmann, Janine; Knospe, Markus; Kaiser, Marie (2022): Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/SR_JENA_aF_120722.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Dorfgespräche (2024): Drei Abende für die Zukunft. Online verfügbar unter <https://www.dorfimgespraech.de>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Dörn, Katja (2024): Windkraft im Saale-Holzland: Gegner fühlen sich „unter Druck gesetzt“. In: *Ostthüringer Zeitung*, 25.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article406594456/windkraft-gegner-im-saale-holzland-fuerchten-kosten.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.

- dpa (2018): Urteil gegen AfD-Politikerin ist rechtskräftig – Wiebke Muhsal muss 8000 Euro zahlen. In: *Thüringer Allgemeine*, 20.12.2018. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article224970321/Urteil-gegen-AfD-Politikerin-ist-rechtskraeftig-Wiebke-Muhsal-muss-8000-Euro-zahlen.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Endruweit; Günter; Trommsdorff, Gisela; Burzan; Nicole (2014): Wörterbuch der Soziologie. Konstanz, München: UVK-Verlagsgesellschaft mBH mit UVK/Lucius.
- Euen, Claudia; Pöls, Matthias; Siepmann, Marcel (2024): Werteunion: Kontakte zu Extremisten und Reichsbürgern. In: *MDR*, 01.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/maassen-werteunion-partei-kontakte-extremisten-100.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- ezra (2018): Rassistischer Naziangriff auf geflüchtete Jugendliche: „Kahla ist ein rechtsfreier Angst- raum“. Erfurt. Online verfügbar unter <https://ezra.de/rassistischer-naziangriff-auf-gefluechtete-jugendliche-kahla-ist-ein-rechtsfreier-angstraum/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- ezra (2024a): Jahresstatistik 2023. Unabhängiges Monitoring zu rechter, rassistischer und antisemi- tischer Gewalt in Thüringen. Erfurt. Online verfügbar unter https://ezra.de/wp-content/uploads/2024/04/2024-04-10_ezra_WEB_Jahresstatistik-2023_Pressemappe.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- ezra (2024b): Opferberatungsstellen warnen nach den Landtagswahlen vor einem Flächenbrand rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe. Erfurt. Online verfügbar unter <https://ezra.de/opferberatungsstellen-warnen-nach-den-landtagswahlen-vor-einem-flaechenbrand-rechter-rassistischer-und-antisemitischer-angriffe/>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Flamich, Ute (2024a): Demo gegen Rechts im Saale-Holzland: „Mein Vater war im KZ.“ In: *Ostthüringer Zeitung*, 03.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241571050/Demo-gegen-Rechts-im-Saale-Holzland-Mein-Vater-war-im-KZ.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Flamich, Ute (2024b): Saale-Holzland: Bilder von der Demonstration für Demokratie in Stadtroda. In: *Ostthüringer Zeitung*, 04.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241571598/Saale-Holzland-Etwa-350-Menschen-gehen-fuer-die-Demokratie-auf-die-Strasse.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Flamich, Ute (2024c): AfD will nach Rückzug von Matthias Beerbaum einen neuen Kandidaten für die Landratswahl im Saale-Holzland stellen. In: *Ostthüringer Zeitung*, 19.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241691718/AfD-will-nach-Rueckzug-von-Matthias-Beerbaum-einen-neuen-Kandidaten-fuer-die-Landrats-wahl-im-Saale-Holzland-stellen.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Flamich, Ute (2024d): Unhaltbare Zustände: Demonstration vor Flüchtlingsunterkunft in Hermsdorf geplant. In: *Ostthüringer Zeitung*, 19.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241710930/Demonstration-vor-Fluechtlingsunterkunft-in-Hermsdorf-geplant.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Flamich, Ute (2024e): Saale-Holzland: Wie viele Flüchtlinge künftig in Eisenberg untergebracht werden können. In: *Ostthüringer Zeitung*, 20.03.2024. Online verfügbar unter

- <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241929870/Saale-Holzland-Wie-viele-Fluechtlinge-kuenftig-in-Eisenberg-untergebracht-werden-koennen.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Flamich, Ute (2024f): Einwohnerversammlung in Eisenberg: Zwischen Asylrecht und Anwohnersorgen. In: *Ostthüringer Zeitung*, 21.03.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241940004/Einwohnerversammlung-in-Eisenberg-Zwischen-Asylrecht-und-Anwohnersorgen.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Flamich, Ute (2024g): Landratskandidat Lüttich im Saale-Holzland: „Denke, dass ich gewinne“. In: *Ostthüringer Zeitung*, 19.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article242362188/Landratskandidat-Luettich-im-Saale-Holzland-Denke-dass-ich-gewinne.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Flamich, Ute (2024h): Landrats-Kandidat Patrick Frisch: „Wer unsere Region liebt, macht sie besser“. In: *Thüringer Allgemeine*, 04.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/incoming/article242234928/Landrats-Kandidat-Patrick-Frisch-Wer-unsere-Region-liebt-macht-sie-besser.html>, zuletzt geprüft am 10.12.2024.
- Gattenlöhner, Karl (2024): In Kahla stolpert das Herz. In: *Ostthüringer Zeitung*, 21.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/jena/article407298293/in-kahla-stolpert-das-herz.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Gedenkstätte – Memorial WALPERSBERG (2020): 5 Stolpersteine in Kahla – Gedenken an die jüdischen Einwohner, 9. November 2020. Online verfügbar unter <https://www.walpersberg.de/5-stolpersteine-in-kahla-gedenken-an-die-juedischen-einwohner-9-november-2020/>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Giggel, Luise (2022a): Warum in Hermsdorf montags demonstriert wird. In: *Ostthüringer Zeitung*, 24.05.2022. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article235441511/Warum-in-Hermsdorf-montags-demonstriert-wird.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Giggel, Luise (2022b): Gesammelte Sorgen aus dem Saale-Holzland-Kreis als offener Brief. In: *Ostthüringer Zeitung*, 23.10.2022. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article236736583/Gesammelte-Sorgen-aus-dem-Saale-Holzland-Kreis-als-offener-Brief.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Giggel, Luise (2023): Kickern und Kochen zum Jubiläum: Fünf Jahre Libertas Subcultura in Hermsdorf. In: *Ostthüringer Zeitung*, 10.03.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article237862227/Kickern-und-Kochen-zum-Jubilaem-Fuenf-Jahre-Libertas-Subcultura-in-Hermsdorf.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Girwert, Florian (2018): Keine Kompromisse: Tobias Gruber will SHK-Landrat werden. In: *Ostthüringer Zeitung*, 23.03.2018. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article223966349/Keine-Kompromisse-Tobias-Gruber-will-SHK-Landrat-werden.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Grande, Brigitte; Grande, Edgar; Hahn, Udo (Hg.) (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld: transcript (Edition Politik, Band

- 111). Online verfügbar unter <https://library.oapen.org/bitstream/id/a420b77b-e44a-4acb-937f-4a7d1ac32341/9783839456545.pdf>.
- Grünler, Julia (2023a): Energiewende in Hermsdorf diskutiert. In: *Ostthüringer Zeitung*, 16.03.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article237912695/Energie-wende-in-Hermsdorf-diskutiert.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Grünler, Julia (2023b): Die Politik muss handeln: So steht es um die Erstaufnahme Hermsdorf. In: *Ostthüringer Zeitung*, 16.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article240602030/Die-Politik-muss-handeln-So-steht-es-um-die-Erstaufnahme-Hermsdorf.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Grünler, Julia (2023c): Hungerstreik, Dreck: Schwere Vorwürfe gegen Flüchtlingsheim. In: *Ostthüringer Zeitung*, 08.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article240775406/Hungerstreik-Dreck-Schwere-Vorwuerfe-gegen-Fluechtlingsheim.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Haak, Sebastian (2019): Rechtsextreme Burschenschaft fliegt aus Jena raus. In: *nd-aktuell*, 22.02.2019. Online verfügbar unter <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1112912.normannia-zu-jena-rechtsextreme-burschenschaft-fliegt-aus-jena-raus.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Haensel, Patricia (2024): Wo gelten AfD und Junge Alternative als gesichert rechtsextrem, und was bedeutet das? In: *RedaktionsNetzwerk Deutschland*, 26.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.rnd.de/politik/wo-gelten-afd-und-junge-alternative-als-gesichert-rechtsextrem-und-was-bedeutet-das-BEOYLLR67FCABBNO6ESSRUZJWM.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Hartl, Johannes (2013): Anschlag auf die „Täglich Brot Insel“ in Kahla: „Wir lassen uns natürlich nicht einschüchtern!“. In: *ZEIT ONLINE*, 28.03.2013. Online verfügbar unter https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/03/28/anschlag-auf-die-taglich-brot-insel-in-kahla-wir-lassen-uns-natuerlich-nicht-einschuchtern_12379, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Hartung, Jakob (2024): Verfassungsschutz in Thüringen stuft AfD als „kämpferisch-aggressiv“ ein. In: *t-online*, 20.07.2024. Online verfügbar unter https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_100452874/verfassungsschutz-in-thueringen-stuft-afd-als-kaempferisch-aggressiv-ein.html, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Helmert, Cornelius; Thürling, Marleen; Treidl, Johanna; Mönig, Alina (2023): „Sie versuchen, uns damit zu lähmen“. Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft. Unter Mitarbeit von Matthias Meyer und Antonia Horlacher. Hg. v. Open Knowledge Foundation Deutschland e. V. Berlin. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publicationen/Dunkelfeldstudie_GegenRechtsSchutz..pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Hemmerling, Axel (2023): Polizei verhindert Neonazi-Konzert für NSU-Unterstützer in Kahla. In: *MDR*, 05.03.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/neonazi-konzert-polizei-nsu-ralf-wohlleben-kahla-100.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.

- Jank, Anna (2019): Entsetzen um Stadtfest in Thüringen – Eisenberg bleibt eisern. In: *Thüringen24*, 23.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.thueringen24.de/thueringen/article219301487/entsetzen-um-stadtfest-in-thueringen-eisenberg-bleibt-eisern.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- JenaTV (2024): AfD wählt den parteilosen Beerbaum zum Landratskandidaten. In: *JenaTV*, 05.02.2024. Online verfügbar unter https://www.jenatv.de/media-thek/74951/AfD_waehlt_den_parteilosen_Beerbaum_zum_Landratskandidaten.html, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Jessen, Ralph; Reichardt, Sven; Klein, Ansgar (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kalla, Frank (2024a): Hermsdorf: 400 Windkraft-Gegner protestieren mit Hans-Georg Maaßen. In: *Ostthüringer Zeitung*, 23.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241728738/Hermsdorf-Die-grosse-Windkraft-Schlacht.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Kalla, Frank (2024b): Ministerium lenkt bei Eisenberger Erstaufnahmestelle ein. In: *Ostthüringer Zeitung*, 05.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article406953462/ministerium-lenkt-bei-eisenberger-erstaufnahmestelle-ein.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Kalla, Frank (2024c): SPD und Linke nominieren Gleichmann für Landratswahl. In: *Ostthüringer Zeitung*, 20.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241464376/SPD-und-Linke-nominieren-Gleichmann-fuer-Landratswahl.html>, zuletzt geprüft am 10.12.2024.
- Kamuf, Viktoria; Guillaume, Dominique; Salheiser, Axel (2024): Zivilgesellschaft in Bewegung: Protestereignisse in Thüringen 2022/23 im Spiegel der Presseberichterstattung. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/WEB_Forschungsbericht_Zivilgesellschaft_in_Bewegung.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024a): „Blaues Auge“ statt „blauer Welle“?“. Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Unter Mitarbeit von Janine Patz und Axel Salheiser. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/WEB_IDZ_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Thuringen_2024.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024b): Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen. Kurzanalyse zur Thüringer Landtagswahl am 1. September 2024. Unter Mitarbeit von Axel Salheiser, Christoph Richter, Maik Fielitz und Fabian Klinker. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/8_Kurzanalyse_Landtagswahlen_Thuringen_2024.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024c): Thüringen zwischen den Wahlen – erhöhter Druck auf die demokratische Kultur. Kurzanalyse zu den Stichwahlen der Thüringer Kommunalwahlen und Europaparlamentswahlen am 9. Juni 2024. Unter Mitarbeit von Janine Patz und Axel Salheiser. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ 7_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Th%C3%BCrtingen_2024_WEB.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/7_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Th%C3%BCrtingen_2024_WEB.pdf), zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Koch, Matthias; Miehlke, Marius; Beelmann, Andreas (2023): Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2945/topografie-2021-2022.pdf>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Koch, Matthias; Miehlke, Marius; Beelmann, Andreas (2024): Topografie 2023: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/4994/topografie-2023.pdf>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- KoKont (2019): Radtour wider das Vergessen. Erinnerungsorten der NS-Zwangsarbeit in Jena und Kahla auf die Spur kommen. Online verfügbar unter <https://www.kokont-jena.de/radtour-wider-das-vergessen-erinnerungsorten-der-ns-zwangsarbeit-in-jena-und-kahla-auf-die-spur-kommen/>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- KoKont (2020): Radtour wider das Vergessen. Erinnerungsorten und Lokalgeschichte in Kahla und Jena auf die Spur kommen. Online verfügbar unter <https://www.kokont-jena.de/radtour-wider-das-vergessen-erinnerungsorten-und-lokalgeschichte-in-kahla-und-jena-auf-die-spur-kommen/>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Komm.A (o. J.): Modellkommunen. Kommunale Allianzen & Strategien gegen Rassismus und Hass. Online verfügbar unter <https://komma-allianzen.de/kommunen/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- König, Larissa (2023): Antifaschistische Gruppe will gegen Björn Höcke demonstrieren. In: *Ostthüringer Zeitung*, 15.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article240825952/Antifaschistische-Gruppe-will-gegen-Bjoern-Hoecke-demonstrieren.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- König, Larissa (2024a): Wahl zum Landrat im Saale-Holzland: Diese sechs Kandidaten treten an. In: *Ostthüringer Zeitung*, 16.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article242116120/Wahl-zum-Landrat-im-Saale-Holzland-Diese-sechs-Kandidaten-treten-an.html>, zuletzt geprüft am 10.12.2004.
- König, Larissa (2024b): Kundgebung in Eisenberg gegen AfD-Landratskandidaten Bratfisch. In: *Ostthüringer Zeitung*, 03.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article406491338/kundgebung-in-eisenberg-gegen-afd-landratskandidaten-bratfisch.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Königsblut Tattoo- & Piercingstudio (2024): Instagram-Beitrag. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/p/C78uOnhtfwG/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Krüger, Anja (2024): Vor der Landtagswahl in Thüringen: Wer Wind erntet, sät Sturm. In: *taz*, 27.05.2024. Online verfügbar unter <https://taz.de/Vor-der-Landtagswahl-in-Thueringen!/5633376/>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.

- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. In: *Sezession* 76, S. 26–28. Online verfügbar unter <https://sezession.de/59584/selbstverharmlosung>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm; Rees, Jonas (2019): Aufputschen von rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan: *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: J. H. W. Dietz, S. 173–202.
- Lammert, Christoph (2023): Die extrem Rechte in Thüringen 2022: Bedeutungsverlust der Neonaziszene und erstarkende »Reichsbürger«-Strukturen. In: ezra, KomRex MOBIT e. V. und Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena, Erfurt, S. 19–26. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Th%C3%BCringer_Zust%C3%A4nde_2022.pdf, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024): Startschuss für den städtischen Mängelmelder. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/pm/2024/146900.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises (2023): Aktuelle Information der Gleichstellungsbeauftragten des Landrats im Saale-Holzland-Kreis. Online verfügbar unter <https://www.saaleholzlandkreis.de/aktuelles-und-presse/mitteilungen/aktuelle-mitteilungen/gleichstellungsbeauftragte/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Langer, Annette (2018): Neonazi-Hochburg Kahla: Thüringens rechtsextreme Komfortzone. In: *DER SPIEGEL*, 21.07.2018. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/kahla-wie-ein-ort-in-thueringen-zur-neonazi-hochburg-wurde-a-1217534.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Lewandowski, Veronika (2024): Bürgerbus fährt durch Stadtroda - warum das für die Menschen vor Ort wichtig ist. In: *MDR*, 29.03.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/buergerbus-stadtroda-schloeben-100.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Lokaler Aktionsplan im Saale-Holzland-Kreis (o. J. a): Begleitausschuss. Online verfügbar unter <https://vielfalt-im-shk.de/lokaler-aktionsplan/begleitausschuss/>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Lokaler Aktionsplan im Saale-Holzland-Kreis (o. J. b): Rahmenplanung. Online verfügbar unter <https://vielfalt-im-shk.de/lokaler-aktionsplan/rahmenplanung/>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Mayring, Philipp (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 13. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.
- MDR Thüringen (2024a): Flüchtlingsunterkunft Hermsdorf: Landtag muss sich mit Forderung zu Schließung beschäftigen. In: *MDR*, 19.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/hermsdorf-fluechtlingsunterkunft-schliessung-petition-100.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- MDR Thüringen (2024b): „Fronten verhärtet“: Erneut „Mohrenfest“ in Eisenberg kritisiert. In: *MDR*, 06.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost->

- [thueringen/saale-holzland/mohrenfest-eisenberg-kritik-100.html](#), zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- MDR Thüringen (2024c): „Halle des Elends“: Letzte Flüchtlinge verlassen Notunterkunft in Thüringen. In: *MDR*, 14.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/hermsdorf-fluechtlinge-notunterkunft-geschlossen-100.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- MDR Thüringen (2024d): Landratswahl im Saale-Holzland-Kreis: CDU-Kandidat gewinnt gegen AfD-Kontrahenten. In: *MDR*, 10.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/landrat-stichwahl-waschnewski-bratfisch-102.html#sprung1>, zuletzt geprüft am 10.12.2024.
- MDR Thüringen (2024e): Verdacht auf Kinderpornografie: Thüringer Linken-Abgeordneter schweigt. In: *MDR*, 17.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-holzland/linke-landtag-markus-gleichmann-abgeordneter-100.html>, zuletzt geprüft am 10.12.2024.
- Menacher, Nouredine; Dieckmann, Janine (2024): Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum. Eine Bedarfs- und Netzwerkanalyse in Thüringen. MigraNetz Thüringen e. V. Weimar. Online verfügbar unter https://migranetz-thueringen.org/media/filer_public/45/f6/45f6cccb-c758-4044-b179-5bfe98923c53/broschure_analyse_version_gross.pdf, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Möller, Cynthia; Koch, Matthias; Streitberger, Johannes; Miehlke, Marius; Beelmann, Andreas (2022): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2940/gefaehrungsanalyse-2022.pdf>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Moonray Spirit e. V. (o. J.): About Us. Online verfügbar unter <https://muna.de/about-us/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism. A Very Short Introduction*. New York: Oxford University Press.
- Munteanu, Angelika (2022): Heißes Demo-Pflaster Hermsdorf. In: *Ostthüringer Zeitung*, 11.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article234286969/Heisses-Demo-Pflaster-Hermsdorf.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Online-Topografie (2024): Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen - KomRex - Uni Jena. Online verfügbar unter <https://storymaps.arcgis.com/collections/8ea87c8fdc404cc5ae5ae0b3b9e7e144>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Osterhammer, Katharina (2024): Werteunion gründet Thüringer Landesverband - Maaßen wird nicht Spitzenkandidat. In: *MDR*, 08.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/werteunion-landesverband-landtagswahl-102.html>, zuletzt geprüft am 29.10.2024.
- OTZ (2015): Matratzenlager auf Fluren und in Büros: DRK beklagt Zustände in Erstaufnahmestelle Eisenberg. In: *Ostthüringer Zeitung*, 13.08.2015. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/politik/article221114909/Matratzenlager-auf-Fluren-und-in-Bueros->

- [DRK-beklagt-Zustaeude-in-Erstaufnahmestelle-Eisenberg.html](#), zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- OTZ (2017): Wofür die AfD steht. In: *Ostthüringer Zeitung*, 15.02.2017. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/leben/vermischtes/article222392583/Wofuer-die-AfD-steht.html>, zuletzt geprüft am 10.11.2024.
- OTZ (2024a): Mann geht mit Hitler-T-Shirt einkaufen: Kunden rufen Polizei. In: *Ostthüringer Zeitung*, 07.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article406742466/mann-geht-mit-hitler-t-shirt-einkaufen-kunden-rufen-polizei.html>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- OTZ (2024b): Rassistischer Angriff in Eisenberg - zwei Menschen verletzt. In: *Ostthüringer Zeitung*, 12.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article406781740/rassistischer-angriff-in-eisenberg-zwei-menschen-verletzt.html>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- OTZ (2024c): Unbekannte reißen in Crossen Stolperstein heraus. In: *Ostthüringer Zeitung*, 09.10.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article407430654/unbekannte-reissen-in-crossen-stolperstein-heraus.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Quent, Matthias (2016): Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise? Kurzfassung der Situations- und Ressourcenanalyse für den Saale-Holzland-Kreis. Unter Mitarbeit von Maria Diedrich. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Broschur_SHK_2016_Webversion.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph (2021): Gegen den „Mainstream“. Ost und West in Protest vereint. In: Matthias Meisner, Heike Kleffner (Hg.): *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*. 1. Auflage. Freiburg: Verlag Herder, S. 292–300.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2023): *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. 2. Auflage. München: Piper.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Recherche Ostthüringen (2022): Recherche in Gera und Umgebung. Frank Haußner. Online verfügbar unter <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/tag/frank-hausner/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Rechercheportal Jena-SHK (2022): „Königsblut“-Tattoostudio: David Köckerts NS-Kommerz und militante Netzwerke im Zentrum der Kreisstadt Eisenberg. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2022/12/08/koenigsblut-tattoostudio-david-koeckerts-ns-kommerz-und-militante-netzwerke-im-zentrum-der-kreisstadt-eisenberg/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Rechercheportal Jena-SHK (2023a): Alle Jahre wieder: Neonazi-Nachwuchs in Kahla. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/11/06/alle-jahre-wieder-neonazi-nachwuchs-in-kahla/#more-2017>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

- Rechercheportal Jena-SHK (2023b): Im rechten Trott – Die Montagsdemos von Jena bis Saalfeld. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/03/01/im-rechten-trott-die-montagsdemos-von-jena-bis-saalfeld/#more-1797>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Rechercheportal Jena-SHK (2023c): Katja Bütow (Kahla): Wochentags im Dienste der Kirche, feiertags Naziversammlung im Kleingarten. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/10/25/katja-buetow-kahla-wochentags-im-dienste-der-kirche-feiertags-naziversammlung-im-kleingarten/>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Rechercheportal Jena-SHK (2024a): Die rechte Demo „Das Volk hat Fragen“ am 13.3. vor dem Erfurter Landtag. Online verfügbar unter https://x.com/Recherche_Jena/status/1768539762674020537?lang=de, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Rechercheportal Jena-SHK (2024b): Ein Potpourri brauner Netzwerke: Die AfD Gera-Saale-Holzland-Kreis. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2024/05/20/ein-potpourri-brauner-netzwerke-die-afd-gera-saale-holzland-kreis/>, zuletzt geprüft am 22.08.2024.
- Rechercheportal Jena-SHK (2024c): Das braune Haus von Uhlstädt: Normannia-Nazis übernehmen Gasthof „Zum Goldenen Roß“. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/12/22/das-braune-haus-von-uhlstaedt-normannia-nazis-uebernehmen-gasthof-zum-goldenen-ross/>, zuletzt aktualisiert am 23.08.2024, zuletzt geprüft am 23.08.2024.
- Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebestreit, Jörg; Vogel, Lars (2023): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Politische Kultur in Stadt und Land - Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2022. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2980/tm2022-lang-bf.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2023. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/3454/tm2023.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021): Erkennen, vernetzen, gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/LPfd-Ilm-Kreis-SR_Analyse_final_Onlineversion.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Rieger, Jenni (2024): Warum im Umland von Städten viele Menschen die AfD wählen. In: *tageschau.de*, 22.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/studie-afd-waehler-100.html>, zuletzt geprüft am 08.10.2024.

- Saale-Holzland-Kreis (2023): Landes-Migrationsbeauftragte besucht den Saale-Holzland-Kreis. Presseinformation vom 28.09.2023. Online verfügbar unter https://www.saaleholzland-kreis.de/fileadmin/user_upload/Presse/Presseinformationen/Presseinfos_2023/2023-09-28_SHK_Migrationsbeauftragte.pdf, zuletzt aktualisiert am 01.11.2024.
- Salheiser, Axel (2019): Studie sieht Thüringer AfD als „Spezialfall“: Faschisten in Nadelstreifen? In: *Belltower.News*, 23.01.2019. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/studie-sieht-thueringer-afd-als-spezialfall-faschisten-in-nadelstreifen-80513/>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Salzborn, Samuel (2014): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos (Studienkurs Politikwissenschaft).
- Sauer, Birgit (2017): Transformationen von öffentlich und privat: Eine gesellschafts- und affekttheoretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie. In: *Bulletin Texte / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien / Humboldt-Universität zu Berlin* (43), S. 12–29. DOI: 10.25595/2064.
- Schauka, Frank (2017): Hermsdorfs Bürgermeister will Auftritt von AfD-Chefin verhindern. In: *Thüringer Allgemeine*, 01.02.2017. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article222341469/Hermsdorfs-Buergermeister-will-Auftritt-von-AfD-Chefin-verhindern.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Scheidung, Jana (2024a): Saale-Holzland: Albert Weiler für Landratswahl aufgestellt. In: *Ostthüringer Zeitung*, 30.03.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241989586/Saale-Holzland-Albert-Weiler-fuer-Landratswahl-aufgestellt.html>, zuletzt geprüft am 23.08.2024.
- Scheidung, Jana (2024b): Dorfkümmerer sind gute Seelen – auch im Saale-Holzland. In: *Ostthüringer Zeitung*, 03.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article407168857/dorfkuemmerer-sind-gute-seelen-auch-im-saale-holzland.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Schmitz-Vardar, Merve (2024): Die Heimat. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2024/548018/die-heimat/>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Schönian, Valerie; Stephan, Björn (2019): Windräder: Gruber gegen Pfeiffer. In: *DIE ZEIT*, 19.09.2019 (39), <https://www.zeit.de/2019/39/windraeder-energiewende-oekostrom-konflikt-thueringen>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Schott, Andreas (2016): St. Gangloff will Bürgerinitiative gegen Winkraftpläne gründen. In: *Ostthüringer Zeitung*, 13.05.2016. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/politik/article221738675/St-Gangloff-will-Buergerinitiative-gegen-Winkraftplaene-gruenden.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Speit, Andreas (2022): Ex-SPD-Senator Fritz Vahrenholt: „Ein Klima-Sarrazin“. In: *taz*, 27.10.2022. Online verfügbar unter <https://taz.de/Ex-SPD-Senator-Fritz-Vahrenholt/!5887199/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.

- Stadt Eisenberg/Thüringen (2024): Geschäftsordnung für das Jugendparlament, vom 06.11.2024. Online verfügbar unter https://www.stadt-eisenberg.de/_Resources/Persitent/6/f/0/f/6f0fe9745b68b37482453c96a66c9c73180ea06c/Gesch%C3%A4ftsordnung%20Jugendparlament%20Eisenberg%2020241106.pdf, zuletzt geprüft am 10.12.2024.
- Stadtrat der Stadt Jena (2012): Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Jena. Online verfügbar unter <https://jugendparlament.jena.de/sixcms/media.php/2150/Satzung%20Jenaer%20Jugendparlament.pdf> zuletzt geprüft am 10.12.2024.
- taz (2024): Einstufung als rechtsextrem: Maaßen verklagt Verfassungsschutz. In: *taz*, 04.02.2024. Online verfügbar unter <https://taz.de/Einstufung-als-rechtsextrem/!6002232/>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- ThINKA Thüringen (2015): Monitoringbericht ThINKA. Online verfügbar unter <https://www.inka-thueringen.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/02/Monitoringbericht-ThINKA-28032017-FINAL.pdf>, zuletzt geprüft am 21.10.2024.
- ThINKA Thüringen (2024): Eisenberg ThINKA Plus - ThINKA Thüringen. Online verfügbar unter <https://www.inka-thueringen.de/wordpress/stutzpunkte/eisenberg-thinka-plus/>, zuletzt geprüft am 21.10.2024.
- Thünen-Institut (2022): Landatlas des Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume. Online verfügbar unter www.landatlas.de, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Thüringer Allgemeine (2016): Anschlag auf SPD-Bürgerbüro und Demokratie-Laden in Kahla. In: *Thüringer Allgemeine*, 15.02.2016. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/blaulicht/article221535457/Anschlag-auf-SPD-Buergerbuero-und-Demokratie-Laden-in-Kahla.html>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024a): Landkreis: Saale-Holzland-Kreis. Online verfügbar unter <https://statistik.thueringen.de/datenbank/kreisblatt.asp?krs=74>, zuletzt geprüft am 23.08.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024b): Thüringer Landesamt für Statistik. Online verfügbar unter <https://statistik.thueringen.de/>, zuletzt geprüft am 09.10.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024c): Wahlen in Thüringen. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/start.asp>, zuletzt geprüft am 29.10.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024d): Wahlen in Thüringen. Übersicht zu den Bewerbern - 074 Landkreis Saale-Holzland-Kreis. Online verfügbar unter https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=GW&wJahr=2024&zeigeErg=WK&auswertung=8&wknr=074&gemnr=&terrKrs=&gemteil=000&buchstabe=&Langname=&wahlvorschlag=&sort=&druck=&XLS=&anzahlH=2&Nicht_existierende=&x_vollbildDatenteil=&optik=&aktual=&ShowLand=&ShowWK=&ShowPart=&listauswahl=y, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Thüringer Landesverwaltungsamt (2021): Planmäßiger Wechsel bei Leitung der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Freistaats Thüringen in Suhl. Online verfügbar unter <https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/detailanzeige/planmaessiger-wechsel-bei-leitung-der-erstaufnahme-einrichtung-eae-des-freistaats-thueringen-in-suhl>, zuletzt geprüft am 10.12.2024.

- Thüringer Landtag (2023): Kleine Anfrage der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales. Neonazi-Szene in der Stadt Eisenberg und im Saale-Holzland-Kreis. Thüringer Landtag. Erfurt. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/93929/neo-nazi_szene_in_der_stadt_eisenberg_und_im_saale_holzland_kreis_2022.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2022): Dorfkümmerer – ein Konzept für Alle?! Gelingensbedingungen und Stolpersteine. Eine Arbeitshilfe für das Landesprogramm. Online verfügbar unter https://www.lsz-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Arbeitshilfe_Dorfkuemmerer_wissenschaftliche_Begleitung_.pdf, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Treidl, Johanna; Wagenschwanz, Lisa; Müller, Lars; Salheiser, Axel (2023): Situations- und Ressourcenanalyse für den lokalen Aktionsplan der Stadt Weimar. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Bericht_Situations-und_Ressourcenanalyse_Weimar_final.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Veit (2023): Waldkampftag. In: *Lebenswertes Vogtland e. V.*, 13.05.2023. Online verfügbar unter <https://lebenswertes-vogtland.de/waldkampftag/>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Voigt, Marcus (2023a): Preisträger aus dem Saale-Holzland-Kreis: „Beim Erhalt der Demokratie gibt es keine neutrale Mitte“. In: *Ostthüringer Zeitung*, 17.05.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/jena/article238420583/Preistraeger-aus-dem-Saale-Holzland-Kreis-Beim-Erhalt-der-Demokratie-gibt-es-keine-neutrale-Mitte.html>, zuletzt geprüft am 08.10.2024.
- Voigt, Marcus (2023b): Bauarbeiter-Unterkunft wird umzäunt: Hitzige Einwohnerversammlung in Großlöbichau. In: *Ostthüringer Zeitung*, 02.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/jena/article239930620/Bauarbeiter-Unterkunft-wird-umzaeunt-Hitzige-Einwohnerversammlung-in-Grossloebichau.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Voigt, Marcus (2024a): Nach Bauarbeiter-Streit: Gesprächsrunde in Großlöbichau. In: *Ostthüringer Zeitung*, 02.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241562894/Nach-Bauarbeiter-Streit-Gespraechsrunde-in-Grossloebichau.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Voigt, Marcus (2024b): Nach dem Streit: Fest soll in Großlöbichau die Stimmung wieder verbessern. In: *Ostthüringer Zeitung*, 06.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article241594798/Nach-dem-Streit-Fest-soll-in-Grossloebichau-die-Stimmung-wieder-verbessern.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Voigt, Marcus (2024c): Führungsstil, Schulen, umstrittener Neubau: Dafür stehen die Landrats-Kandidaten. In: *Ostthüringer Zeitung*, 03.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/regionen/saale-holzland-kreis/article242244684/Fuehrungsstil-Schulen-umstrittener-Neubau-Dafuer-stehen-die-Landrats-Kandidaten.html>, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

- Voigt, Marcus (2024d): Wollte der AfD-Mann im Saale-Holzland gar nicht gewinnen? In: *Ostthüringer Zeitung*, 10.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/lokales/saale-holzland-kreis/article406539241/wollte-der-afd-mann-im-saale-holzland-gar-nicht-gewinnen.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Waschnewski, Johann (2024): Grußwort des Landrats des Saale-Holzland-Kreises. Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises. Online verfügbar unter <https://www.saaleholzlandkreis.de/willkommen/grusswort-landrat-waschnewski/>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- ZEIT online (2024): „Correctiv“-Recherche: Bundesweit weitere Demonstrationen gegen Rechtsextremismus angekündigt. In: *DIE ZEIT*, 19.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-01/demonstration-gegen-rechts-afd>, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: J. H. W. Dietz.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. 1. Auflage. Bonn: J. H. W. Dietz.
- Zippel, Tino (2015): Mehr Personal für Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg gefordert. In: *Ostthüringer Zeitung*, 24.08.2015. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/politik/article221136903/Mehr-Personal-fuer-Erstaufnahmeeinrichtung-in-Eisenberg-gefordert.html>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Adaptiertes Analyseschema nach Quent und Schulz (2015), Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023).	11
Abbildung 2: Grafik der Verwaltungsgliederung des Landkreises SHK (Anmerkung: zu einzelnen Gemeinden zugehörige aber räumlich abgetrennte Gebiete werden über Doppelpfeile mit der Gemeinde verbunden); Bildquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024a).	15
Abbildung 3: Stimmenverteilung der Landratswahl im SHK im ersten Wahlgang am 26.05.2024, Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).	19
Abbildung 4: Stimmenverteilung der Landratswahl im SHK im zweiten Wahlgang am 09.06.2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).	20
Abbildung 5: Sitzverteilung im Kreistag SHK seit 2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).	21
Abbildung 6: Landesstimmenergebnisse im SHK bei der Thüringer Landtagswahl am 01.09.2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c).	22

Anhang

Anhang 1: Basisleitfaden für die Expertise-Interviews

Begrüßung & Informationen zur Aufzeichnung des Gesprächs

Bereich Arbeitsfelder und Aktivität des Vereins

1. Bitte beschreiben Sie kurz die Aktivitäten Ihrer Organisation und Ihre Rolle und darin.
2. Welche Tätigkeiten oder Aktivitäten plant Ihre Organisation aktuell im SHK?

Bereich Netzwerk

3. Mit welchen anderen zivilgesellschaftlichen Vereinen oder Initiativen im SHK arbeiten Sie häufig zusammen oder tauschen Sie sich aus?
 - Ggf. Nachfrage: Mit welchen zivilgesellschaftlichen Vereinen oder Initiativen könnten Sie sich zukünftig eine stärkere Zusammenarbeit vorstellen?

Bereich Zusammenarbeit Verwaltung, Partizipation und Beteiligungsmöglichkeiten

4. Wie nehmen Sie die Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung wahr?
5. Inwieweit haben Sie in Ihrer Organisation das Gefühl, sich in politischen Entscheidungen, die den Landkreis betreffen, einbringen zu können?

Bereich Bedrohungen & Herausforderungen

6. Was sind die größten Herausforderungen für die Arbeit Ihrer Organisation im Moment?
7. Wo sehen Sie lokal spezifische Entwicklungen von demokratiefeindlichen und vielfaltsablehnenden, rechtsextremen Tendenzen und Strukturen in den letzten 5 Jahren?
 - Was gab es da für konkrete Vorfälle, Kampagnen, Aktionen, Veranstaltungen, Provokationen, Konfrontationen?
8. Um welche Inhalte, Themen und Debatten geht es da konkret?
9. Wer sind dabei die landkreisspezifischen Akteur*innen?
10. Wenn Sie an verschiedene Fälle denken, wie schätzen Sie die Situation im Vergleich zu anderen Landkreisen z. B. SOK oder Greiz ein?

- Wie würden Sie die aktuelle Lage im SHK bezüglich Bedrohungen durch rechtsextreme Akteur*innen beschreiben?

11. Wie sieht es innerhalb des SHK aus, welche lokalen Schwerpunkte gibt es?

12. Vor welchen sozialen Herausforderungen steht der SHK? (Demographische Entwicklungen, Ambivalenzen des Stadtimages)

13. Wie reagiert die Bevölkerung nach Ihrer Wahrnehmung auf z. B. rechtsextreme Raumergreifungsstrategien (im Stadtbild), Einschüchterungsversuche und Gewalt? (Zustimmung, Ablehnung, Widerspruch, Duldung, Gewöhnung, Ignoranz, Bagatellisierung, Ohnmacht, Resignation)

14. Wie reagiert die Lokalpolitik?

Bereich Potenziale und Bedarfe

15. Wie bewerten Sie die Kooperation der verschiedenen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Kommunen und Lokalpolitik in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in dem Bereich?

16. Welche Strategien, Ansätze, Strukturen gib es, welche braucht es noch?

17. Welche demokratiestärkenden Potenziale sehen Sie im SHK, die aktuell vielleicht noch nicht genügend erkannt oder ausgeschöpft werden?

18. Welche Lernprozesse gibt es aus der Vergangenheit?

19. Was bräuchten Sie, um die Arbeit in Ihrer Organisation besser gestalten zu können?

20. Gibt es in der gemeinsamen Arbeit gegen demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und rechtsextreme Tendenzen Konflikte und Dissens?

Weitere Kontakte und Informationen

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Das 2016 gegründete Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung mit dem Ziel, die demokratische Kultur und Zivilgesellschaft in Thüringen und darüber hinaus zu stärken. Zentrale Aufgabe des Instituts ist es, Wissenslücken über demokratiefeindliche und -gefährdende Phänomene, Strukturen und Bewegungen zu identifizieren und durch wissenschaftliche Untersuchungen zu schließen. Dabei konzentriert sich das IDZ auf die Forschungsfelder Diskriminierung, Vorurteile und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hasskriminalität und Hasssprache, Rechtsextremismus, Protest, Antisemitismus sowie die Auswirkungen und Dynamiken der Digitalisierung auf diese Erscheinungen. Normative Bezugspunkte der Interpretation sind das Grundgesetz und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und allen voran die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Das IDZ begreift sich als Ort der öffentlichen Sozialforschung, in dem der Erkenntnisgewinn und -transfer zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik einen zentralen Platz einnimmt.

Kontakt:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Tatzendpromenade 2a

07745 Jena

www.idz-jena.de



IN TRÄGERSCHAFT DER



Der Lokale Aktionsplan (LAP) – Partnerschaft für Demokratie- im SHK

Der Lokale Aktionsplan (LAP) – Partnerschaft für Demokratie- im SHK ist ein Netzwerk von Projekten, von Aktivitäten und Aktiven und bietet Beteiligung, Informationen und Ressourcen zur Demokratiestärkung an.

Die integrierte Strategie wird unterstützt durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie im Rahmen des Thüringer Landesprogramms Denk bunt und den Saale-Holzland-Kreis.

Zentraler, gleichheits- und menschenrechtsorientierter Leitgedanke ist seit Beginn des Netzwerkaufbaus im Jahr 2007: „Wir setzen uns dafür ein, dass der Saale-Holzland-Kreis eine weltoffene Region bleibt, in der das Verständnis für gemeinsame demokratische Grundwerte, Toleranz und kulturelle Vielfalt in besonderem Maße positiv bestärkt werden.“

Beratung und Begleitung leistet die Koordinierungs- und Fachstelle, angesiedelt bei Bildungswerk BLITZ e. V. Federführendes Amt der kommunalen Ebene ist das Jugendamt. Der Begleitausschuss als zivilgesellschaftliches Gremium setzt mit einer jährlich fortgeschriebenen Rahmenplanung die Schwerpunkte.

Kinderrechte, Jugendbeteiligung und Kultur der Vielfalt sind Schwerpunktthemen im LAP. Dafür werden langfristige Ansätze, Kooperationen und Engagement gefördert: Bspw. mit dem Projekt Kinderrechte-Karta (KIKA), in Zusammenarbeit mit den Jugendberatern, in laufendem Austausch mit Aktiven und Aktivkreisen vor Ort oder auch rund um das gemeinwesenorientierte Projekt Demokratie_Laden.

Der LAP wird unterstützt durch das ‚Bündnis für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK‘, einem Zusammenschluss der sozial engagierten Organisationen im Landkreis.

Ziele des LAP sind:

- *Sensibilisierungs-, Anregungs- und Bildungsfunktionen leisten, um das bürgerschaftliche u. zivilgesellschaftliche Engagement zu aktivieren und zu stärken;*
- *Netzwerke zu bilden und Kooperationen zu entwickeln, um diskriminierungsfreie demokratische und weltoffene Lebensräume zu schaffen.*
- *Konziertierte Maßnahmeplanungen für demokratiestarke Handlungs- und Teilhabestrukturen zu etablieren.*
- *Konstruktiv zur Minimierung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, besonders von Rassismus und Antisemitismus, Völkischem Nationalismus und Neonazismus beizutragen bzw. Interkulturalität, interreligiösen Dialog und das Verständnis für Lebensstilvielfalt (Diversität) zu fördern.*

Kontaktstelle:

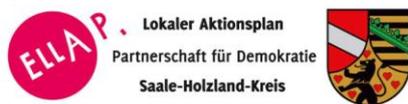
Café International

Jenaer Straße 45

07607 Eisenberg

<https://vielfalt-im-shk.de>

Gefördert durch:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

